

Preußische Allgemeine



Nr. 3 · 22. Januar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Die große Zensur

Wie Twitter, Facebook, Google & Co. ihre Monopolstellung nutzen und die Meinungsfreiheit im Internet beschneiden **Seite 12**

Wirtschaft Interview über einen „Beinahe-Blackout“ in Siebenbürgen **Seite 7**

Geschichte Der Elbinger Industriepionier Ferdinand Schichau **Seite 10**

DEBATTE

Die heimatlosen Bürgerlichen dürfen nicht mehr mitspielen

Das Ergebnis der CDU-Vorstandswahl hat viele Wirtschaftsliberale und Wertkonservative enttäuscht. Die Frage bleibt, wer das Land und die Gesellschaft künftig in der Balance hält

VON KLAUS KELLE

N och einmal hat die CDU die Aufmerksamkeit aller bürgerlich-konservativ denkenden Bürger erregt, doch am Ende kam es wie befürchtet. Armin Laschet – in allen Umfragen unter Mitgliedern und Wählern der Union mit den schlechtesten Ergebnissen – wurde von der Funktionselite der Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls gewählt, das Erbe Angela Merkels in die Zukunft hinüberzuretten.

Machen wir uns nichts vor: Die CDU (und die CSU) wird nicht untergehen, weil der Ministerpräsident von NRW jetzt die Union führt, vielleicht sogar Kanzler wird. Im Gegenteil. Der Strategie aus Aachen ist womöglich gewitzt genug, dem frustrierten Teil der Basis ein Zuckerli hinzuwerfen, etwa einen Wirtschaftsminister Friedrich Merz in sein Kabinett ab 2022 zu berufen. So wie einst Helmut Kohl mit Ministern wie dem „ehrbaren Kaufmann“ Stoltenberg von der Küste, dem „schwarzen Sheriff“ Dregger und dem „Herz-Jesu-Marxisten“ Blüm ein breites Spektrum abdeckte.

Im glattgebügelten Kabinett Merkel gibt es sowas nicht, alles angeblich alternativlos, und wenn ein Horst Seehofer in Berlin den „Bayerischen Löwen“ darstellen soll, dann muss man sich inzwischen auch ernste Sorgen um das Musterland im Süden machen. Nach 15 Jahren Kanzler-

schaft Angela Merkels ist die CDU gewollt deformiert bis zur Unkenntlichkeit, und in ihrem Land fühlen sich viele Bürger mehr und mehr heimatlos.

Kürzlich wurde ein Rentner in Bayern, der mit dem Auto seine beiden kleinen Enkel zu deren Eltern nach Haus bringen wollte, weil die Kinder unruhig waren und ohne Mama und Papa nicht einschlafen konnten oder wollten, nachts von der Polizei gestoppt. Der liebevolle Opa muss dafür 500 Euro Bußgeld bezahlen, denn in Bayern gilt die Corona-Ausgangssperre, wenn es dunkel wird.

Verunsicherte Leistungsträger

Was ist los in unserem Land, wie soll das alles weitergehen? Und was um alles in der Welt können bürgerliche Menschen noch wählen? Menschen, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen, um ihre Familien zu ernähren. Handwerker und Kleinunternehmer, die in der Corona-Krise um ihre wirtschaftliche Existenz bangen. Mütter, die gesellschaftlich von der Politik geächtet und an den Pranger gestellt werden, wenn sie ihre kleinen Kinder zu Hause selbst erziehen wollen. Und die nicht wünschen, dass ihre fünfjährigen Kinder in Kitas mit Unterrichtung über „sexuelle Vielfalt“ belästigt werden.

Das alles hat gar nichts mit der schwachen Vorstellungsrede von Friedrich Merz zu tun. Im CDU-Abstimmungsergebnis für ein „Weiter so!“ manifestiert sich nur

das Elend für alle die Millionen Bürger, die einfach ihr gewohntes Land zurückhaben wollen. Die nicht mit Gendersternen auf Briefen vom Amt belästigt werden wollen. Die nicht mit ihren Steuern hohe dreistellige Millionenbeträge für den unwissenschaftlichen Gender-Unsinn und linksextreme Netzwerke wie die Amadeu-Antonio-Stiftung aufwenden wollen. Und die nicht gezwungen werden wollen, ein politisches Volkserziehungsprogramm in den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, wo Meinungsvielfalt ein Fremdwort geworden ist, mit Zwangsgebühren am Leben zu erhalten. Und die Wehrpflicht und die Atomkraft und die Automobilindustrie ... – es ist ein Jammer, was in unserem Land seit Jahren passiert.

Und wie es scheint, gibt es niemanden, der diesen Irrweg einer Fit-For-Fun-Gesellschaft Einhalt gebietet. Weil eben CDU und CSU – zusammen die große Volkspartei der Mitte – aufgehört haben, dieses Land in einer Balance zu halten.

Die Union könnte es noch stoppen, auch jetzt noch. Aber viele ihrer Repräsentanten haben kein Interesse am politischen Kampf. Vielleicht haben sie es in ihrer Anbiederung an den linksgrünen Zeitgeist auch einfach verlernt, für politische Überzeugungen zu kämpfen.

Und die FDP? Was machen die in diesen Monaten eigentlich beruflich? Eine liberale Rechtsstaatspartei könnte in der Corona-Krise über sich hinauswachsen.

Aber die Liberalen nutzen die Chance nicht, sich zu profilieren. FDP-Chef Lindner hat gerade erst gesagt, seine Partei wolle ins nächste Kabinett. Ja, aber warum denn eigentlich?

Und die AfD? Obwohl sich Jörg Meuthen und die Mehrheit der Mitglieder redlich bemühen, den rechtsextremen Randstrukturen um Björn Höcke entgegenzutreten, gilt die AfD den etablierten Parteien als Paria, als ungewollte Konkurrenz, mit deren Abgeordneten man nicht einmal spricht, wenn man sie zufällig auf der Bundestagstoilette trifft. Die beharrliche Ablehnung, der AfD den ihr zustehenden Platz im Bundestagspräsidium zu gewähren, ist ein Skandal.

Genauso wie das Rückgängigmachen eines rechtmäßig zustande gekommenen Wahlergebnisses in Thüringen vergangenes Jahr. Der FDP-Politiker Thomas Kemmerich war überraschend mit den Stimmen von CDU, AfD und FDP zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Auf Anordnung der Kanzlerin aus Südafrika wurde Kemmerich innerhalb weniger Tage aus dem Amt gedrängt. Stattdessen wählte die CDU den von der Bevölkerung abgewählten Linken Bodo Ramelow wieder zum Ministerpräsidenten. Ein deutliches Signal für die bürgerlichen Milieus in Deutschland, all die eingespielten Rituale nicht mehr mitzumachen und sich zu organisieren. Sonst erkennen wir unser Land bald nicht mehr wieder.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die deutsch-tschechische Grenze entwickelt sich zum Einfallstor für Corona **Seite 4**

Kultur

Zum 150. Todestag des Spätromantikers Moritz von Schwind **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein liegen zahlreiche Infrastrukturprojekte auf Eis **Seite 13**

Lebensstil

Streifzüge durch ein Wasseridyll im Norden Brandenburgs **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Cyberkrieg Zunehmend nutzen Staaten das Internet zum Ausspionieren und Bekämpfen des Gegners. Die Täter sind schwer zu identifizieren, was zum Legen falscher Spuren und zu Verleumdungen einlädt

Ein Serientäter wird zum Opfer

Unbekannte Hacker haben über SolarWinds Institutionen und Unternehmen der USA angegriffen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im vergangenen Jahr wurden die Vereinigten Staaten zum Ziel einer Cyberattacke von nachgerade verheerendem Ausmaß. Der Angriff begann wahrscheinlich im März. Damals präparierten bis heute nicht identifizierte Hacker die Software-Aktualisierungen der texanischen Netzwerkmanagementfirma SolarWinds mit den Schadprogrammen „Sunburst“, „Supernova“ und „CosmicGale“, die ausgerechnet die Orion-Überwachungsplattform zur Verhinderung solcher Manipulationen infizierten. Hierdurch erhielten die Täter Zugang zu den Computersystemen und Daten von rund 18.000 SolarWinds-Kunden. Zu denen zählen sämtliche Teilstreitkräfte, diverse Geheimdienste sowie die Ministerien für Heimatschutz, Finanzen, Verteidigung, Justiz, Äußeres und Energie der USA. Letzteres zeichnet übrigens auch für das US-Kernwaffenprogramm verantwortlich.

Dazu kommen 425 große und systemrelevante Firmen der Vereinigten Staaten und sensible Institutionen wie das Kennedy-Raumfahrtzentrum in Florida. Ebenso betroffen sollen einige große Unternehmen in der Bundesrepublik sein, darunter Siemens und die Deutsche Telekom. Auch das NATO-Hauptquartier und der Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel stehen auf der Liste möglicher Empfänger der verseuchten Software.

Bodenlose Schlamperei

Das gigantische Datenleck wurde erst Anfang Dezember entdeckt, und zwar nicht von SolarWinds selbst, sondern von einer den Geheimdiensten nahestehenden kalifornischen IT-Sicherheitsfirma namens FireEye, die ebenfalls Aktualisierungen mit Schadcodes von SolarWinds erhalten hatte. Möglich geworden war die Attacke durch bodenlose Schlamperei. Vom Mai 2018 bis zum November 2019 stand das Passwort für den Software-Update-Server von SolarWinds offen in einem frei zugänglichen Verzeichnis auf der Entwickler-Plattform GitHub – ganz abgesehen davon, dass es auch noch „solarwinds123“ lautete.

Die Folgen des größten Hackerangriffs aller Zeiten sind immens und können bis heute nicht genau abgeschätzt



Laut dem Wirtschaftsmagazin „Forbes“ die „Best Small Company in America“ (beste kleine Firma in Amerika): Das auf Netzwerkmanagement-Software spezialisierte Unternehmen SolarWinds mit Hauptsitz im texanischen Austin Foto: pa

werden. Wahrscheinlich ist das, was bisher an die Öffentlichkeit drang, nur die Spitze des Eisbergs. Der Präsident des Software-Riesen Microsoft, Brad Smith, untertrieb wohl noch, als er feststellte: „Das hat unsere Wirtschaft einem Risiko ausgesetzt und unsere nationale Sicherheit in Gefahr gebracht.“

Nun versucht man fieberhaft, die Spionageprogramme wieder aus den infizierten Rechnersystemen zu entfernen. Das ist jedoch gar nicht so einfach, da die Hacker über sehr viel Zeit verfügten, ihre Schadcodes perfekt zu tarnen. So teilte die erst 2018 gegründete US-Behörde für Cyber- und Infrastruktursicherheit (Cybersecurity and Infrastructure Security Agency, CISA) mit: „Es wird sehr komplex und herausfordernd ..., diesen Akteur aus den kompromittierten Umgebungen ... zu verbannen.“ Nach Schätzungen von Ex-

perten könnte das Ganze unter Umständen Monate dauern.

Wer hinter dem Angriff steckt, ist bislang unklar. Während US-Außenminister Mike Pompeo sofort Russland bezichtigte, ging Präsident Donald Trump von einer Attacke der Chinesen aus. Bestenfalls naiv, schlimmstenfalls verlogen ist es, wenn Trumps Nachfolger Joe Biden nun lauthals über die „Bösartigkeit“ der Cyberattacke klagt, denn derlei gehört seit Längerem auch zum operativen Geschäft der US-Geheimdienste National Security Agency (NSA) und Central Intelligence Agency (CIA).

Naiv oder verlogen

So nutzte die NSA in der Vergangenheit kapitale Sicherheitslücken in der Windows-Software von Microsoft, um sich mit einem digitalen Einbruchswerkzeug

namens „EternalBlue“ auf ähnliche Weise Zugang zu fremden Rechnern zu verschaffen, wie es die Hacker nun in den USA taten. Und die CIA entwickelte das Spionageprogramm „Brutal Kangaroo“, dessen Zweck darin bestand, eine Verbindung zwischen theoretisch komplett abgeschotteten internen Netzen – wie beispielsweise zur Steuerung von Kraftwerken – und dem Internet herzustellen. Oft tarnen die beiden Dienste ihre Schadsoftware als das Werk von Kriminellen oder legten falsche Spuren nach Russland. Das flog 2016 durch Enthüllungen der anonymen Gruppe The Shadow Brokers und der Plattform WikiLeaks auf. Es ist nicht auszuschließen, dass sich eine dritte Macht gekaperter neuer US-Spionageprogramme bedient hat, deren Konfiguration wieder einmal den Verdacht auf Hacker im Auftrag des Kreml lenken soll.

HACKERGRUPPEN IM STAATSDIENST

Ihr Treiben bleibt zumeist im Dunkeln

Kaum eine Macht, die etwas auf sich hält, verzichtet auf das Mittel des Cyberangriffs

Rund um die Welt agieren Dutzende staatlich besoldeter Hackergruppen, die Sicherheitslücken der Computertechnik der Gegenseite ausnutzen. Ihr Treiben bleibt zumeist im Dunkeln. Einiges weiß man inzwischen aber über die Sofacy Group, eine Einheit des russischen Militärgeschwaders GRU, die auch unter den Bezeichnungen 26165, APT28 und Fancy Bear bekannt ist. Diese Einheit operiert genauso brachial wie das zweite GRU-Hackerteam namens Sandworm alias 74455. Die Angriffe werden ganz offen vorgetragen und sollen den Feind wohl demoralisieren.

Auf das Konto der Sofacy Group geht der umfassende Einbruch in das Netz des

Deutschen Bundestages Anfang 2015, in dessen Folge letztlich 20.000 Rechner ausgetauscht werden mussten. Außerdem gelang Sandworm 2017 das Kunststück, die EternalBlue-Spionagesoftware der NSA um einen Wurmfortsatz namens „NotPetya“ zu erweitern, der zusätzliche Schadcodes verbreitete und zugleich noch die Festplatten der befallenen Geräte löschte. Dadurch entstanden von der Ukraine bis Westeuropa Schäden von rund zehn Milliarden Euro.

Dahingegen geht die Cybereliteeinheit, die entweder zum russischen Inlandsgeheimdienst FSB oder zum zivilen Moskauer Auslandsnachrichtendienst SWR gehört und unter Cozy Bear bezie-

hungsweise APT29 firmiert, deutlich subtiler vor und sammelt in aller Stille relevante Informationen. Deshalb wird sie auch als Urheber des aktuellen Cyberangriffs auf die USA vermutet.

Erfolg der kleinen Niederlande

Die digitalen Einbruchswerkzeuge der Geheimdienste der Vereinigten Staaten entstehen vor allem im Office of Tailored Access Operations (TAO) der NSA und der Operational Support Branch (OSB) der CIA. Das zeigt, dass die CIA längst nicht mehr nur auf klassische Spionage mit menschlichen Quellen setzt.

Weitere bereits in Erscheinung getretene Hacker-Einheiten sind APT1 (Com-

Neben den Vereinigten Staaten mischen auch Russland, China, Vietnam, der Iran, Nordkorea, Großbritannien und die Niederlande kräftig mit

ment Panda), APT10 (Stone Panda) und APT19 (Codoso) in China, APT32 (Ocean Lotus) in Vietnam, APT33 (Refined Kittens) und APT34 (Helix Kittens) im Iran sowie APT37 und APT38 in Nordkorea – wobei APT laut westlichem Geheimdienstjargon für Advanced Persistent Threat (fortgeschrittene andauernde Bedrohung) steht. Dazu kommen noch die Hacker im britischen Geheimdienst Government Communications Headquarters (GCHQ) und dem Allgemeinen Inlichtingen- en Veiligheidsdienst (AIVD) der Niederlande. Letztere vermochten es 2014 sensationellerweise, in das abgeschottete Netzwerk von Cozy Bear einzudringen. W.K.

RANSOMWARE

Kriminelle schleusen Viren ein

Als Ransomware, Erpressungstrojaner, Erpressungssoftware, Kryptotrojaner oder Verschlüsselungstrojaner werden Schadprogramme bezeichnet, mit deren Hilfe Kriminelle Dateien auf fremden Computern verschlüsseln können. Wenn das Opfer wieder Zugang zu diesen haben möchte, muss es Lösegeld zahlen. Nicht wenige der Erpressungstrojaner basieren auf digitalen Einbruchswerkzeugen von Geheimdiensten, die Sicherheitslücken in der Software von Microsoft und anderen Anbietern nutzen. Diese gelangten auf unterschiedlichen Wegen in die Hände von Verbrechern, die sie für ihre Zwecke umprogrammierten.

In Deutschland erlebten bereits sechs Zehntel aller Unternehmen einen Angriff mit Ransomware. Der daraus resultierende Schaden wird vom Branchenverband Bitkom auf bis zu 100 Milliarden Euro geschätzt. Besonders häufig trifft es den Mittelstand, denn dort genießt die Cyber-sicherheit oft nicht den größten Stellenwert. Gleichsam problematisch ist eine starke Vernetzung verschiedener Standorte, weil sich so mehr Möglichkeiten zum Eindringen ergeben. Das wurde Ende vergangenen Jahres auch der Funke Mediengruppe mit Hauptsitz in Essen, die unter anderem 13 Tageszeitungen in fünf Bundesländern herausgibt, zum Verhängnis. Am Dienstag vor Weihnachten flimmerte über die Bildschirme aller Redaktionen: „Ihr Netzwerk wurde gehackt.“

Welche Erpresserbanden hinter den Cyberangriffen auf deutsche Unternehmen stecken, ist schwierig zu ermitteln, denn sie können überall auf der Welt sitzen. Zudem schießen die Gruppierungen wie Pilze aus dem Boden, weil das Risiko, erwischt zu werden, gering ist. Besonders aktiv sind derzeit die Gaunertruppe Avaddon, Maze, DoppelPaymer, Ragnar Locker und Nemty. Im Falle der Funke Mediengruppe könnten die Täter aber auch zur Clop-Bande gehören. Die versendet neuerdings besonders viele Mails mit versteckter Schadsoftware. W.K.

Stiefkinder der Nachkriegszeit

Eine beeindruckende Studie zeigt die Ambivalenz der praktizierten Solidarität der Vertriebenenpolitik in der frühen bundesrepublikanischen Gesellschaft

VON PETER STEINBACH

Wie schwierig der Wiederaufbau eines zerstörten Landes sein kann, haben wir mit dem Krieg in Irak, in Afghanistan und in Syrien erfahren. Vertreibungen und Zerstörungen waren dort eine bestürzende Verbindung eingegangen – und hatten Erinnerungen an das Kriegsende 1945 in Deutschland und Europa geweckt. Zu den Folgen eines Krieges gehört auch, wie die Gegensätze zwischen den Kriegsoffizieren und den relativ unbehelligten Zeitgenossen in Einklang gebracht werden können. Dieser Frage widmet sich eine neue profunde Studie des Historikers Manfred Kittel über die deutschen Heimatvertriebenen, die ihre Hauptthese bereits im Titel spiegelt: „Stiefkinder des Wirtschaftswunders“. Die Arbeit erinnert an die gemeinsamen Anstrengungen des „Lastenausgleichs“, der zumindest für einige Jahre das von fast allen politischen Parteien geteilte Ziel war, die Folgen für die vom Krieg besonders schwer getroffenen Ostdeutschen zu bewältigen.

Ungleiche Verteilung der Kriegsfolgen

Die Regelung des „Lastenausgleichs“ für die vom Zweiten Weltkrieg besonders hart getroffenen Landsleute gehört heute zu den großen Leistungen der westdeutschen Sozialpolitik. Kittel erinnert mit seiner Arbeit jedoch daran, dass die Anfangsjahre der Bundesrepublik keineswegs eine von selbst laufende Erfolgsgeschichte waren. Die Etablierung von Ordnungen, auch und gerade von Solidarordnungen, ist oft das Ergebnis eines konfliktreichen Prozesses. Und so zeigt Kittel, dass die praktizierte Solidarität der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht die Folge eines vielfach betonten Patriotismus war, sondern dass sie sich gegen zahlreiche Egoismen durchsetzen musste, die wiederum Folge einer denkbar schwierigen Situation der damaligen deutschen Zusammenbruchsgesellschaft und des Sozialneids waren.

Von Beginn an war klar, dass die Deutschen sehr unterschiedlich unter den Kriegsfolgen litten. Zwar waren in allen Landesteilen Wohnungen zerstört, Vermögen vernichtet und Ernährer der Familien im Krieg geblieben, doch traf es die Bewohner der östlichen Landesteile jenseits von Oder und Neiße besonders hart. Für sie kam zu den allgemeinen Kriegsschäden die Vertreibung von Grund und Boden sowie der Verlust der Heimat.

Dass erst Jahre nach Gründung der Republik über die Frage nachgedacht wurde, wie die Lasten der Kriegsfolgeschäden verteilt werden könnten, lag keinesfalls an fehlender Empathie der nicht durch Flucht und Vertreibung betroffenen Zeitgenossen. Vielmehr hatten auch sie sich einzurichten, hatten auch sie den harten Winter 1946 mit Hochwasser und langem Frost zu bewältigen, sorgten auch sie sich um ihre Kriegsgefangenen, wussten auch sie nicht, wie die Kriegerwitwen und Kriegswaisen versorgt werden konnten. Mit den Vertriebenen musste die Not geteilt werden. Willkommenskultur setzt Wohlstand voraus. So kamen viele Flüchtlinge aus dem Osten zunächst in Kellerwohnungen, Trümmerhäusern, Nissenhütten und Kasernen unter.

Die Realität von Flucht und Vertreibung, des Verlustes aller Sicherheit bildet den wichtigen, gewöhnlich zu wenig verdeutlichten Hintergrund dieser hochgelehrten, bestens dokumentierten Studie über die Lastenausgleichspolitik, die Kittel „im Schnittfeld zwischen spezifischer Vertriebenen- und allgemeiner Sozialpolitik“ verortet. Ausführlich widmet er sich politischen Initiativen, dem Agieren der Interessengruppen und ihrer Funktionsträger sowie den zahlreichen Kontroversen. Zur Not der Menschen aus dem



Ringens um einen Ausgleich der ungleichen Verteilung der Folgen des Zweiten Weltkriegs: Demonstration von ostdeutschen Heimatvertriebenen für den Lastenausgleich in Bonn im Februar 1951

Foto: SZ Photo

Osten gehört auch ihre lange gehegte Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat, die von den Politikern der Bonner Bundesrepublik aufgegriffen wurde. Es war ein schmerzhafter Prozess langsam gereifter Einsicht, dass diese Hoffnungen unrealisierbar bleiben mussten. Denn die Verantwortung für Deutschland als Ganzes hatten die Siegermächte, die zwar ihre jeweiligen Ziele verfolgten, aber eine Gemeinsamkeit hatten: Deutschland nicht zu stark werden zu lassen.

Überzeugend zeichnet Kittel die Debatte über die zu gewährenden Ausgleichsleistungen nach, die Differenzierung der Schäden. Diese konnten Ausbildungs- und Unterhalts-hilfen, aber auch Wohnungsbauförderung bedeuten, wurden in der Öffentlichkeit aber vor allem als Entschädigung von Vermögens- und Besitzverlusten wahrgenommen. Dies vor allem weckte nicht selten den Neid der Einheimischen, der sich allerdings in gleicher Weise an der Wiedergutmachung des NS-Unrechts entzünden konnte. Kittel schildert auch die Entstehung der „Ausgleichsbürokratie“ und veranschaulicht die Langwierigkeit der Prozesse und Maßnahmen an 28 Novellierungen des Lastenausgleichsgesetzes im Zeitraum von 1952 bis 1975.

Politische Auseinandersetzungen

Im Hauptteil der Studie skizziert Kittel umfangreich, aus den Quellen gearbeitet und bis in Details parlamentarischer Verhandlungen hineinschauend das dramatische Ringen zwischen den verschiedenen und keineswegs immer einheitlich agierenden Interessengruppen. Mit der Stimmenmacht der Vertriebenen waren parteipolitisch abgesicherte Erfolge zu erzielen, waren die Amtsträger in der Lage, politische Daumenschrauben anzulegen, mit Parteiaustritt oder -übertritt zu drohen.

Die beste Interessenvertretung fanden die Vertriebenen zunächst in der damaligen CDU/CSU. Die von Konrad Adenauer geführte Union musste auf die Entstehung des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ reagieren. Der BHE war keinesfalls das Sammelbecken der Gestrigen, sondern hatte eine wichtige Funktion für die Integration der Vertriebenen, die sich trotz aller Enttäuschungen nicht gegen die Verfassungsordnung stellten und die Möglichkeiten zur Beeinflussung von Politik nutzen wollten. Früh setzte die CDU-

Führung darauf, den BHE, der durchaus das Potential einer „Volkspartei“ hatte, durch Erfüllung einiger Vertriebenenforderungen zu schwächen. Tatsächlich gelang es den Christdemokraten mithilfe des Lastenausgleichs, die Konkurrenz zu verdrängen.

Zahlreiche Vertriebenenvertreter saßen zunächst auch für die SPD in den Parlamenten. Sie betonten vor allem die sozialen Aspekte des Vertreibungsschicksals. Dies endete jedoch mit der Neuen Ostpolitik, die von der Regierung Brandt als Entspannungspolitik gegenüber den östlichen Nachbarn konzipiert worden war, für die Vertriebenen jedoch die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und somit auch ihres Schicksals bedeutete. Es war geradezu verhängnisvoll für die Lastenausgleichspolitik der 70er Jahre, dass es den Vertriebenenpolitikern nicht gelang, den sich abzeichnenden Wandel durch Annäherung besser für sich zu nutzen, sondern in eine Haltung konsequenter Ablehnung der damaligen Entspannungspolitik treiben zu lassen.

Auf die Betrachtung der Positionen von FDP, Kommunisten und Neo-Nationalsozialisten folgt in Kittels Studie die Beschreibung der Übermacht der Finanzpolitiker. Sie waren es, die sich in einem anhaltenden Kompetenzstreit mit dem Vertriebenenministerium allmählich durchsetzten und zunehmend die Lastenausgleichspolitik prägten.

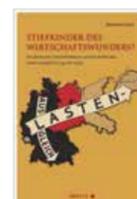
Der abschließende dritte Teil widmet sich den finanzpolitischen Möglichkeiten und Grenzen. Dabei zeigt sich, dass die ständige Novellierung des Gesetzes nicht nur Folge einer finanziellen Unterausstattung von Beginn an war, sondern auch der fehlenden Prognosefähigkeit der verantwortlichen Akteure. Sie konnten immerhin ein Schlussgesetz verhindern und so die Hoffnungen auf Systemkorrekturen in Kompromisse münden lassen.

Die Vertreibung in der Forschung

Wie kein zweiter Zeithistoriker kennt sich Manfred Kittel nicht nur in der Geschichte der Vergangenheitsbewältigung aus. Er ist bestens mit der Vertreibungs- und Fluchtgeschichte vertraut und durchaus thesenfreudig, wie vor einigen Jahren seine Überlegungen zur Vertreibung der Vertriebenen aus der deutschen Erinnerungskultur zeigen. Mit seiner Studie über die Vertriebenen als „Stiefkinder des Wirtschaftswunders“ knüpft er hier

Manfred Kittel erinnert mit seiner Arbeit daran, dass die Anfangsjahre der Bundesrepublik keineswegs eine von selbst laufende Erfolgsgeschichte waren

Zeitgeschichte



Manfred Kittel
Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975)
Droste Verlag 2020,
672 Seiten, Klappenbroschur,
ISBN 978-3-7700-5349-0
68 Euro

an, diesmal denkbar abgesichert durch eine breite Quellenfülle und Literaturkenntnis.

Persönliche Schicksale Betroffener spart Kittel weitgehend aus. Doch war dies auch nicht seine Aufgabe. Die längst vergriffene, von Theodor Schieder herausgegebene achtbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa“ verzeichnet bereits weit über tausend Augenzeugenberichte zu diesem Thema. Die Dokumentation zeigt auch, dass es sich bei Flucht und Vertreibung um ein niemals ganz verdrängtes, allerdings immer in den Schatten der Schuldiskussion geratenes Kollektivschicksal handelt, das Teil eines Jahrhundertthemas bleibt.

Generell nimmt die Vertriebenenforschung inzwischen neue Fahrt auf, wie der Erfolg der Bücher von Andreas Kossert zeigt. Dies wird sich nach der Eröffnung des „Dokumentationszentrums Flucht Vertreibung Versöhnung“ im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin noch einmal verstärken.

Die Vorgeschichte der Vertreibungs- und Nationalitätenkonflikte spart Kittel aus. Ohne diese „Volksgruppenkämpfe“, lassen sich weder die Konsequenzen noch die Rigidität und Brutalität verstehen, die in der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten sichtbar wird. Gewiss überlagerten sich dabei die Flucht vor den Kriegshandlungen mit den Erfahrungen einer „Umsiedlung“, die immer Vertreibung, Entausung und Entheimatung bedeutete. Tragisch war, dass die Vertriebenen durch Zeitumstände und Zeitverhältnisse in eine ihnen fremde Lebenswelt gezwungen wurden, dass sie vielfach fehlende Empathie der Einheimischen erfuhren, dass sie in den 60er Jahren sozialer Häme, in den 70er Jahren politischer Diffamierung ausgesetzt waren. Durchgängig gilt, dass ihnen die Zeitverhältnisse nur selten freundlich gesonnen waren.

Teil des Nachkriegswunders

Dass die Integration der Heimatvertriebenen dennoch auf lange Sicht gelang, ist ein Teil des deutschen Nachkriegswunders, das sich eben nicht nur im wirtschaftlichen Aufstieg erschöpfte. Indem Kittel daran erinnert, dass bei der Durchsetzung von Hilfsprogrammen die Ostvertriebenen mit anderen Adressaten einer Wiedergutmachung – mit den ins Exil getriebenen Emigranten, mit den zunächst im Osten An- und dann Ausgesiedelten, mit Regimegegnern und den Opfern des Völkermords an Juden und Sinti und Roma – konkurrierten, erschließt er die ganze Dimension der Wiedergutmachung. Erst viel später kamen andere Opfergruppen hinzu, neben den Opfern der Rasseneugenik und der „Euthanasie“ schließlich die Zwangsarbeiter und die Opfer der Kriegsgesetze und der NS-Justiz.

Adolf Arndt, der sozialdemokratische Rechtspolitiker, brachte die so gegensätzlichen Nachkriegserfahrungen prägnant auf den Punkt, als er den unausweichlichen Kompromiss zwischen Widerstandskämpfern und Stalingradkämpfern, von Emigranten und Vertriebenen, von Spätaussiedlern und spätentlassenen Kriegsgefangenen beschwor. Im Zuge der Entspannungspolitik gaben dann jedoch selbst diejenigen Parteien die Vertriebenen auf, die ihnen lange Zeit ihre Mehrheit verdankten. So gesehen, waren die Ostvertriebenen nicht nur Stiefkinder des Wirtschaftswunders, sondern auch der Politik.

Kittels Darstellung ist ein überzeugender Wurf und zugleich eine zeithistorische Detailstudie, der mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums zur Vertreibung im Laufe des Jahres hoffentlich auch weitere Lebensbeschreibungen folgen werden.

● Prof. Dr. Peter Steinbach lehrt Politikwissenschaft und Geschichte an den Universitäten Passau, Karlsruhe und Mannheim sowie an der FU Berlin. Er ist Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

MELDUNGEN

Ausgangssperre wirkt nicht

London – Ende Dezember 2020 veröffentlichte ein internationales Forscherteam um Jan M. Brauner, Sören Mindermann und Mrinank Sharma von der englischen University of Oxford einen Aufsatz in der renommierten Fachzeitschrift „Science“. Darin beschreiben die 19 Wissenschaftler, wie sie anhand detaillierter Infektions- und Sterbezahlen aus 41 Ländern der Welt die Wirksamkeit von verschiedenen staatlich verordneten Anti-Corona-Maßnahmen berechnet haben und dabei zu eindeutigen Ergebnissen gelangt sind: Ausgangssperren jeglicher Art seien nahezu unwirksam. Ebenso reduziere das Verbot, Läden oder Restaurants zu öffnen, die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus kaum wesentlich. Dahingegen würden Schließungen von Schulen und Universitäten, der Verzicht auf Großveranstaltungen sowie die Beschränkung sämtlicher Zusammenkünfte im privaten oder öffentlichen Raum auf maximal zehn Personen das Infektionsrisiko nahezu halbieren. W.K.

Fast 500 Ankerkinder

Berlin – Von Beginn des Jahres bis zum 13. Dezember 2020 sind in der Erstaufnahmeeinrichtung Berlins 491 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) neu erfasst worden. Die vom Landesjugendamt Betreuten kamen vorrangig aus Afghanistan sowie aus Vietnam und Syrien. Vom Landesjugendamt wurden vergangenes Jahr auch einige unbegleitete Kinder im Alter unter drei Jahren betreut. Knapp über die Hälfte der Jugendlichen gab ein Alter zwischen 14 und 16 Jahren an. 28 Prozent machten eine Altersangabe von 17 Jahren. Laut Senatsjugendverwaltung lag der Anteil männlicher Personen unter den neu angekommenen UMF bei 86 Prozent. Die Kosten für die Unterbringung und Betreuung bis zur Übergabe an die Jugendämter der Bezirke gibt die Senatsverwaltung mit monatlich 8000 bis 9000 Euro je unbegleitetem Minderjährigem an. N.H.

Gefährder aus Haft entlassen

Berlin – Wie die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik bestätigte, ist am 29. Dezember ein Litauer aus der Abschiebehaft in Berlin-Lichtenrade entlassen worden, weil er sich geweigert hat, sich einem Corona-Test zu unterziehen. Berlins Ausländerbehörde hatte bereits am 14. Dezember eine ärztliche Untersuchung angeordnet, um die Reisefähigkeit des Mannes festzustellen. Offenbar irrtümlich gingen die Beamten der Abschiebehaft und der Polizei davon aus, dass für einen Zwangstest auf Corona ein erneuter Gerichtsbeschluss nötig sei. Das Amtsgericht Tiergarten lehnte einen Antrag der Ausländerbehörde auf eine Haftverlängerung jedoch ab. Nach Ansicht der zuständigen Richter wäre es legitim und geboten gewesen, den Test auch mit Zwang und gegen den Willen des Litauers durchzuführen, um die Abschiebung zu ermöglichen. Bei dem Mann handelt es sich nach Einschätzung der Ausländerbehörde um einen „aufenthaltsrechtlichen Gefährder“. N.H.

GRENZVERKEHR

Einfallstor für Corona

Anders als beim ersten Lockdown bleiben die Grenzen offen – Auch zur Pandemie-Hochburg Tschechien

VON HERMANN MÜLLER

Trotz extrem hoher Infektionszahlen in Tschechien sperren sich Bundesregierung und die Länderchefs gegen Grenzschließungen. Stattdessen überbieten sich Spitzenpolitiker mit Vorschlägen für immer schärfere Pandemiemaßnahmen im Inland.

Noch bevor Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten am 19. Januar die Schraube bei den Pandemie-Maßnahmen erneut angezogen haben, waren Politiker wie Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow und der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach mit Forderungen nach einem möglichst „harten Lockdown“ vorgeprescht.

Corona-Brennpunkt Böhmen

Beide Politiker sprachen sich beispielsweise dafür aus, die Wirtschaft stärker als bisher runterzufahren. Deutlich zurückhaltender waren Ramelow, aber auch seine Amtskollegen aus Sachsen, Bayern und Brandenburg, beim Problem der Grenz-

pendler. Auf Übersichtskarten zu den Corona-Infektionszahlen fallen bereits seit November vor allem Orte wie Passau, Regensburg, Bautzen, Zittau und die Landkreise Hildburghausen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge auf. Optisch auf geographischen Karten gut erkennbar, legen sich diese Städte und Regionen wie ein Band um den Corona-Brennpunkt Böhmen.

Tschechien insgesamt verzeichnet Infektionszahlen, die zu den höchsten in der Welt zählen. Mitte Januar lag die Sieben-Tage-Inzidenz in Tschechien bei 671 pro 100.000 Menschen. Der Durchschnittswert für die Bundesrepublik lag am 15. Januar bei 146.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, hatte bereits im Dezember auf den kleinen Grenzverkehr aus Tschechien und die Arbeitspendler als wichtige Faktoren bei den hohen Infektionszahlen in Sachsen hingewiesen. Der CDU-Politiker sagte zudem, die Pandemiemaßnahmen auf der tschechischen Seite hätten dafür gesorgt, „dass Zehntausende Tschechen außer der Reihe zum Einkaufen nach Sachsen kamen“.

Stark betroffen ist mittlerweile auch Brandenburg: Das starke Infektionsgeschehen aus der sächsisch-böhmischen Grenzregion hat sich in den letzten Wochen immer stärker in Richtung Norden, nach Brandenburg ausgebreitet. Zudem sind auch die Regionen östlich von Oder und Neißة mittlerweile Corona-Risikogebiete.

Testpflicht für Grenzpendler

Sowohl die Bundesregierung als auch die Länderchefs haben sich bei der Problematik der hohen Infektionswerte in den Nachbarregionen und bei der Frage nach Gegenmaßnahmen bislang erstaunlich zurückhaltend gezeigt. Hierzulande gelten mittlerweile Kontakt- und Beherbergungsverbote, an Corona-Brennpunkten sogar nächtliche Ausgangssperren und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit auf einen engen Radius um den Wohnort.

Im Fall der Pendler, die täglich aus Corona-Hochrisiko-Gebieten zur Arbeit nach Sachsen und Bayern fahren, hat die Politik allerdings bemerkenswert spät und zurückhaltend reagiert. Sachsens Co-

rona-Quarantäne-Verordnung verpflichtet erst seit dem 18. Januar Grenzpendler aus Risikogebieten, sich zumindest einmal pro Woche testen zu lassen.

Der Freistaat Bayern hatte eine Testpflicht bereits vergangenes Jahr eingeführt. Nach einer Klage von zwei österreichischen Schülern kassierte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Regelung zunächst wieder ein. Die meisten Beobachter gehen zudem davon aus, dass eine Testpflicht für Grenzpendler aus Sicht der Politik bereits das Maximum an Maßnahmen darstellen wird.

Viele Kliniken und Pflegeheime in Sachsen, Bayern, Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind auf die polnischen und tschechischen Pendler dringend angewiesen. Zu den rund 9000 Tschechen, die täglich zur Arbeit nach Sachsen pendeln, gehören fast 400 Ärzte.

Pflegepersonal aus dem Osten

Ähnlich stark sind Brandenburgs Kliniken und Pflegeheime auf polnische Arbeitskräfte angewiesen. Ministerpräsident Woidke begründete seine Ansage, „für Arbeitspendler muss die Grenze offen bleiben“, sogar ausdrücklich auch damit, dass „viele Polen in Brandenburg im Gesundheitswesen arbeiten“.

Angesichts dieser Bedeutung der Pendler für das deutsche Gesundheitssystem wäre eigentlich zu erwarten, dass Bund und Länder in den vergangenen Monaten effektive Teststrategien entwickelt haben. Ein Bericht des Senders rbb zu Zeitarbeitskräften in Berliner Kliniken und Pflegeheimen lässt allerdings genau daran Zweifel aufkommen. Recherchen des Senders ergaben, dass sogenannte „Springer“ tageweise in ganz verschiedenen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen eingesetzt werden, ohne vor jedem Arbeitsantritt wenigstens einen Corona-Schnelltest zu erhalten.

Damit nicht genug gaben die befragten Fachleute zur Testpflicht der Zeitarbeitskräfte auch sehr abweichende Auskünfte. Die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit stellte am Ende klar: Bei Einsätzen in Pflegeheimen müssen die „Springer“ von den Zeitarbeitsfirmen alle zwei Tage getestet werden, nicht aber, wenn sie in Krankenhäusern arbeiten. Als Folge soll es laut rbb bei häufig wechselnden Einsatzorten möglich sein, dass Zeitarbeitspflegekräfte durchaus mehrfach durch die Maschen der Testvorgaben rutschen.



Pendler dürfen die tschechische Grenze ohne Quarantänepflicht überqueren: Am Grenzübergang Sebnitz kontrolliert die Polizei

EUROPÄISCHES WELTRAUMPROGRAMM

Ariane 6 startet nicht

Neue Trägerrakete der ESA angeblich durch Corona behindert – Tatsächlich ist sie ein Bürokratie-Opfer

Die europäische Raumfahrt kommt heute wie ein Spiegelbild der Europäischen Union daher: überbürokratisiert, wettbewerbsfeindlich und innovationsschwach. Als Musterbeispiel hierfür kann die Trägerrakete Ariane 6 gelten. Deren Bau wurde im Dezember 2014 beschlossen, doch abgehoben ist das Nachfolgemodell der Ariane 5 bislang noch kein einziges Mal.

Der für Ende Dezember 2020 geplante Jungfernflug der Weltraumrakete musste nun auf das zweite Quartal 2022 verschoben werden – angeblich, weil der Weltraumbahnhof von Kourou in Französisch-Guayana zu einem Corona-Brennpunkt gehöre. Tatsächlich liegen die Probleme jedoch ganz woanders.

So fehlen noch diverse Triebwerkstests, und die Startrampe funktioniert

ebenfalls nicht richtig. Die ständigen Verzögerungen können allerdings kaum verwundern. Immerhin sind an dem Projekt mehr als 600 Firmen in 13 Staaten der EU beteiligt. Das sorgt für enorme Reibungsverluste, welche die private US-Konkurrenz von SpaceX oder Blue Origin nur vom Hörensagen kennt.

Ansonsten sollten sich die Entwicklungskosten bei der Ariane 6 auf lediglich drei Milliarden Euro belaufen, also etwa die Hälfte der Summe, die Europa seinerzeit für das Vorgängermodell aufgewendet hat. Aber dabei wird es definitiv nicht bleiben. Die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) präsentierte jetzt eine Rechnung über zusätzliche 231 Millionen Euro, und bis die Rakete endlich fliegt, dürfte der finanzielle Mehraufwand dann wohl

mindestens eine Milliarde Euro betragen. Auch wenn die in Aussicht gestellten Prämien für einen Erststart Ende 2020 nun natürlich entfallen.

Konkurrenz durch Elon Musk

Das ist aber noch nicht alles. Wie eine Marktanalyse der Europäischen Investitionsbank (EIB) ergab, werden die Kosten für den Nutzlasttransport ins All bei der Ariane 6 selbst unter optimalen Bedingungen doppelt so hoch liegen wie im Falle der bereits seit 2010 im Einsatz befindlichen Falcon 9 von SpaceX.

Und wenn es dem Raumfahrtunternehmen des US-Milliardärs Elon Musk gelingt, auch seine vollständig wiederverwendbaren Raketen weiterhin als praxistauglich zu präsentieren, dann wäre das

Verhältnis sogar noch viel ungünstiger. Deswegen hält sich das Interesse kommerzieller Kunden an Starts mit der Ariane 6 derzeit in engen Grenzen.

Angesichts dieser Sachlage plant die EU nun eine weitere typisch „europäische Lösung“: Wenn die private Nachfrage ausbleibt, dann müssen eben Regierungsaufträge das Manko ausgleichen. Die staatlichen Investitionen in eine unrentable und der technischen Entwicklung schon jetzt hinterherhinkende Trägerrakete sollen also dadurch gerettet werden, dass man zusätzliches Steuergeld in Satellitenprojekte von ebenso fraglichem Nutzen steckt. Dabei hätte die ESA für vier Milliarden Euro eigentlich auch 80 Starts mit der Falcon 9 buchen können.

Wolfgang Kaufmann

WIRTSCHAFT

Ein Herz für die Großen

Brandenburgs Politik liebt „Mega-Projekte“ – Mittelstand beklagt Schattendasein

VON NORMAN HANERT

Um einen eventuellen Rückbau seiner „Giga-Fabrik“ abzuschließen, falls eine endgültige Genehmigung für das Gesamtprojekt ausbleibt, soll das Unternehmen Tesla als Sicherheit 100 Millionen Euro hinterlegen. Doch nachdem der US-Konzern im Dezember die Frist für die Zahlung einer Sicherheitsleistung verstreichen ließ, sind Brandenburgs Behörden den Amerikanern erneut entgegengekommen.

Ursprünglich hatte Tesla die Sicherheitsleistung bis zum 17. Dezember hinterlegen sollen. Als das Geld ausblieb, ruhten die Arbeiten auf der Baustelle für Tage. Vom Landesumweltamt erhielt der Konzern noch zweimal eine Fristverlängerung. Wenige Tage vor Ablauf der letzten Frist verkündete eine Sprecherin des Umweltministeriums schließlich eine Einigung mit Tesla: „Die notwendige Sicherheit wird durch die Beibringung einer Patronatserklärung durch eine deutsche GmbH erbracht, verknüpft mit einer Geldeinlage in Höhe von 100 Millionen Euro.“

Das Netz-Portal „Golem.de“ äußert die Vermutung, hinter der wochenlangen Zahlungsverzögerung stecke Teslas Bestreben, seine Bilanz für das Jahr 2020 nicht zu belasten. Mit der Zahlung ist nun zunächst die Gefahr gebannt, dass die Behörden die Bauarbeiten in Grünheide stoppen.

Etlche Pleiten in der Vergangenheit

Die Großbaustelle ist nicht nur für den Tesla-Chef Elon Musk ein Vorzeigeprojekt. Auch für die brandenburgische Landesregierung steht viel auf dem Spiel. Setzt Tesla Musks Ankündigung um, dann entwickelt sich das Werk in Grünheide zum größten privaten Arbeitgeber in den östlichen Bundesländern. Mit einer angekündigten Investitionssumme von bis zu vier Milliarden Euro würde die „Gigafactory“ sogar die größte einzelne Industrieinvestition in der Geschichte der Bundesrepublik darstellen. Brandenburgs Landesregierung würde damit endlich auch jenen großen Erfolg einfahren, auf den ihre dreißig Jahre lang verfolgte Wirtschaftspolitik immer abgezielt hat.



Weltweit erfolgreich, in Potsdam jedoch offenbar unbekannt: Produktionshalle von Orafol in Oranienburg

Foto: pa

Seit der Gründung des Bundeslandes im Jahr 1990 haben die stets SPD-geführten Landesregierungen immer wieder versucht, über Großprojekte einen wirtschaftlichen Erfolg quasi aus dem Boden zu stampfen. Vorhaben wie Cargo-Lifter, der Lausitzring oder der Plan für eine Chipfabrik in Frankfurt/Oder endeten jedoch alle als Pleiten. Der Großflughafen BER hat bis zur Eröffnung fast sieben Milliarden Euro gekostet und ist schon zum Start ein finanzieller Sanierungsfall. Neben diesen geflopten Großprojekten gab es in Brandenburg aber auch Erfolgsgeschichten, die weniger Aufmerksamkeit erhielten.

Die Rede ist von familiengeführten, mittelständischen Betrieben. Im Fall des Oranienburger Unternehmens Orafol sprach Stefan Heidbreder, Geschäftsführer der Stiftung Familienunternehmen, von einer Entwicklung, wie sie es in Deutschland kein zweites Mal gebe. An-

lass für das Lob war die Aufnahme von Orafol in die „Hall of Fame der Familienunternehmen“ im vergangenen Jahr.

Auch der Bund ist nicht viel besser

Treibende Kraft bei dem märkischen Unternehmen ist der promovierte Chemiker Holger Loclair. Mit einer Affinität zum Technischen und seinem Unternehmerrgeist machte er einen ehemaligen DDR-Betrieb, der nach der Währungsunion vor dem Ruin stand, zu einem weltweit führenden Anbieter von Spezialfolien. Erst im vergangenen Herbst hat der Mittelständler eine weitere Firmengruppe in den USA übernommen.

Das Erstaunliche an dieser Erfolgsgeschichte: Sieht man vom langjährigen Landrat und späteren Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) ab, dann wird der Weltmarktführer aus Brandenburg von der Landespolitik kaum wahrgenommen. Als Orafol-Gründer Loclair vor eini-

ger Zeit auf Teslas Milliardenpläne in Grünheide angesprochen wurde, antwortete er: „Das passt in das Wahrnehmungsmuster der Landesregierung.“ Sein Unternehmen hätte als Mittelständler und größter Arbeitgeber der Region weit weniger Aufmerksamkeit erhalten.

Die Fixierung der Politik auf Mammutprojekte und große Konzerne betrifft allerdings nicht allein das Land Brandenburg. Als Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier im Jahr 2019 seine „Industriestrategie 2030“ präsentierte, hagelte es heftige Kritik an den Plänen zur Förderung „nationaler Champions“. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) appellierte an Altmaier, gerade die für Deutschland so wichtigen Mittelständler nicht aus dem Auge zu verlieren. Rainer Kirchdörfer von der Stiftung Familienunternehmen forderte die Bundesregierung ebenfalls auf, statt Größe doch besser Innovationen zu fördern.

LOCKDOWN-KRISE

Traditionsunternehmen gerettet

Die insolvente Berliner Pralinenmanufaktur Sawade kann nun doch weitermachen

Die 140-jährige Tradition der Berliner Pralinenmanufaktur Sawade kann fortgeführt werden. Die drohende Pleite in Folge der Corona-Maßnahmen scheint abgewendet. Gegründet wurde das Unternehmen von Ladislaus Ziemkiewicz und Marie de Savadé Unter den Linden Nr. 18. Der Zarenhappen, hergestellt in reiner Handarbeit, ist die Spezialität des Hauses: Sultaninen werden über Nacht in Jamaika-Rum eingelegt, mit flüssiger Zartbitterschokolade vermischt und von Hand in kleine Töpfchen gelöffelt. Vor dem Ersten Weltkrieg belieferte Sawade einige Adelshäuser. Es ist das älteste Unternehmen dieser Art in der Hauptstadt.

Doch infolge des Lockdown musste Sawade im August 2020 Insolvenz anmelden. Nach den Vorschriften der Bundesregierung über die Corona-Hilfen war man nicht antragsberechtigt, weil das

Unternehmen im Vorjahr keine schwarzen Zahlen geschrieben hatte. Im Frühjahr 2020 fehlte wegen der Umsatzeinbrüche sogar das Geld, um Rohstoffe für die Weihnachtsproduktion einzukaufen. Die 84 Arbeitsplätze waren in Gefahr. Sawade musste einen großen Teil der Mitarbeiter kurzarbeiten lassen.

Investorensuche endet erfolgreich

Die Eigentümer Melanie und Benno Hübel (sie Graphikerin, er Koch und Betriebswirt) sowie Geschäftsführer Michael Nielius suchten nach einem Investor. Mit Erfolg: Fintura Finance GmbH, eine Berliner Unternehmensberatung, stieg als weiterer Gesellschafter ein. Aber erst mit der Genehmigung des Insolvenzplans durch die Gläubigerversammlung am 5. Januar war die Fortführung der Firma gesichert. Nun müssen noch einige bürokrati-

sche Hürden genommen werden. Hübel: „Wir setzen nun alles daran, dass das Insolvenzverfahren bis spätestens Ende Februar 2021 aufgehoben wird. Ich bin sehr erleichtert, dass der Fortbestand von Sawade gesichert ist. Alle Arbeitsplätze konnten erhalten bleiben. Wir sind für die Zukunft mit unserem neuen Gesellschafter gut aufgestellt. Jetzt können wir gemeinsam Potential am Standort Berlin ausschöpfen.“

2013 stand Sawade schon einmal vor der Insolvenz. Damals stieg das Unternehmerehepaar Hübel ein und setzte auf Expansion. Das Ergebnis der Erweiterung: Fünf Läden sowie rund 350 exklusive Verkaufsstellen deutschlandweit, die Sawade beliefert. Die Zahl der Mitarbeiter stieg von 39 auf 84. Laut Hübel war die Restrukturierung des maroden Unternehmens innerhalb von drei bis fünf Jahren

erfolgreich. „Dann riss uns Corona die Beine weg.“ Zwei wichtige Geschäfte wurden aus Kostengründen im Sommer dichtgemacht (KaDeWe, Hackesche Höfe). Melanie Hübel: „Die Hälfte des Umsatzes brach weg, Mieten und Löhne blieben, eine Entscheidung musste her, und zwar schnell.“ Aktuell bringt der Lockdown auch weniger Touristen nach Berlin. Die hochpreisigen Produkte wurden von vielen Reisenden nachgefragt. Nun hofft Sawade auf Ostern und Muttertag.

Das Ehepaar Hübel gibt sich kämpferisch: „Uns geht es darum, dieses Handwerk zu erhalten und diese wunderbare Manufaktur mit ihren exquisiten Produkten wieder bekannt zu machen. Was die Menschen damals schätzten und genossen, ist auch heute wieder gefragt. Regionale Spitzenqualität war, ist und bleibt ein Genuss – damals wie heute!“ Frank Bückler

KOLUMNE

Berliner Recht

VON THEO MAASS

Nach Auffassung grüner Funktionäre hat Berlin in dieser Legislaturperiode bereits dreimal „Rechtsgeschichte“ geschrieben. Doch „Diskriminierungsgesetz“, Mietendeckel und Mobilitätsgesetz sind umstritten. Der Deckel ist derzeit sogar vor dem Bundesverfassungsgericht gelandet.

Geht es nach dem linken Staranwalt Johannes Eisenberg könnte nun noch ein viertes Kapitel „Rechtsgeschichte“ hinzukommen. In Berlin Moabit sitzt zurzeit der mutmaßliche Macher und Drahtzieher des sogenannten Ibiza-Videos, Julian H., ein. Österreich hat seine Auslieferung wegen diverser Delikte beantragt. Für Eisenberg ein Skandal. Julian H. sei nämlich „Antifaschist“, er habe Europa von der Geisel und Bedrohung einer Machtübernahme durch die FPÖ gerettet. Das Ibiza-Video sei daher eine Heldentat.

Noch hält sich Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) zurück. Zuständig sind zunächst die Generalstaatsanwältin und, wenn sie ausliefern will, gegebenenfalls das Kammergericht. Was die Generalstaatsanwältin angeht, kann sich Behrendt auf die Personalie Margarete Koppers verlassen, die von rot-rot-grün mehrfach protegiert wurde. Eisenberg fordert: „Die Justizverwaltung sollte sich da allerdings als Dienstherr und Weisungsbefugter engagieren und die politische Dimension erkennen. Berlin stünde es gut zu Gesicht, wenn es politisch Verfolgte gegenüber westlichen ‚Demokratien‘ ebenfalls schützen würde.“

Eisenberg will mit der Causa H. vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, und Julian H. selbst überlegt angeblich, einen Asylantrag in Deutschland zu stellen. Auch wenn der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz vermutlich ein geringes Interesse an einer Auslieferung Julian H.s hegt – ein politisches Asyl für H. könnte er sich nicht bieten lassen. Das hätte Konsequenzen auf internationale Ebene und in der EU zur Folge.

MELDUNG

Radikale als Sorgenhelfer?

Berlin – Berlins offizielles Internetportal „Berlin.de“ verlinkt in einer Aufstellung von „Krisen- und Notrufnummern für Erwachsene“ unter anderem zu einem Muslimischen Seelsorge-Telefon. Laut der verlinkten Internetseite handelt es sich bei dem Seelsorgetelefon um ein gemeinnütziges Projekt von „Islamic-Relief Deutschland“. Dieser Verein soll nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz über personelle Verbindungen zur Muslimbruderschaft oder zu ihr nahestehenden Organisationen verfügen. In einer Antwort auf eine Anfrage von Holger Krestel (FDP) wies der Senat eine Verantwortung für die Verlinkung auf dem Hauptstadtportal von sich. Laut Senat wird die Internetseite „BerlinOnline“ seit 1998 im Rahmen eines Private-Partnership-Vertrags betrieben. Dabei koordiniere die Senatskanzlei zwar das Hauptstadtportal, habe aber keine Weisungsbefugnisse gegenüber der Seite. N.H.

● MELDUNGEN

Vielfalt für CIA und US-Armee

Washington – Noch in der Schlussphase der Präsidentschaft von Donald Trump haben der Geheimdienst CIA und auch die US-Streitkräfte signalisiert, dass Themen wie Vielfalt und Inklusion bei ihnen künftig eine größere Rolle spielen sollen. Zum Jahresanfang stellte die CIA eine überarbeitete Informationsseite zu Karrieremöglichkeiten bei dem Geheimdienst online. Auf Instagram veröffentlichte die CIA zudem einen Post mit Fotos, der offenbar den erwünschten Wechsel zu mehr Vielfalt beim Geheimdienstpersonal vorwegnehmen soll: weniger weiße Männer mit einem Abschluss der Elite-Unis, stattdessen mehr Frauen, Afroamerikaner und Vertreter ethnischer Gruppen wie den sogenannten Hispanics. Schon im September 2020 hat die US-Armee mit der Umsetzung eines Fünfjahresplans begonnen, der die Landstreitkräfte der USA zu einem „Modell von Diversität, Gleichheit und Inklusion“ machen soll. **N.H.**

Parler ist wieder online

Herderson/Nevada – Dem bei Anhängern des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump beliebten sozialen Netzwerk Parler ist es gelungen, die Zensur teilweise zu umgehen. Mit der Hilfe der Firma DDos-Guard, die von zwei Russen geleitet wird, ist es der Plattform gelungen, über deren Server wieder online zu gehen. Parler ist eine beliebte Alternative zu Twitter. Nachdem Twitter die Konten von Trump-Anhängern und schließlich auch das von Trump selbst gesperrt hatte, erlebte Parler einen regelrechten Ansturm. Die Nutzerzahl hatte sich laut dem Unternehmen im November 2020 von fünf auf zehn Millionen verdoppelt. Daraufhin nahm der Konzernriese Amazon, bei dem der Nachrichtendienst einen Server angemietet hatte, kurzerhand die Seite vom Netz. Zuvor hatten schon die Firmen Apple und Google die Möglichkeit gesperrt, Parler als Applikation aufs Handy zu laden. Firmenchef John Matze kündigte an, den Dienstleister Amazon Web Services zu verklagen. **MRK**

Italiener gegen Lockdown

Rom/Mailand/Turin – Am vergangenen Wochenende protestierten zirka 50.000 Gastronomen gegen die Lockdown-Auflagen und öffneten ihre Restaurants. In mehreren Städten kam es zu Feiern ohne Masken und Abstandsregeln. Hochburgen des zivilen Ungehorsams waren Rom, Mailand und Turin. Mit ihrem „höflichen Protest“, wie die Gastronomen ihre Aktion nannten, reagierten sie auf widersprüchliche Regelungen seitens der Regierung. Im Dezember hatte Italien auf ein dreistufiges Konzept für Beschränkungen gesetzt, das auf die Anzahl der Infektionen in den Regionen abgestimmt war. Die Gastronomen halten das Vorgehen jedoch für willkürlich, zumal Ministerpräsident Giuseppe Conte und Gesundheitsminister Roberto Speranza sich auf ein Protokoll des wissenschaftlich-technischen Beirats der Regierung als Grund für die Verschärfungen beriefen, den sie falsch zitierten. **MRK**

SPANIEN

Belagerungszustand durch Illegale

Immigranten-Boom wegen Corona – Afrikaner wählen den Weg über die Kanaren in Richtung Europa

VON BODO BOST

Die Pandemie hat zwar mit ihren Reisebeschränkungen den Tourismus zum Erliegen und die Reiseindustrie an den Rand des Ruins gebracht, nicht jedoch die Migrationsbewegungen gestoppt. Für die illegale Schleusermafia brachte das erste Corona-Jahr einen Boom. Seit Beginn des Jahres 2021 erreichen weiter 400 Immigranten Woche für Woche die spanischen Kanareninseln.

Die unberechenbare Atlantik-Route mit ihren gefährlichen Strömungen ist weitaus gefährlicher und länger als die Mittelmeer-Route. Schlauchboote wie im Mittelmeer sind hier nicht möglich. 23.000 illegale „Boots-Touristen“ schafften es 2020 auf die Kanaren. Das sind 143 Prozent mehr als im vorherigen Jahr. 1851 Menschen sollen dabei den Tod gefunden haben, auch deshalb, weil auf dem Atlantik keine eigens zu ihrer Aufnahme entsandten Schiffe fahren.

Dennoch wagen immer mehr die Passage in Holzbooten, die billiger sind als die Schlauchboote im Mittelmeer, wo das Schleusergeschäft in den Händen von Pro-

fis und der Mafia liegt, die mit den Schlepperschiffen der Nichtregierungsorganisationen oft gemeinsame Sache machen. Vor allem gibt es an den weiten Stränden, wo die Sahara auf die Küste trifft, keinerlei Polizeiposten, weil es sich zumeist um unbewohnte Landstriche handelt.

42.000 Afrikaner neu in Spanien

Spanien ist für Immigranten aus Afrika im vergangenen Jahr zum wichtigsten Tor nach Europa geworden, weil die sozialistische Minderheitsregierung schwach ist und kein Mittel dagegen weiß. Nach den jüngsten Angaben des spanischen Innenministeriums erreichten 2020 insgesamt 42.000 Menschen aus Afrika das Land, mehr als die Hälfte davon kam auf den Kanaren an. Trotz der Pandemie verzeichnete Spanien mehr Immigranten als im Vorjahr, fast die Hälfte der gesamten EU: In Italien wurden laut dem Migrationsdienst IOM 34.100 Immigranten registriert, in Griechenland 15.500, in der ganzen EU waren es knapp 100.000.

2021 könnte es ähnlich weitergehen. Vor der Pandemie stammte noch die größere Zahl von Immigranten aus den Ländern Schwarzafrikas wie Mali, Senegal

und der Elfenbeinküste, wo der terroristische Dschihadismus sein Unwesen in den Wüstenregionen treibt. Corona hat in den schwarzafrikanischen Ländern nicht so stark gewütet wie in Nordafrika, aber es hat zur Verarmung weiter Kreise beigetragen. Deshalb können sich immer weniger die teure Überfahrt nach Europa leisten.

Inzwischen stellen mit mehr als 11.000 Marokkanern und Sahraouis die direkten Küsten-Anwohner die Mehrheit der Immigranten in Spanien. Erstmals seit Jahrzehnten sind auch aus Algerien und Tunesien die Zahlen der Immigranten über das Mittelmeer nach Spanien wieder am Ansteigen. 2020 waren es so viele wie noch in keinem Jahr zuvor. Immer mehr Algerier und Tunesier fliehen auch vor Corona aus ihrer Heimat.

Madrid ist völlig überfordert

Die Rückführung dieser Asylsuchergruppe verläuft schleppend, obwohl Spanien mit allen Staaten entsprechende Rücknahme-Abkommen geschlossen hat. Oft sind die Grenzverletzer schnell nach Frankreich oder Deutschland weitergereist, siehe Anis Amri in Berlin oder der Nizza-Attentäter im Sommer.

Ein Großteil der Immigranten in Spanien reist jedoch legal als Touristen in einem Flugzeug ein, denn Südamerikaner benötigen für Spanien kein Visum. Mit den Südamerikanern haben, trotz der massiven Einschränkung der Bewegungsfreiheit für die eigenen Bevölkerung, im vergangenen Jahr 85.000 Asylsucher Anträge in Spanien gestellt, die meisten davon waren Venezolaner, Kolumbianer und Honduraner. Spanien liegt damit erstmals in der Europäischen Union vor Frankreich und Deutschland.

Spanien ist von dem Ansturm der Asylbewerber völlig überfordert. Das spanische Asylsystem stand schon vor dem Beginn der Pandemie am Rande des Zusammenbruchs. Vor einem Jahr stapelten sich bei den Behörden rund 120.000 unbearbeitete Anträge. Auch die wenigen Unterkünfte sind hoffnungslos überfüllt.

Seit die Pandemie den Tourismus zum Erliegen gebracht hat, werden immer mehr Asylsucher in Spanien in Hotels untergebracht. Was mit diesen passiert, falls der Tourismus wieder anläuft, weiß niemand. In Spanien hofft man einfach, dass nach der Pandemie auch die Immigration wieder zurückgeht.



Die nächste Fuhre nach Europa: Illegale Einwanderer aus Afrika steuern mit einem Holzboot Teneriffa an

Foto: Mauritius

BERGKARABACH

Der Status bleibt ungeklärt

Putin sieht sich als Gewinner – Kontrahenten Aserbaidshans und Armenien trafen sich in Moskau

Die Hände wollten sich die beiden Präsidenten der Kriegsparteien im Bergkarabach-Konflikt, der Aserbaidshanscher Ilham Alijew und der Armenier Nikol Paschinjan, nicht reichen, als Wladimir Putin sie zu Gesprächen über die Zukunft der Kaukasusregion nach Moskau eingeladen hatte. Kein Wunder, denn bei dem Ende vergangenen Jahres ausgetragenen militärischen Konflikt waren Tausende Menschen ums Leben gekommen.

Russlands Interessen in der Region

Beiden dürfte schon vor dem Treffen klar gewesen sein, dass der Kremlherr beabsichtigt, ihnen Zugeständnisse abzufor-

dern, die vor allem eines sind: im Interesse Moskaus. Putin zögerte nicht, gleich zu Beginn des Gesprächs seine Wünsche zu verdeutlichen. Moskau geht es in erster Linie um die Öffnung der Grenzen, um Zugang zu einem Transportkorridor vom Territorium Aserbaidshans über die Autonome Republik Nachitschewan und armenisches Gebiet bis in die Türkei zu erlangen. Dieses Ziel soll mit der Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung mit Armenien über Georgien und Abchasien erreicht werden. Moskau ist daran seit vielen Jahren interessiert. Wegen der anhaltenden Konflikte um die Separatistengebiete Nordossetien und Abchasien ver-

hinderte Georgien jedoch bislang die Umsetzung der Pläne.

Russland hat seinen Ruf als Hauptakteur in der Region zu verlieren. Wegen seiner Untätigkeit als Schutzmacht Armeniens im aktuellen Konflikt geriet Putin zuletzt in die Kritik. Viele sahen den türkischen Präsidenten Tayyip Recep Erdoğan als geopolitischen Sieger. Putin denkt über eine dauerhafte Stationierung russischer Friedenstruppen in Bergkarabach nach, um seinen Status zu behaupten.

Wird die Eisenbahnlinie wie geplant ausgebaut, erhält Aserbaidshans eine neue Verbindung in die Türkei, Armenien eine direkte in den Iran und nach Russland so-

wie über diese auch eine mit der Türkei. Eriwan könnte dies neue Märkte eröffnen.

Mit dem Ergebnis des Treffens zeigt Paschinjan sich dennoch nicht zufrieden, da die regionale Neuordnung zum Nachteil Armeniens ausfällt. Das sogenannte Friedensabkommen vom 9. November sieht vor, dass die von Aserbaidshans besetzten Gebiete in der Region Arzach, die vorwiegend von Armeniern bewohnt ist, unter aserbaidshanscher Herrschaft bleiben sollen. Paschinjan steht deshalb innenpolitisch unter Druck. Nach dem Treffen in Moskau erklärte er mit düsterer Miene, dass der Status von Bergkarabach nach wie vor ungeklärt sei. **Manuela Rosenthal-Kappi**

Nach einem Stromausfall im rumänischen Siebenbürgen ist es am Nachmittag des 8. Januar im europäischen Stromversorgungssystem zu einem massiven Leistungs- und Frequenzeinbruch gekommen. Schlagartig fehlten in Europa 3,8 Gigawatt an Leistung. Um zu verhindern, dass auf dem Kontinent die Lichter ausgehen, trennten die Netzbetreiber Südosteuropa vom gemeinsamen Stromnetz und drosselten die Versorgung von Großverbrauchern in Italien und Frankreich. Unter anderem durch das Hochfahren von Kraftwerken in Österreich gelang es den Versorgern schließlich, nach rund einer Stunde wieder den Normalbetrieb im europäischen Stromnetz herzustellen. Die PAZ hat Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel vom Verein NAEB Stromverbraucherenschutz zum Risiko befragt, dass eine solche Störung eines Tages in einem langandauernden Stromausfall in ganz Deutschland mündet.

Herr Appel, das europäische Stromverbundnetz ist am 8. Januar offenbar nur knapp an einem großflächigen Zusammenbruch vorbeigeschrammt. Wie ernst war die Lage an diesem Tag aus ihrer Sicht?

Es gab einen Abfall der Frequenz im Europäischen Verbundnetz unter die kritische Grenze von 49,8 Hertz (Schwingungen/Sekunde). Das bedeutet, es war plötzlich zu wenig Strom im Netz. Die Momentan-Reserve, die Rotationsenergie der großen Generatoren der Kraftwerke im Verbundnetz, konnte einen stärkeren Abfall der Frequenz verhindern, bis die Regelleistung durch mehr Dampf wieder die Sollfrequenz erreicht hatten. Die Lage war kritisch. Die Momentan-Reserve war jedoch ausreichend für einen sicheren Netzbetrieb.

Nach Plänen der EU-Kommission sollen 800 Milliarden Euro in den Ausbau von Windkraftanlagen vor den Küsten Europas fließen. Kann dieses Mammutprojekt die Versorgungssicherheit verbessern?

Es sollen vermehrt Windkraftanlagen auf See gebaut werden, weil der Widerstand der Bevölkerung gegen die Verspargelung unserer Landschaft wächst. Anlagen auf See erzeugen doppelt so viel Strom wie Landanlagen.

Ihr Bau kostet aber das Vierfache. Off-Shore-Strom ist also doppelt so teuer wie Landstrom. Hinzu kommen noch die Kosten für den Transport an Land, der von Insidern mit etwa fünf Cent pro Kilowattstunde angegeben wird.

Unsere Regierung und die EU-Kommission wollen in Zukunft mit diesem

ENERGIEWENDE

„Fakepower schwächt das Stromnetz“

Der Energieexperte Hans-Günter Appel äußert sich gegenüber der PAZ zum jüngsten „Beinahe-Blackout“ wegen eines Stromausfalls in Siebenbürgen



Bezeichnet der Verein NAEB Stromverbraucherenschutz als „Fakepower“: Wind- und Solarstrom
Foto: Shutterstock

teuren und wetterabhängigen Strom unsere Energieversorgung sicherstellen. Das ist technischer und wirtschaftlicher Unsinn. Solche Behauptungen sind eine Täuschung (englisch: Fake) der Verbraucher. Um das deutlich zu machen, bezeichnet der Stromverbraucher NAEB, ein Zusammenschluss von Fachleuten, die über Jahrzehnte maßgeblich an einer sicheren und bezahlbaren Stromversorgung mitgewirkt haben, den Wind- und Solarstrom als „Fakepower“.

Seit einiger Zeit fällt im Zusammenhang mit der Zukunft der Energiewende auch immer öfter der Begriff „Spitzenglättung“. Worum geht es dabei?

Es wird immer schwieriger und teurer, die stark schwankende Fakepower auf den Verbrauch zu regeln. Daher sollen bei hoher Stromnachfrage Geräte und Anlagen, die ohne größere Nachteile zeitver-

zögert laufen können (Wassererhitzer, Waschmaschinen und so weiter) abgeschaltet und bei wenig Nachfrage wieder zugeschaltet werden. Dies soll mit „intelligenten“ Stromzählern erfolgen, die mit den Geräten und mit der Netzschnittstelle vernetzt sind. Grundsätzlich ist das ein vernünftiges Vorhaben, das aber den Strompreis weiter in die Höhe treibt, denn die gesamte „intelligente“ Infrastruktur muss bezahlt werden.

Welche Auswirkungen sind nach Ihrer Meinung zu erwarten, wenn es statt Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren künftig nur noch Elektroautos gibt?

Mit der Aufgabe der Kohle- und Kernkraftwerke wird Deutschland bereits auf Stromimporte angewiesen sein. Die stark schwankende Fakepower fällt bei nächtlicher Flaute vollkommen aus. Das gilt

auch, wenn die Anlagen verdreifacht werden. Bei einer kompletten Umstellung auf Elektroautos brauchen wir 20 weitere Großkraftwerke mit je 1000 Megawatt Leistung.

Die Versorgungsleitungen reichen nicht für die hohen Ladeleistungen. Sie müssen verstärkt werden. Elektroautos führen zu höheren Strompreisen.

Der österreichische Stromversorger EVN hat nach dem jüngsten „Beinahe-Blackout“ im europäischen Stromverbundnetz Konsequenzen gefordert. EVN fordert unter anderem neue gesetzliche Rahmenbedingungen für den Weiterbetrieb bestehender Gaskraftwerke und Anreize für schnellstartfähige Gasturbinen. Welche Schlussfolgerungen zieht NAEB aus dem Frequenzabfall im europäischen Stromnetz am 8. Januar?

Die Momentan-Reserve der Großkraftwerke ist für ein sicheres Netz mit stabiler Frequenz unerlässlich. Als Faustregel gilt: Ein stabiles Stromnetz braucht mindestens 45 Prozent Grundstrom aus solchen Kraftwerken. Wind- und Solarstromanlagen liefern keine Momentan-Reserve.

In Deutschland wird bei Starkwind und Sonnenschein durch den Ausbau von Fakepower-Anlagen der Grundstrom-Mindestanteil immer häufiger unterschritten. Das ist möglich, weil vor allem die Kernkraftwerke in Frankreich über den Verbund auch das deutsche Netz stabilisieren.

Schnellstartfähige Gasturbinen können Lastspitzen abdecken. Sie haben aber kaum Momentan-Reserve, und ihr Wirkungsgrad ist deutlich geringer als Gas- und Dampfkraftwerke. Fakepower schwächt das Netz bis zum Blackout und ist viel zu teuer. Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung brauchen wir weiterhin Kohle- und Kernkraftwerke. Wir haben heute schon den höchsten Strompreis aller Industriestaaten. Das Abschalten dieser Anlagen verdoppelt den Strompreis. Deutschland ist dann nicht mehr wettbewerbsfähig.

MELDUNGEN

Chinesische überholt Buffet

New York – Laut dem laufend aktualisierten „Milliardärsindex“ des Nachrichtenportals Bloomberg steht der Chinese Zhong Shanshan inzwischen an sechster Stelle in der Rangliste der reichsten Menschen der Welt. Damit liegt der 64-Jährige jetzt sogar vor der 90-jährigen US-amerikanischen Investmentlegende Warren Buffett. Zhongs Vermögen beläuft sich derzeit auf umgerechnet rund 92 Milliarden US-Dollar. Der Wohlstand des einstigen Schulabbrechers und Bauarbeiters, der als „Einsamer Wolf“ gilt, basiert vor allem darauf, dass er Mehrheitseigner des Getränkekonzerns Nongfu Spring ist. Dessen Aktienkurs ist seit dem Börsengang vergangenen September um das Zweifache gestiegen. Das ist allerdings noch gar nichts gegen den 2500 Prozent Kursgewinn beim Impfstoffhersteller Beijing Wantai Pharmacy Enterprise, den Zhong 1993 gründete und im vergangenen April an die Börse brachte. Momentan arbeitet das Unternehmen an einem Nasenspray-Impfstoff gegen Corona. W.K.

Mehr illegale Spielhöhlen

Berlin – In den letzten Wochen entdeckten Ordnungsämter und Polizei in Berlin gleich mehrere illegale Glücksspielstätten. Anfang dieses Monats hob die Polizei in Hohenschönhausen in einer Wohnung ein Privatspielcasino aus. Neben Spielkarten und Glücksspielautomaten entdeckten die Beamten in der Drei-Zimmer-Wohnung etwa 35 Personen und Bargeld im fünfstelligen Euro-Bereich. In einer Spätverkaufsstelle an der Neuköllner Sonnenallee stießen Beamte auf eine getarnte Geheimtür, hinter der sich ein Raum mit illegalen Automaten befand. Ebenfalls in Neukölln entdeckte die Polizei in einem Imbiss einen Nebenraum mit drei Spielautomaten aus chinesischer Produktion. Wie Ermittler berichten, tauchen derartige illegale Geräte mit manipulierter Casinosoftware in der Bundeshauptstadt immer häufiger auf. N.H.

ITALIEN

Streit um Corona-Hilfen der EU

Staatspräsident Mattarella versucht, rechte Koalitionsregierung zu verhindern

Der frühere Ministerpräsident, Ex-Sozialdemokrat und Vorsitzende der von ihm gegründeten Partei Italia Viva (IV) Matteo Renzi hat seine beiden Minister aus der Regierung des parteilosen Regierungschefs Giuseppe Conte abgezogen. Dessen Regierung aus der sozialdemokratischen Partito Democratico (PD), der Establishment-kritischen Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und verschiedenen kleineren Parteien der Mitte steht nun ohne Mehrheit da. Wie es weitergehen wird, ist offen. Denn die PD und die M5S, die Conte weiterhin unterstützen, kommen Umfragen zufolge nur auf rund 35 Prozent der Stimmen.

Den Bruch der Koalition hat Renzi vor allem damit begründet, dass Conte es ablehnt, für den Neustart Italiens nach der Corona-Krise spezielle europäische Hilfgelder für das Gesundheitssystem zu nut-

zen. Da half es Conte auch nicht, dass er Italia Viva weitgehende Zugeständnisse machte.

Renzi geht mit dem Koalitionsbruch ein hohes Risiko ein. Bei Neuwahlen könnte er mitsamt seiner Partei aus beiden Kammern fliegen, denn nur rund drei Prozent der Italiener würden ihm derzeit ihre Stimme geben.

Rechte Mehrheit in der Bevölkerung

Nun richten sich alle Augen auf den 79-jährigen Staatspräsidenten Sergio Mattarella. Von ihm wird erwartet, dass er in der Regierungskrise erst einmal versucht, im Parlament eine andere Mehrheit auszuloten. Zuletzt hat er Conte abermals mit der Regierungsbildung beauftragt.

Matteo Salvini, Chef der bis 2019 an der Regierung beteiligten und seitdem in der Opposition sitzenden Lega, hat be-

reits die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung gefordert. Die liberal-konservative Forza Italia des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi könnte eine Schlüsselrolle einnehmen. Sie hat sich seit den Parlamentswahlen 2018 geweigert, in eine Koalition einzutreten. An Neuwahlen hat der 84-Jährige aufgrund schlechter Umfragewerte kein Interesse. Von diesen würde vor allem die rechtsnationale Partei Fratelli d'Italia profitieren.

Giorgia Melonis „Brüder Italiens“ könnten ihr Ergebnis auf 17 Prozent nahezu vervierfachen. Gemeinsam mit Salvinis Lega, die derzeit auf 23 Prozent kommt, wäre der Weg zu einem Rechts-Bündnis nicht mehr weit. Der zwölfte Präsident der Italienischen Republik wird als Sozialdemokrat allerdings alles versuchen, dieses zu verhindern.

Peter Entinger

ANZEIGE

4 Wochen gratis lesen
Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KOMMENTARE

„Unworte“

ERIK LOMMATZSCH

Regelmäßig im Januar erfreut sich das „Unwort des Jahres“, eigentlich das „Unwort des vergangenen Jahres“, breiter medialer Aufmerksamkeit. Ausgewählt wird es durch eine Jury aus vier Sprachwissenschaftlern, einem Journalisten sowie einem jährlich wechselnden Mitglied. Vorschläge unterbreiten kann jeder Interessierte, die Häufigkeit der Nennungen spielt keine Rolle.

Die Beteiligung ist eher übersichtlich, gerade einmal 1826 Einsendungen zählte man für 2020. 625 Kandidaten für „Formulierungen in allen Feldern der öffentlichen Kommunikation, die gegen sachliche Angemessenheit und Kommunikation verstoßen“ – wie es in den „Unwort“-Grundsätzen heißt – wurden gezählt. Wechselndes Jury-Mitglied war dieses Mal die türkischstämmige Autorin Kübra Gümüsay, unter anderem Mitbegründerin eines „feministischen co-creation space“.

Da 2020 „Corona“ dominierte, aber auch in anderen Bereichen „weiterhin inhumane und unangemessene Wörter

geprägt und verwendet werden“, fiel die Wahl erstmals auf zwei Begriffe: „Corona-Diktatur“ und „Rückführungspatenschaften“. Der erste Ausdruck verharmlose „tatsächliche Diktaturen“ und mache es „schwieriger, berechtigte Zweifel an einzelnen Maßnahmen zu diskutieren“. Er werde gebraucht, „um regierungspolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu diskreditieren“, und zwar von der „selbst ernannten ‚Querdenker‘-Bewegung“. Gern hätte man von der Jury gewusst, wer regulär „Querdenker“ ernannt.

„Rückführungspatenschaften“ bezeichnet die Idee, dass EU-Staaten, die keine „Flüchtlinge“ aufnehmen, wenigstens für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber Sorge tragen. Der Begriff sei „zynisch und beschönigend“.

Die Jury behauptet, ihre Entscheidung sei „keineswegs als Zensurversuch zu verstehen“, wohl wissend, dass er möglicherweise zu einer langen Haftstrafe verurteilt werden wird. Welcher vernunftbegabte Mensch tut sich und seiner Familie so etwas freiwillig an? Zumal Nawalnyj nach seiner Vergiftung mit Nowitschok zwar im Westen als Held gesehen wird, ihn zu Hause aber keine Mehrheit unterstützt. Stehen neben seinen Mitstreitern noch andere Spieler hinter ihm, die gerne in Russland die Fäden ziehen würden?

Selbst die „regierungskonformen“ russischen Blätter sehen Nawalnyjs Verhaftung kritisch. Von einer Demonstration des Idiotismus und einem schlechten Schauspiel ist da die Rede sowie davon, dass Putin selbst Nawalnyj zu seinem wichtigsten Gegner erhöht.

Falsche Märtyrer

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

„Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.“ Getreu diesem Motto mag Wladimir Putin gehandelt haben, als er seinen schärfsten Widersacher Alexej Nawalnyj gleich nach der Landung auf russischem Boden festnehmen ließ.

Putin weiß sehr wohl, dass er wegen der Verhaftung Nawalnyjs und 58 weiterer Personen, darunter Oppositionelle, aber auch Journalisten, weitere Sanktionen des Westens auf sein Land ziehen wird. Die Proteste von Brüssel über Berlin bis nach Wilna folgten auf dem Fuß. Doch was die Kollegen im Westen von ihm halten, interessiert den Kremlchef längst nicht mehr. Die Sanktionsandrohungen der EU sind ein stumpfes Schwert, das in den Pelz des russischen Bären nicht mehr eindringt. Er wird sich weiterhin als Opfer westlicher Propaganda betrachten.

Und Nawalnyj? Er gibt freiwillig den Märtyrer in der russischen Tragikomö-

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Je mehr Zuwanderung aus der Dritten Welt, desto mehr Angleichung an die Dritte Welt: Hunderte Einwanderungswillige an der mazedonisch-griechischen Grenze
Foto: pa

KOLUMNE

Ein Trost ist das nicht

FLORIAN STUMFALL

Das Angela Merks euphorische Ankündigung aus dem Jahre 2015, mit den vielen Zuwanderern werde eine spürbare Entspannung beim Problem des Fachkräftemangels eintreten, in der Öffentlichkeit nicht mehr zitiert wird, beruht auf reiner Rücksichtnahme gegenüber der Kanzlerin. Natürlich hat sich nichts erfüllt von dem, was sie damals angekündigt hatte. Trotz des Zustroms in Millionenhöhe herrscht nach wie vor Fachkräftemangel, nur dass durch die Grenzöffnung zusätzliche Kosten entstanden sind, die sich dem Verständnis des Bürgers entziehen.

Es klingt auch nur dann und wann durch, dass beispielsweise ein Aachener wegen Corona nicht in die Niederlande fahren kann, oder ein Passauer nach Oberösterreich, der Zustrom von Immigranten aber ungehindert anhält. Ein Bayer, beispielsweise, der nach 21 Uhr auf der Straße angetroffen wird, muss 500 Euro Strafe zahlen, ein Immigrant, der ohne einen Pass illegal die Grenze übertritt, egal, zu welcher Tageszeit, darf mit einer Rundumversorgung durch den Steuerzahler rechnen.

Ein Blick auf die Herkunftsländer der zahlreichen Neubürger in Deutschland zeigt, warum der Glaube an eine Zuwanderung in unser hochentwickeltes System – so er denn je ernst gemeint war – hat trügen müssen. Die wissenschaftlichen und technischen Standards sind allzu verschieden. Sie indes einigermaßen sachgerecht zu beurteilen ist nicht einfach, doch bietet sich als Möglichkeit die Statistik der internationalen Patente an.

Diese wird angeführt von den USA. Auf den ersten Rängen danach sind Deutschland, Japan und auch China anzutreffen. Die ersten 50 Positionen werden hauptsächlich von westlichen und fernöstlichen Ländern eingenommen. Von arabischen Ländern findet man nur zwei, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, dieses auf Platz 47, jenes auf Platz 32, so die Statistik von 2018.

Zuwanderung aus der Dritten Welt

Aus Afrika hat es nur die Republik Südafrika in die Liste geschafft, zehrend von alter Substanz, aber mit absteigender Tendenz. Allein das winzige Liechtenstein verzeichnet viermal so viele internationale Patente wie Südafrika. Überhaupt ist die Beziehung zwischen Anmeldungen

und Bevölkerungszahl noch aussagekräftiger als die absoluten Werte.

Die Liste der Patentanmeldungen pro einer Million Einwohner wird (2015) angeführt von Japan mit 276, Deutschland bringt es auf 123, Frankreich auf 72, um nur drei aus den 36 Positionen der Statistik herauszugreifen. Der Durchschnitt aller Länder liegt bei 28. Als einziges afrikanisches Land scheint wiederum Südafrika auf, Kennwert 5,5. Alle anderen Länder der Welt, also rund 160 von 200, fallen unter „übrige“, die zusammen einen Punktestand von 5,6 erreichen. Unter ih-

Der Gedanke ist nicht neu. Der Gründer der Paneuropa-Union, Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, schrieb 1925 in seinem Buch „Praktischer Idealismus“: „Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein.“ Und prognostiziert eine „eurasisch-negroide Zukunftsrasse“. Sein Nachfolger im Geiste ist der früherer Pentagonstrategie Tom P.M. Barnett, der eine Zuwanderung aus Afrika nach Europa in jährlicher Millionenhöhe fordert. Als Ergebnis stellt er sich eine Rasse vor mit 90 Prozent IQ, „klug genug, um zu arbeiten, zu dumm, um Fragen zu stellen“, wie er es formuliert.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Doch in der Wirklichkeit verhält es sich mit der Vermischung der Rassen nicht so, wie von den beiden Herrn erwünscht. Das Beispiel der USA zeigt, dass auch nach 300 Jahren die Afrikaner keineswegs in ihrer europäischen Umgebung aufgegangen sind. Dafür ist das kulturelle Gefälle zu groß. Wenn dagegen Deutsche in die USA oder nach Australien auswandern, dann ist die zweite Generation vollständig assimiliert. Doch bereits in Lateinamerika bilden sie eigene Zentren. Hier ist das kulturelle Gefälle größer, die Bereitschaft, sich anzugleichen, entsprechend geringer.

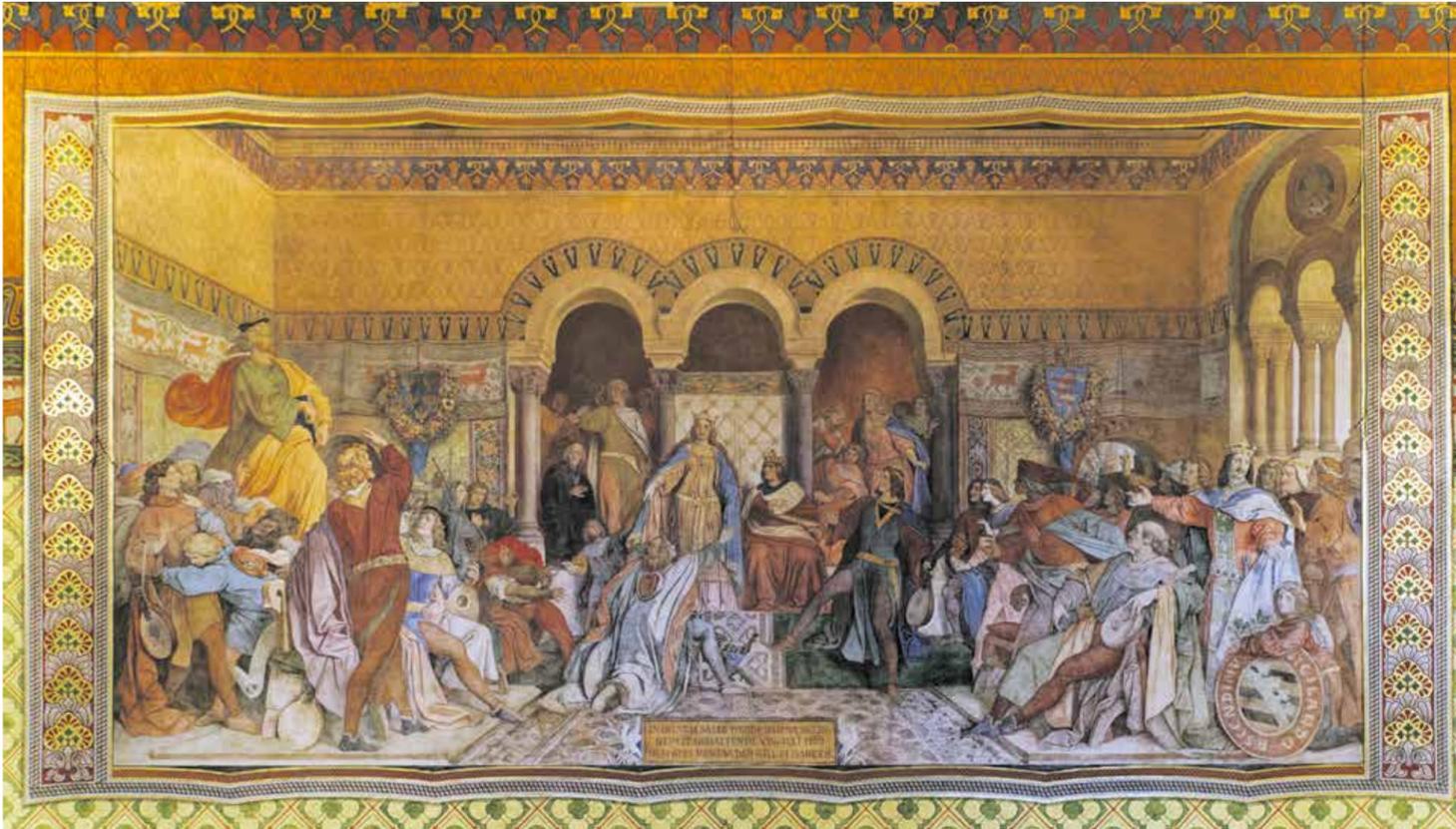
Whoin wird also die Zuwanderung nach Europa führen, falls sie unverändert anhalten sollte? Die demographische Entwicklung ist jedenfalls für eine oder zwei Generationen abzusehen. Die kulturfernen Elemente werden zunehmen, die einheimischen irgendwann in die Minderheit geraten. Das kann nicht ohne Auswirkung auf das wirtschaftliche Leben bleiben. Die immer weniger werdenden Leistungsträger verlieren immer mehr ihre Fähigkeit, Fremde einzugliedern, diese sehen immer weniger Grund, sich einer schwindenden Lebensweise anzugleichen. Das wird so lange gehen, bis der Unterschied der Lebensverhältnisse in Deutschland und den südlichen Herkunftsländern so gering geworden ist, dass eine aufwendige Migration nicht mehr dafürsteht. Mit anderen Worten: Mit jedem Schritt, den sich Deutschland und Europa insgesamt der Dritten Welt nähern, wird die Zuwanderung geringer. Dann heißt es: Keine Völkerwanderung mehr! Aber um welchen Preis! Ein Trost ist das nicht.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Mit jedem Schritt, den sich Deutschland und Europa insgesamt der Dritten Welt nähern, wird die Zuwanderung geringer

nen sind neben vielen anderen auch die restlichen afrikanischen und alle mittelasiatischen sowie arabischen Länder. Das heißt, die Staaten, von denen aus die Zuwanderung nach Deutschland erfolgt, tragen samt und sonders nicht das Kennzeichen großer technischer und wissenschaftlicher Affinität. Beachtenswert ist auch, dass sich eine solche nicht durch Reichtum, etwa aufgrund von Rohstoffen, ersetzen lässt. Die Migration hat für die Herkunftsländer die fatale Folge, dass in erster Linie aktive, risikobereite junge Männer, die zudem über etwas Kapital verfügen müssen, ihre Heimat verlassen, in der sie dringend gebraucht würden.

Dennoch hat die Wanderung, grob gesagt, von Süd nach Nord, durch den UN-Migrationspakt die Weihen moralischer Unantastbarkeit erhalten, verbunden mit der Pflicht der Zielländer, diese Entwicklung auch noch zu unterstützen. Bei der Willfähigkeit deutscher Regierungen in solchen Angelegenheiten muss man mit einem grundlegenden Wandel der Bevölkerung rechnen, der vermutlich gewollt ist, zumindest aber billigend in Kauf genommen wird.



Illusion eines Wandteppichs: Das große „Sängerkrieg“-Fresko auf der Wartburg schuf Moritz von Schwind 1855

Foto: Holger Uwe Schmitt

RECHTSCHREIB-DUDEN

Vom Ende des grammatischen Maskulins

Machen wir uns nichts vor: Die Sprachpuristen werden in der Schlacht ums Gendern den Kürzeren ziehen. Die junge Generation wächst wie selbstverständlich mit Begriffen wie „Lehrende“ (für Lehrer), „Geflüchtete“ (für Flüchtlinge) oder „SchülerInnen“ auf und hält einen Ausdruck wie „Student“ für ein sprachliches Urzeitrelikt. Der Begriff gehört zu den sterbenden Wörtern, nachdem er durch die Partizipkonstruktion „Studierende“ ersetzt wurde.

Um bloß keine Stimmen von Wählerinnen zu verlieren, sind Politiker längst eingeknickt, indem sie bei jeder Gelegenheit von „Wähler und Wählerinnen“, „Bürger und Bürgerinnen“ sprechen, obwohl „Wähler“ und „Bürger“ im Plural für beide Geschlechter stehen. Nachdem die öffentlichen Sender ebenfalls auf Gendersprech umgeschwenkt sind und in Nachrichtensendungen das Binnen-I verwenden, zieht nun auch der Duden nach. So enthält die neueste Ausgabe des Rechtschreib-Dudens eine Anleitung zur Verwendung des Gendersternchens („Mieter*innen“) und des Binnen-I („MieterInnen“).

Ganz nebenbei bereitet die seit 2016 von einer Frau geleitete Duden-Redaktion den nächsten Gendertreich vor. In der Online-Ausgabe ist man gerade dabei, sämtliche im Duden erfasste Personen- und Berufsbezeichnungen zu gendern. Unter dem Stichwort „Politiker“ ist neuerdings zu lesen: „männliche Person, die (meist als Mitglied einer Partei) ein politisches Amt ausübt“. Dafür gibt es einen neuen Eintrag zu „Politikerin“ mit dem Bedeutungshinweis: „weibliche Person, die (meist als Mitglied einer Partei) ein politisches Amt ausübt“. 12.000 Einträge sollen in nächster Zeit auf entsprechende Weise geändert werden.

Mit seinem Untertanengeist in der Geschlechterdebatte kündigt ausgerechnet das führende deutsche Sprachwörterbuch das Ende des generischen Maskulins an. Diese im Plural gebrauchte Form (die Politiker, die Ärzte, die Mieter, die Kunden) umfasste bislang geschlechtsneutral sowohl Männer wie Frauen. Nach der neuen Definition sind damit nur noch die Männer gemeint.

Dass es nicht gerade spracherleichternd ist, liegt auf der Hand. Nur mal eben zum Bäcker zu gehen ist sprachlich kaum noch möglich. Aber wer sagt schon „Ich gehe zur Bäckerin“ und sich der Inhaber als Mann herausstellt? Oder wollen Sie zukünftig von uns den Satz lesen: „Die meisten Leserinnen der PAZ sind Männer?“

In der „FAZ“ mokierte sich kürzlich eine Theologin, dass Sie zur „Theologieprofessorin des Jahres“ gekürt wurde. Eine Degradierung meint sie, denn so viele Professorinnen gebe es in dem Fach gar nicht. Da die gesamte Professorenenschaft gemeint war, hat die Akademikerin dieses zwanghafte Gendern ad absurdum geführt.

Liebe Leser, solange die Sprachpolizei nicht kommt, hält die PAZ als kleines unbeugsames preußisches Dorf am generischen Maskulin fest. Das hat nichts mit Frauenfeindlichkeit zu tun, denn auch Sie, liebe Leserinnen, kommen in der Anrede vor. *H. Tewes*

DEUTSCHE KUNST

Der Romantiker auf der Wartburg

Die Mythenwelt eines Freskenkünstlers – Vor 150 Jahren starb der Bildpoet Moritz von Schwind

VON HELGA SCHNEHAGEN

Österreich und Deutschland teilen sich das Erbe von Moritz von Schwind. Der Maler und Grafiker zählt zur Speerspitze der Spätromantik. Dennoch ist der poetische Verzauberer mehr und mehr in Vergessenheit geraten. Das ihm zu Ehren vor dem Kunsthistorischen Museum Wien aufgestellte Denkmal wurde 1945 zerstört. Sein erhaltener Kopf schlummert bis heute im Depot des Belvedere.

Auch in München wurde das Schwinddenkmal auf der Schwindinsel, dem Nordteil der Praterinsel, im Krieg vernichtet. Nur die von Ernst Julius Hähnel geschaffene Bronzestatue konnte gerettet werden. Seitdem versteckt sie sich im Pausenhof der Grundschule an der Schwindstraße in der Maxvorstadt. Der am 21. Januar 1804 als Sohn des k. u. k. Hofsekretärs und Legationsrates Johann Franz von Schwind und dessen adeliger Gattin in Wien geborene Künstler starb vor 150 Jahren, am 8. Februar 1871, in Niederpöcking am Starnberger See. Beigesetzt wurde er aber auf Münchens Altem Südfriedhof.

Bereits mit 14 Jahren begann er an der Wiener Universität Philosophie zu studieren. Mit 17 Jahren beschloss er, Künstler zu werden, und besuchte von 1821 bis 1823 die Wiener Kunstakademie. Ludwig Ferdinand Schnorr von Carolsfeld regte ihn zur Umsetzung literarischer Stoffe an, und der Maler Johann Peter Krafft lenkte seine Aufmerksamkeit auf eine realistischere, gegenwartsbezogene Darstellungsweise. Zu der ihm eigenen spätromantischen Bildsprache fand Schwind jedoch im Selbststudium von allein.

In jungen Jahren unterhielt er regen Kontakt zu Künstlerkollegen, die seinen Horizont erweiterten, darunter der Komponist Franz Schubert und der Dichter Franz Grillparzer. Der Schubert-Kreis beschäftigte sich mit dem mittelalterlichen Sagenschatz sowie der engen Bindung der bildenden Kunst an Musik und Literatur.

Ob Märchen, Mythen, Mittelalter-Epos oder Musik, Schwind gelang es, allem mit Zeichenstift und Pinsel Ausdruck zu geben. Dazu erfand er in den 1830er Jahren sogar eine neue Bildform: Mit über- und nebeneinander liegenden Szenen stellte er innerhalb eines Rahmens verschiedene Handlungsstränge dar. Höhepunkt dürfte die „Symphonie“ von 1852 sein, die später von der Neuen Pinakothek

in München aus dem Nachlass König Ottos von Griechenland erworben wurde.

Schwind bei den Minnesängern

Verwoben mit Beethovens vier Sätze umfassender „Fantasie für Klavier, Orchester und Chor in C-Dur“ entwickelte Schwind nach literarischer Vorlage die Romanze zwischen einer Sängerin und einem jungen Mann von der Introduction, der ersten Begegnung, über das Andante, das Wiedersehen, das Adagio, das Liebesgeständnis, bis zum Rondo, der Hochzeitsreise. Mit 41 Gemälden besitzt die Neue Pinakothek nach eigenen Angaben die umfangreichste Schwind-Gemälde-Sammlung in einem Museum. Da die Neue Pinakothek für mehrere Jahre we-

gen Sanierung geschlossen ist, hängen die „Symphonie“ und 30 andere ihrer Schwind-Gemälde derzeit in der Münchener Sammlung Schack.

Auf Empfehlung Grillparzers war Schwind 1827 zu dem Maler Peter von Cornelius nach München gereist, der sich die Wiederbelebung der monumentalen Freskenmalerei auf der Wartburg hatte. Dieser weihte ihn nicht nur in deren Technik ein, sondern verschaffte ihm auch erste Aufträge. Tief beeindruckt zog Schwind daraufhin nach München.

1844 erhielt er vom Städel Museum in Frankfurt den Auftrag für das Ölbild „Der Sängerkrieg auf der Wartburg“, nur eine von mehreren Fassungen, die Schwind dieser Thematik widmete. Richard Wagner hatte das Thema zu seiner Oper „Tannhäuser“ inspiriert, die 1845 uraufgeführt wurde. Schwind ist wohl schon 1819 an den Stoff gekommen. 1837 stellte er ihn erstmals auf einem großen Aquarell dar.

Dass der vermeintliche Schauplatz des mittelalterlichen Sängerkriegs, die Wartburg, heute zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört, verdankt sie Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach, der die ruinöse Burg historisierend wiederaufbauen ließ. Auch Schwind kam zum Zuge und erhielt seinen umfangreichsten Auftrag, den er bis 1854/55 ausführte: insgesamt 21 Fresken zum Sängerkrieg, zu Sagen der Thüringer Landgrafengeschichte und zum Leben der heiligen Elisabeth.

Unübersehbar finden sich gewisse Züge des Sängerkriegs des Frankfurter Ölbildes im 2,5 mal fünf Meter großen Fresko im Sängersaal der Wartburg wieder. Die Inschrift macht glauben, dass man sich am historisch wahren Ort des Geschehens befindet. Sie lautet: „In diesem Saal wurde der Sängerkrieg gehalten den 7ten Juli 1207 dem Geburtstag der heiligen Elisabeth.“ Ob er jedoch tatsächlich stattgefunden hat, muss offenbleiben. So wie ihn Schwind dargestellt hat, jeden-

falls nicht. Denn neben historischen Figuren wie Landgraf Hermann I. und seiner Gemahlin Sophie sowie der Schar der Minnesänger mit Walther von der Vogelweide, Wolfram von Eschenbach und anderen beleben etwa Großherzog Carl Alexander, Franz Liszt, Goethe, Schiller, Luther oder Schwind selber als Porträt oder ganzfigurig anachronistisch das Bild.

Schwind war kein Freund von Traurigkeit. Besonders die Fresken im Landgrafenzimmer geben oft Anlass zum Schmunzeln. Die Sage von Landgraf Ludwig IV. und dem Löwen zum Beispiel vereint quasi exemplarisch den typischen „Schwind“. Volksnah und bodenständig in den Figuren, originell und humorvoll in der Komposition erzählt das Fresko, wie der Landgraf einen entlaufenen Löwen furchtlos mit gebieterischer Geste gefügig macht, während das Personal in hellster Aufregung ist und panisch das Weite sucht.

„Zauberflöte“ in der Hofoper

Schon vor seinem Wartburgaufenthalt hatte Schwind in einem Brief an den Burgkommandanten von Arnfeld geschrieben: „... Kann ich in Ihre Menage eintreten, gibt der Wirt etwas zu essen, oder lebt man von der Jagd, Raub oder sonst etwas Ritterlichem? Gibt es ein Klavier auf der Wartburg – eine Geige? Musik muss etwas gemacht werden. Ich hoffe, einen angenehmen Mann als Helfer mitzubringen, dass wir doch ein lustiges Leben haben, sonst ist das Freskomalen nicht auszuhalten.“ Schwind sollte sich nicht beschweren. In Eisenach fand er sogar Freunde für ein Streichquartett.

Für seinen letzten Großauftrag kehrte Schwind Mitte der 1860er Jahre in seine Heimatstadt Wien zurück, um die 1869 eröffnete Wiener Hofoper mit Opern-Szenen auszumalen. Wie durch ein Wunder blieben die Werke im Schwind-Foyer und der Schwind-Loggia im Original erhalten. Legendär sind die Zauberflöten-Fresken der Loggia. Die „Zauberflöte“ war die Lieblingsoper des Künstlers und Mozart sein Idol. Dafür scheute Schwind keine Mühen: Mit Anfang 60 stand er noch Tag für Tag auf der hohen Leiter, um seine Malereien fristgemäß zu vollenden.

● **Literatur-Tipp** Petra Schall, „Moritz von Schwind und die Wartburg. Bilder eines Spätromantikers“, Schnell & Steiner Verlag, Regensburg 2018, 80 Seiten, 60 farbige und fünf s/w-Illustrationen, 15 Euro



Selbstporträt Schwinds (2.v.r.) mit seiner Familie am Starnberger See (1864)

UGANDA VOR 50 JAHREN

Putsch des „Schlächters von Afrika“

Afrikas Geschichte kennt mehr Potentaten als Demokraten. Aber der „Präsident auf Lebenszeit, Feldmarschall Häddsch Doktor Idi Amin Dada, Victoria Cross, Distinguished Service Order, Military Cross, Herr aller Tiere der Erde und aller Fische der Meere und Bezwingler des British Empire in Afrika im Allgemeinen und Ugandas im Besonderen“, so sein selbstgewählter Titel, war schon eine ebenso skurrile wie grausame Besonderheit.

Als die Briten Uganda 1962 in die Unabhängigkeit entließen, hatten sie dem irgendwann in den 1920er Jahren in Nordwestuganda geborenen Afrikaner eine gute Ausgangsposition verschafft: 1961 machten sie ihn zu einem der beiden ersten ugandischen Offiziere.

Im unabhängigen Uganda förderte ihn dessen erster Ministerpräsident Milton Obote, der sich 1966 zum Präsidenten erklärte. Bis 1971 hatte Amin es bis zum Oberbefehlshaber und Stabschef gebracht. Er dankte es seinem Gönner auf seine Weise. Einen Auslandsaufenthalt Obotes nutzte er, um sich vor einem halben Jahrhundert, am 25. Januar 1971, an die Macht zu putzen. Der Putsch verlief unblutig. Der anschließenden Verfolgung der Anhänger Obotes und anderer Gegner des neuen Regimes fielen nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen jedoch Hunderttausende zum Opfer.

Da Obote mit Tansanias Afrikanischem Sozialismus sympathisierte, kam dem Westen der Putsch nicht ungenutzt. So erhielt Amin alleine im Jahre 1975, in dem er sich zum Feldmarschall des Entwicklungslandes machte, 22,6 Millionen D-Mark Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik. Wie zum Westen im Allgemeinen waren auch zu Israel die Beziehungen anfänglich gut. Stolz trug Amin auch als Staatspräsident das Fallschirmjägerabzeichen, das er 1966 bei einem Militärtraining in Israel erworben hatte. Israels Verweigerung von Waffenlieferungen verschlechterte indes die Beziehungen. Einen Tiefpunkt erreichten sie mit der israelischen Operation Entebbe des Jahres 1976, die Uganda das Leben von mindestens 20 Soldaten sowie elf MiG-Kampfbomber kostete.



Idi Amin

Foto: pa

Zum Verhängnis wurde Amin jedoch das Verhältnis zu Tansania, das neben Obote noch anderen seiner Gegner Asyl bot. 1978 marschierte er in das Nachbarland ein. Das holte jedoch mit Unterstützung der ugandischen Opposition zu einem erfolgreichen Gegenangriff aus. Bevor der Gegner seine Hauptstadt Kampala erreichte, floh Amin von dort per Flugzeug ins verbündete Libyen. Ein knappes Vierteljahrhundert nach seiner Flucht starb er in Saudi-Arabien, das ihm eine Villa zur Verfügung gestellt hatte.

M.R.



Westpreuße mit ostpreußischen Vorfahren: Ferdinand Schichau

Foto: akg images

FERDINAND SCHICHAU

Altpreußens größter Industriepionier

Vor 125 Jahren starb der Gründer der nach ihm benannten Schichau-Werke

VON MANUEL RUOFF

Z eitweise waren die Schichau-Werke eines der größten Unternehmen des Deutschen Reiches und der größte industrielle Arbeitgeber Ostdeutschlands. Ihr Gründer, der vor 125 Jahren verstorbene Ferdinand Schichau, gilt nicht nur als Elbings größter Sohn, sondern auch als der größte Industriepionier, den Altpreußen jemals hervorgebracht hat.

Begründet wurde das Unternehmen vom Spross einer Familie, die aus dem ostpreußischen Landkreis Preußisch Holland stammte und dort über Generationen als Bauern arbeitete. Ferdinand Schichaus Vater, Carl Jacob Schichau, indes hielt es nicht auf dem Lande. Der Maurer wurde im Preußisch Holland benachbarten westpreußischen Elbing selbstständiger Gelbgießermeister, also Hersteller von Messingteilen, und Mechanikus beim Eichamt. Dort in Elbing kam auch am 30. Januar 1814 Ferdinand Schichau zur Welt. Vom Vater soll er seine technische Begabung und von der Mutter Anna Elisabeth, der Tochter ei-

nes Elbinger Kornmessermeisters, die ingenieurmäßige und konstruktiv-rechnende Befähigung geerbt haben. Außerdem werden Ferdinand Schichau technische Selbstsicherheit, kaufmännische Entschlusskraft und Menschenkenntnis als Fähigkeiten bescheinigt.

An der Spitze der Antriebstechnik

Dem Besuch der Elementarschule folgte eine Schlosserlehre, die ihn auf die Übernahme des väterlichen Betriebes vorbereiten sollte. Schichau wollte jedoch größere Brötchen backen. Noch während der Lehre baute er ein funktionsfähiges Modell einer Dampfmaschine. In seinem Meister fand er einen Förderer. Dieser veranlasste 1831 eine Vorführung des Modells im Gewerbeverein der Stadt. Dort war man ähnlich begeistert von Schichaus Talent und bat den König Friedrich Wilhelm III. erfolgreich um einen Freiplatz am Königlichen Gewerbe-Institut.

Die vergleichsweise geringe Schulbildung bereitete Schichau an dem heutigen Gewerbeinstitut Berlin zwar Anfangsschwierigkeiten, doch wusste er schnell auch als Student zu überzeugen.

1835 schloss er das 1832 aufgenommene Studium ab. Anschließend arbeitete er zwei Jahre in den Metallwerkstätten des Instituts, eine besondere Auszeichnung. Finanziell unterstützt vom Elbinger Getreide- und Holzhändler sowie Reeder Ignaz Braun ging er daraufhin auf Wanderschaft ins Rheinland, aber auch ins damals industriell führende England, um sich auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen.

Nachdem er auf dieser zweijährigen Rundreise Wissen und Erfahrungen gesammelt hatte, gründete er 1837 auf dem Grundstück seines Vaters neben dessen Gelbgießerwerkstatt eine „Maschinenbau-Anstalt“ mit anfänglich acht Arbeitern. Das war die Geburtsstunde der Schichau-Werke. Wie häufig in solchen Fällen stand am Anfang die Reparatur fremder Produkte, bevor dann zur Herstellung eigener Waren übergegangen wurde.

Ab 1840 baute Schichau Dampfmaschinen. Die erste war noch für den Eigenbedarf, später wurden beispielsweise im Getreide- und Holzgeschäft oder im Brauereigewerbe eingesetzt. Aber auch in Schiffen und Lokomotiven kamen sie zum

Einsatz. Da war es naheliegend für ein expandierendes Unternehmen wie die Schichau-Werke, selbst Schiffe und Lokomotiven mit ins Produktionsprogramm zu nehmen. 1854 – sein Unternehmen hatte zu jener Zeit schon um die 70 Mitarbeiter – erwarb Schichau eine Elbinger Werft und stellte dort ohne Verzug vom Holzschiffbau auf den Bau moderner Eisenschiffe um. 1855 lief dort mit der „Borussia“ der erste in Preußen gebaute eiserne Hochseeadampfer mit Schraubenantrieb vom Stapel.

Die „Borussia“ war ein Handelsschiff, doch zu einem großen Kunden entwickelten sich neben Zivilisten die preußischen wie die Seestreitkräfte anderer Staaten. 1877 baute Schichau das erste einer ganzen Reihe von Kriegsschiffen. Eine Spezialität wurden Torpedoboote mit der von Schichaus Mitarbeiter, Schwiegersohn und späterer Nachfolger in der Unternehmensführung, Carl Heinrich Ziese, konstruierten leichten Dreifachexpansionsdampfmaschine. Das Deutsche Reich, Italien und Österreich-Ungarn bezogen ebenso Torpedoboote und -kreuzer von Schichau wie Russland, das Osmanische Reich, Japan, China, Brasilien, Norwegen und Schweden.

Breite Angebotspalette

Um einen direkten Zugang zur Ostsee für die Reparatur und den Bau größerer Schiffe zu haben, wurden zusätzlich zum Werftbetrieb in Elbing eine Reparaturwerkstätte und ein Schwimmdock in Pillau sowie eine weitere große Werft in Danzig gebaut. Bei Letzterer handelt es sich um eine der beiden Vorgängerinnen der späteren Lenin-Werft der Sowjetzeit und heutigen Werft Danzig. In Anwesenheit Kaiser Wilhelms II. lief dort 1893 mit der Kreuzerkorvette „Gefion“ das erste Schiff vom Stapel. Es folgten bereits im darauffolgenden Jahr die Passagierdampfer des Norddeutschen Lloyd „Prinzregent Luitpold“ und „Prinz Heinrich“.

Schichau beschränkte sich jedoch bei den Schiffen nicht auf deren Bau und Reparatur, er bereederte sie auch. Dafür gründete er 1886 in Elbing die Dampfschiffs-Reederei F. Schichau. Schichau baute sein Angebot an Waren und Dienstleistungen systematisch aus, es entstand ein Konzern.

Zu diesem Konzern gehörte auch eine bedeutende Lokomotivfabrikation. 1859 begann Schichau in seiner Maschinenfabrik mit dem Bau von Lokomotiven. Elf Jahre später errichtete er für diesen Produktionszweig die Lokomotivfabrik und Kesselschmiede Trettinkenhof, die drei Jahre später an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde. Für die Königliche Eisenbahn-Direktion Hannover entstanden dort 1880 Deutschlands erste Lokomotiven mit einer Mehrfach-Expansionsmaschine. Diese Verbunddampfmaschinen waren eine Spezialität Schichaus. Der Vorteil dieser Edelvariante der Dampfmaschine liegt darin, dass sie die Dampfdehnung mittels getrennter Zylinder mehrfach nutzt, was bei Fahrzeugen zu Wasser wie zu Lande zu höheren Geschwindigkeiten und/oder niedrigerem Verbrauch führt.

Als 1883 die F. Wöhlert'sche Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei liquidiert wurde, übernahm Schichau von dem Konkurrenzunternehmen aus Berlin dessen Waggonfabrik in Elbing. Das führte zu einer nochmaligen Erweiterung der Angebotspalette von Schichau.

Eine Woche vor seinem 82. Geburtstag, am 23. Januar 1896, starb der umtriebige Preuße in seiner Geburts- und Heimatstadt. Bis dahin belief sich die Gesamtproduktion seines damals 4000 Mitarbeiter zählenden Konzerns auf ungefähr 1650 Dampfmaschinen, 1850 Dampfkesseleinheiten, 800 Lokomotiven, 500 Handelsschiffe und 180 Torpedoboote sowie 50 Dampfbagger, darunter auch der erste überhaupt in Deutschland produzierte. Wie im Schiff- und Lokomotivbau leistete Schichau auch auf diesem Gebiete der dampfgetriebenen Maschinen Pionierarbeit in und für Deutschland.

VON WOLFGANG KAUFMANN

CARL GUSTAF EMIL MANNERHEIM

Finnlands Nationalheld sprach am besten Schwedisch

Der begnadete Feldherr und Staatsmann verteidigte geschickt die Unabhängigkeit seines Heimatlandes. Vor 70 Jahren starb er in Lausanne

Präsidenten Finnlands und Zeitgenossen Mannerheims



FOTO: ERIC SJUNSTRÖM

Kaarlo Juho Ståhlberg verzichtete 1925 auf eine erneute Kandidatur in der Hoffnung, dadurch das Amt des Präsidenten gegenüber dem Parlament zu schwächen

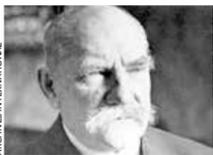


FOTO: FINNISH PRESIDENTIAL OFFICE

Pehr Evind Svinhufvud war Finnlands dritter Präsident. Bei den Präsidentschaftswahlen 1937 wurde der deutschfreundliche Monarchist abgewählt



FOTO: IMAGO IMAGES

Risto Ryti war ab 1939 erst Regierungs- und dann Staatschef Finnlands. 1945 verurteilte ihn sein Land auf Druck der UdSSR zu zehn Jahren Haft

den Westmächten oder Schweden keine hinreichende Hilfe zu erwarten war, wenn die Rote Armee anrückte, führte Mannerheim nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges Finnland am 25. Juni 1941 in den sogenannten Fortsetzungskrieg gegen die UdSSR. In diesem kämpfte Suomi zunächst an der Seite Deutschlands.

Aus Anlass seines 75. Geburtstags wurde der Feldmarschall zum Marschall von Finnland befördert. Am 26. Juni 1944 unterzeichneten der finnische Präsident Risto Ryti und der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop die Ryti-Ribbentrop-Einverständniserklärung. In ihr verpflichtete sich der finnische Präsident zum Verzicht auf einen Separatfrieden mit der Sowjetunion. Damit Finnland trotzdem einen Separatfrieden mit der SU schließen konnte, trat Ryti unter dem Vorwand gesundheitlicher Probleme am 31. Juli 1944 zurück. Vier Tage später wurde Mannerheim durch ein Parlamentsge-

setz für sechs Jahre zu Rytis Nachfolger gewählt.

Der neue Präsident stellte sich auf den Standpunkt, durch die Einverständniserklärung seines Vorgängers nicht gebunden zu sein, und am 19. September 1944 wurde auf seine Initiative hin ein Separatfrieden mit dem sowjetischen Diktator Josef Stalin geschlossen. Durch diesen gelang es, Finnland trotz der aussichtslos gewordenen militärischen Lage vor dem Verlust der Souveränität zu bewahren. Dabei wurde die finnische Verhandlungsposition durch das Feldherrnengenie Mannerheims gestärkt, das beispielsweise im finnischen Sieg in der Schlacht von Tali-Ihantala im Juni/Juli 1944 zum Ausdruck kam und in Moskau die Sorge vor endlosen und ressourcenverschlingenden Abnutzungskämpfen in den Wäldern Kareliens aufkommen ließ.

Nach dem Krieg gab Mannerheim sehr bald alle Ämter und Funktionen aus gesundheitlichen Gründen auf und ver-

brachte die letzten Jahre seines Lebens im Sanatorium Valmont im schweizerischen Montreux. Er starb am 27. Januar 1951 an einem Darmverschluss beziehungsweise den Folgen der dadurch notwendig gewordenen Operation im L'Hôpital cantonal in Lausanne.

Reichsverweser und Staatspräsident

Mannerheim, der nie besonders gut Finnisch gesprochen hat, hat bereits zu Lebzeiten den Nimbus eines „Retters des Vaterlandes“ erlangt. Einer der bedeutenden Boulevards seines Landes war bereits nach dem Winterkrieg zu seinen Ehren umbenannt worden. 1960 wurde an diesem Mannerheimintie gegenüber vom Sitz des Parlaments das Mannerheimdenkmal errichtet.

In Russland ist das Bild ambivalenter, zwiespältiger. Dort gilt er vielen als „blutiger Baron“ oder Kriegsverbrecher und NS-Sympathisant. Andererseits hängt seit 2016 an der Petersburger Militärschule, die Mannerheim besucht hat, eine Gedenktafel, die an den „Helden der zaristischen Armee“ erinnert.

Das kann den Finnen inzwischen allerdings ziemlich gleichgültig sein. Die Zeiten, in denen „Finnlandisierung“ als Schimpfwort galt, weil Helsinki bei jeder Gelegenheit ängstlich in Richtung Moskau schauen musste, um die von Mannerheim verteidigte Unabhängigkeit nicht durch eine Verärgerung der Kreml-Führung zu gefährden, sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vorbei. Das weiterhin blockfreie Finnland kooperiert mittlerweile auch eng mit der NATO. 2016 schloss das einstige russische Großherzogtum mit den USA einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit ab.

AMERIKA

Indianer für die Konföderierten im Bürgerkrieg

In Zeiten von „Black Lives Matter“ wird wieder gerne vonseiten der Demokraten der Eindruck erweckt, dass es im sogenannten Amerikanischen Bürgerkrieg den Nordstaaten darum gegangen sei, die Sache der unterprivilegierten Farbigen gegen die Interessen der Weißen in den Südstaaten zu verteidigen. Tatsächlich dienten viele Schwarze – sowohl freiwillig als auch zwangsrekrutiert – in der Unionsarmee.

Eine andere nichtweiße Bevölkerungsgruppe, die sogenannten Rothäute, wurde im Norden jedoch weniger als Verbündete denn als eine Art fünfte Kolonne des Südens betrachtet. Zwar waren einige Scouts der Unionsarmee amerikanische Ureinwohner, aber ihre Zahl war überschaubar. Vor dem Hin-



FOTO: PUBLIC DOMAIN

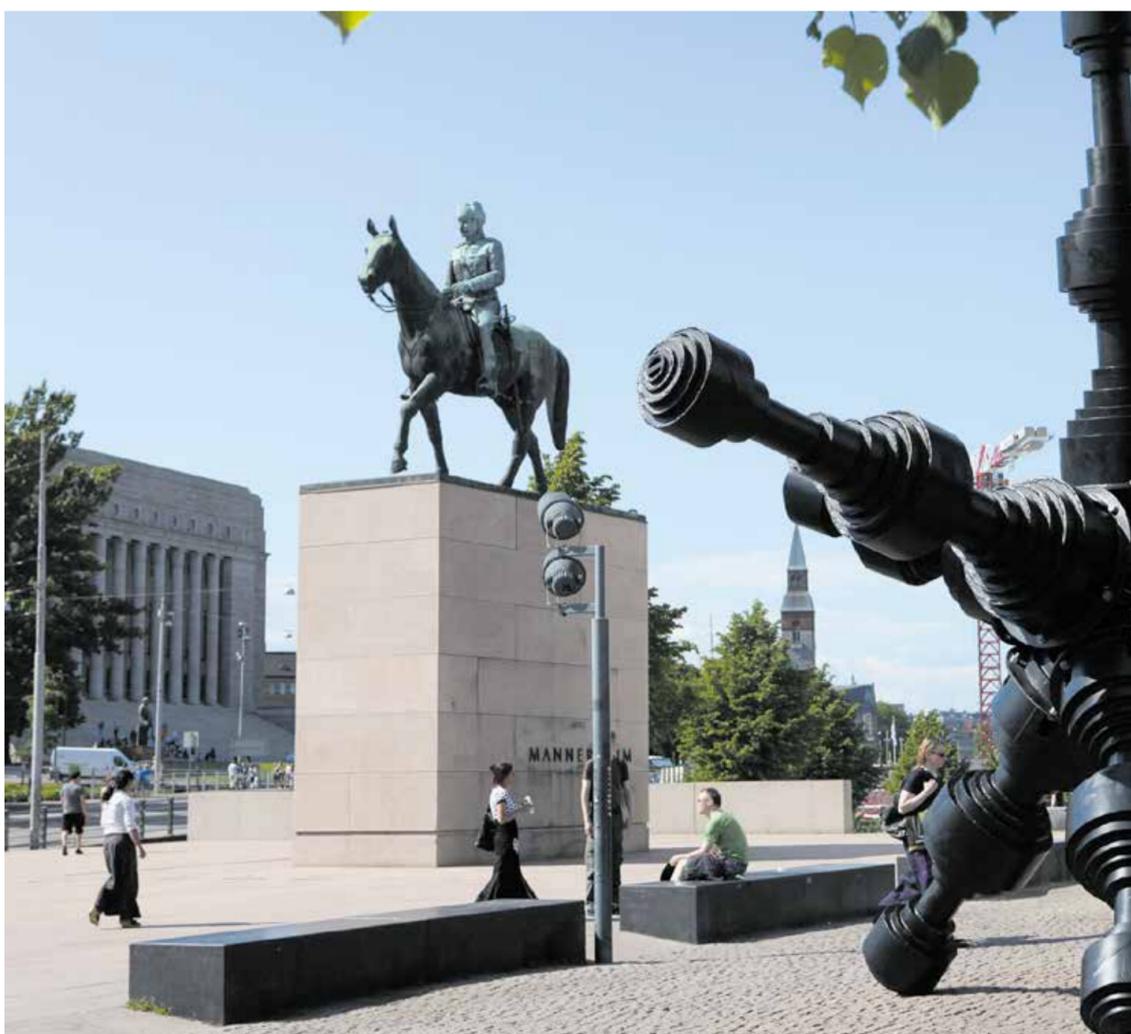
Cherokee-Veteranen mit der Kriegsflagge der Konföderierten 1903

tergrund ihrer Erfahrungen mit Diskriminierung und Verfolgung durch die Union optierten die Ureinwohner Amerikas häufig für die Konföderierten Staaten und stellten in den Streitkräften bedeutende Kontingente.

Die im Süden der USA beheimateten Cherokee, Chicasaw und Choctaw boten fast alle ihre wehrfähigen männlichen Stammesangehörigen auf. Von den Seminolen und Creek schloss sich jeweils ein Teil der Stämme den Grauröcken an. Die Indianerverbände kämpften zwar in den westlichen Bundesstaaten, die in dem Kräftemessen nur eine Art Nebenkriegsschauplatz darstellten. Dennoch war ihr Einsatz wichtig, weil die konföderierte Armee so ihre Kräfte in Virginia konzentrieren konnte.

1862 gab es bereits drei Regimenter, die ausschließlich aus Ureinwohnern bestanden: das 1st Choctaw/Chickasaw Regiment, das 2nd Cherokee Mounted Rifles und das 3rd Cherokee Regiment. Ihre Feuertaufe erhielten die Ureinwohner am 10. August 1861 bei der verlustreichen – 1317 tote Yankees, 1232 tote Konföderierte –, aber für den Süden erfolgreichen Schlacht am Wilson's Creek/Missouri, auch bekannt als Schlacht von Oak Hills. 300 Cherokee kämpften auf konföderierter Seite am 26. Dezember 1861 in der Schlacht von Chustenahlah/Indian Territory/Oklahoma, 800 Ureinwohner vom 7. bis 8. März 1862 in der sehr verlustreichen Schlacht von Pea Ridge/Arkansas, rund 3000 am 30. September 1862 in der Schlacht von Newtonia/Missouri. In der Schlacht von Cabin Creek/Oklahoma vom 1. bis 2. Juli 1863 bestand die konföderierte Seite fast ausschließlich aus Indianern, in der Schlacht von Fort Smith/Arkansas vom 31. Juli 1864 eine der beiden konföderierten Brigaden.

Von den schließlich über 179.000 schwarzen Soldaten in der Unionsarmee stiegen nur ganz wenige zu Offizieren auf, kein einziger zum General. Anders bei den Ureinwohnern in der Konföderiertenarmee. So führte Cherokee-Häuptling Stand Watie zunächst ein Indianerregiment in der Südstaatenarmee und wurde 1864 zum General befördert. Klaus Gröbig



An prominenter Stelle gegenüber dem Parlamentsgebäude (links) an der nach Carl Gustaf Emil Mannerheim benannten Mannerheimintie: Das Mannerheimdenkmal

Foto: Ninara, Helsinki, Finland

Nach dem Sieg der Weißen im Bürgerkrieg wurde Mannerheim am 12. Dezember 1918 die Position des Reichsverwesers angetragen. Als solcher warb er erfolgreich für die diplomatische Anerkennung seines Heimatlandes als unabhängiger, souveräner Staat. Ungeachtet seiner eigenen monarchistischen Neigungen unterzeichnete Mannerheim am 17. Juli 1919 die vom Parlament beschlossene republikanische Verfassung. Trotzdem unterlag er bei den zehn Tage später abgehaltenen ersten Präsidentschaftswahlen dem Kandidaten des Mitte-Links-Lagers, Kaarlo Juho Ståhlberg.

In der Folgezeit fungierte Mannerheim unter anderem als Präsident des finnischen Roten Kreuzes und Chef des Aufsichtsrates der Liittopankki-Unionsbanken. Er unternahm mehrere ausgedehnte Jagdreisen durch Asien.

1931 zum Staatspräsidenten gewählt, ernannte Eivind Svinhufvud auf Qvalstad, der wie Mannerheim konservativ und adelig war sowie schwedische Wurzeln hatte, noch im Jahr seiner Wahl den General im Ruhestand zum Chef des Nationalen Verteidigungsrates. Dem folgte 1933 die formelle Beförderung zum Feldmarschall. Mannerheim erhielt die verbindliche Zusage, im Kriegsfall wieder das Kommando über die finnischen Streitkräfte übernehmen zu können.

Marschall von Finnland

Dieser Fall trat am 30. November 1939 mit dem sowjetischen Überfall auf Finnland ein, als die Sowjets die Finnen trotz des 1934 bis 1945 verlängerten sowjetisch-finnischen Nichtangriffspaktes von 1932 auf breiter Front angriffen. Dem Feldmarschall, der zu diesem Zeitpunkt bereits 72 Jahre alt war, gelang es, seine Landsleute zu einem äußerst verbissenen Abwehrkampf gegen die Aggressoren und Invasoren zu motivieren, die aufgrund ihrer erdrückenden zahlenmäßigen Überlegenheit auf leichte Beute gehofft hatten. Dennoch endete der sogenannte Winterkrieg schließlich mit der Niederlage Finnlands und schmerzhaften Gebietsabtretungen.

Um Letztere rückgängig zu machen und eingedenk der Erfahrung, dass von

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im März 2015 schrieb der „Spiegel“, an der Westküste der USA formiere sich „eine neue Elite, die nicht nur bestimmen will, was wir konsumieren, sondern wie wir leben. Sie will die Welt verändern und keine Vorschriften akzeptieren.“ Gemeint waren die Chefs beziehungsweise Eigner der in Kalifornien sowie dem Bundesstaat Washington beheimateten „Großen Fünf“ Amazon, Google, Facebook, Twitter und YouTube, also jener Internetgiganten, deren Markenwert heute mit mehreren Billionen Dollar veranschlagt wird. Und diese Hochtechnologie-Oligarchen und deren Digitalkonzerne haben nun auch tatsächlich eine Machtposition erlangt, welche streckenweise sogar jene der US-Regierung übertrifft, obzwar sie dazu in keiner Weise demokratisch legitimiert sind.

Das augenfälligste, aber beileibe nicht einzige Beispiel hierfür ist der Vorgang, dass der Kurznachrichtendienst Twitter Anfang Januar das Nutzerkonto von keinem Geringeren als dem seinerzeit noch amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump, wegen „Anstiftung zur Gewalt“ auf Dauer sperrte. Damit verlor der angeblich mächtigste Mann der Welt schlagartig den Kontakt zu 88 Millionen Anhängern. Gleichzeitig traf der Bannstrahl von Twitter auch noch einige Personen aus Trumps Umfeld wie den ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater Generalleutnant Michael Flynn und die frühere Bundesanwältin Sidney Powell.

Trump geblockt – Israel-Hass nicht

Im Kontrast dazu sieht Twitter es aber offenbar nicht als Verstoß gegen seine eigenen „Gemeinschaftsrichtlinien“ an, wenn das iranische Staatsoberhaupt Ali Chamenei Israel als „böartigen Krebsstumor“ charakterisiert, „der entfernt und ausgerottet werden muss“. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist des Weiteren noch die Blockierung eines solide recherchierten Artikels der „New York Post“ kurz vor den US-Wahlen im November, in dem die anrüchigen Ukraine-Geschäfte von Joe Bidens Sohn Hunter thematisiert wurden.

Das Netzwerk Facebook wiederum unterdrückte unter anderem sämtliche Beweise dafür, dass Trump anlässlich der Vorgänge rund um das Kapitol an seine Unterstützer appelliert hatte: „Ihr müsst jetzt nach Hause gehen. Wir müssen Frieden haben, Recht und Ordnung.“ Parallel hierzu zensuriert Facebook inzwischen auch im Ausland in immer größerem Umfang. So löschte es alleine 35 Accounts von Anhängern des brasilianischen Staatspräsidenten Jair Bolsonaro und 41 weitere Konten von Nutzern in Kanada und Ecuador, denen der IT-Gigant unzulässige Einflussnahme auf die öffentliche Meinung in El Salvador, Argentinien, Uruguay, Venezuela und Chile vorwarf. Darüber hinaus bespitzelt Facebook Berichten zufolge auch die eigenen Mitarbeiter mit der geheimen Software Stormchaser, um Beiträge aufzuspüren, welche den Konzern in ein schlechtes Licht rücken könnten. Das jedenfalls meldete das US-Medienunternehmen Bloomberg im Juli 2019.

Eifrige Zensoren am Werk

Die Videoplattform YouTube löschte ihrerseits die Kanäle des politischen Kommentators und America-First-Aktivist Nicholas Fuentes sowie des früheren Trump-Chefberaters Stephen Bannon. Bannons Verbannung aus der Welt des Internets erfolgte Anfang Januar nach der Veröffentlichung eines Videogesprächs zwischen ihm und dem republikanischen Ex-Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani. In dessen Verlauf hatte „Rudy“ Trump angeraten, doch in den verbleibenden Tagen seiner Präsidentschaft einige schmutzige Staatsgeheimnisse der USA öffentlich zu machen, da die Zeit der Harmonie nun vorbei sei.



Sagt selbst, sein Unternehmen tendiere auf jeden Fall nach links: Facebook-Chef Mark Zuckerberg

Foto: imago images/Kyodo News

Globale Zensur

Die unheimliche Weltmacht der Internet-Giganten

Amazon, Google, Facebook, Twitter und YouTube: Die „Großen Fünf“ üben ihr Quasi-Monopol im Netz immer hemmungsloser aus – und folgen dabei einer gemeinsamen Ideologie

Ebenso betätigt sich der Online-Verandhändler Amazon, dessen Gründer und Chef Jeffrey Bezos inzwischen auf einem Vermögen von mehr als 186 Milliarden US-Dollar sitzt, derzeit immer eifriger als Zensor. Bücher, Filme und sonstige Produkte, welche angeblich „Hass und Gewalt verherrlichen“ oder Amazon aus anderen Gründen nicht mehr „politisch korrekt“ dünken, fliegen reihenweise aus dem Portfolio – selbst wenn das den Gewinn schmälert.

Auch private Speicher durchstöbert

Und nicht zuletzt mischt neuerdings auch Google an vorderster Stelle mit, wenn es irgendwie gegen „Rechts“ geht. So betreibt der Daten-Gigant beispielsweise einen sogenannten App Store, über den sich bis vor Kurzem die Anwendung heruntergeladen ließ, die für den Zugang zum Kurznachrichtendienst Parler benötigt wird. Weil dieses nicht so blockierwütige Konkurrenzunternehmen von Twitter jetzt aber als beliebter „Rückzugsort für Trumpisten“ gilt, ist die Parler-App bei Google plötzlich nicht mehr erhältlich.

Noch alarmierender sind freilich die Erfahrungen der Nutzer von Google Drive. Diese Online-Datenablage ermöglicht das Speichern von Dokumenten, Bildern und Videos außerhalb der Hardware des eigenen Rechners oder Mobiltelefons. Nach Recherchen des Journalisten Boris Reitschuster erscheint bei dem Versuch, das Video der eingangs erwähnten Rede von Trump aus der persönlichen Ablage bei Google Drive hochzuladen, jetzt statt der Filmsequenz folgender Hinweis: „Sie können auf diesen Inhalt nicht zugreifen, da er gegen unsere Nutzungsbedingungen verstößt.“ Das sehen Google-Kritiker als klaren Beweis dafür an, dass das Unternehmen mittlerweile auch die Inhalte der Online-Speicher von privaten Nutzern durchstöbert und zensuriert.

Was die „Großen Fünf“ sowie einige andere IT-Konzerne wie der Hard- und Software-Entwickler Apple hier prakti-

zieren, unterminiert die Grundfesten der Demokratie. Letztlich nimmt sich eine Handvoll Milliardäre das Recht, den Zugang der Menschen zu Informationen nach eigenem Gutdünken zu steuern und selbstherrlich festzulegen, was „wahr“ ist und was „falsch“. Dabei tendieren die Internet-Oligarchen auch noch allesamt in eine Richtung: Sie sind getrieben von der „Kalifornischen Ideologie“, in der linksorientiertes Gutmenschen in der Tradition der Hippies der 1960er Jahre mit technologischem Machbarkeitswahn und radikal hyperkapitalistischem Denken zu einem fanatischen Weltbeglückungskonzept verschmilzt. Gleichzeitig

Linkes Gutmenschen, technischer Machbarkeitswahn und radikal hyperkapitalistisches Denken

leben sie aber in der Angst, dass ihre Markt- und Meinungsmonopole zerschlagen werden könnten.

Denn selbstverständlich erregt es verbreitet Anstoß, wenn in manchen Staaten praktisch keine andere Internetsuchmaschine mehr zum Einsatz kommt als die von Google und der Marktanteil von Facebook bei den sozialen Netzwerken bereits 68 Prozent beträgt. Deshalb hatte Trump während seiner Präsidentschaft auch versucht, die Machtposition der „Großen Fünf“ und weiterer Hochtechnologie-Giganten zu erschüttern.

Allerdings tat er dies zu spät und nicht energisch genug – eine Folge der extre-

men Beanspruchung durch das Amtsenthebungsverfahren und die Corona-Pandemie. Aber es deutet vieles darauf hin, dass Trump in seiner zweiten Amtszeit zur Offensive übergegangen wäre. Immerhin drohte der von ihm eingesetzte Chef der Wettbewerbs- und Verbraucherschutzbehörde Federal Trade Commission (FTC), Joseph Simons, bereits im September 2020, er werde Facebook und Co. sobald als möglich zerschlagen.

Allianz mit Joe Biden

Kurz zuvor, nämlich im Juli 2020, hatte eine spektakuläre öffentliche Anhörung vor dem US-Kongress stattgefunden, in der die Führungspersonen der Quasi-Monopolisten Rede und Antwort über ihre Geschäftspraktiken und ideologische Ausrichtung stehen mussten. Dabei zeigten sich vor allem die Abgeordneten der Republikaner sichtlich konsterniert, als der Facebook-Firmenlenker Mark Zuckerberg ganz freimütig äußerte, sein Unternehmen tendiere auf jeden Fall nach links. Das alles ließ für die Zukunft der Internetkonzerne nichts Gutes erwarten, sollte Trump im Weißen Haus verbleiben.

Also suchten die „Großen Fünf“ ihr Heil bei Joe Biden. Nach Angaben des Center for Responsive Politics (CRP) in Washington D.C., das sich unter anderem der Beobachtung des politischen Lobbyismus und des Geldflusses im Vorfeld von Wahlen verschrieben hat, zählten die IT-Giganten von der US-Westküste zu den Großsponsoren des Demokraten. An erster Stelle rangierte dabei Alphabet, also die Muttergesellschaft von Google, während Amazon und Facebook immerhin noch die Plätze Fünf und Sechs belegten. Darüber hinaus betätigte sich David Zapposky, der Senior Vice President und Leiter der Rechtsabteilung von Amazon, auch selbst als Spendensammler und blätterte zudem noch 250.000 Dollar aus seiner eigenen Tasche hin.

Doch damit nicht genug: Wie das CRP berichtet, gibt es gleichermaßen diverse

personelle Querverbindungen zwischen dem Team von Biden und den großen Digital-Konzernen. So arbeiten derzeit bereits acht Leute in der Mannschaft des neuen US-Präsidenten, welche von Facebook, Google, Amazon und Apple kommen. Und die werden natürlich ganz sicher ihren Einfluss geltend machen, damit das Thema „Zerschlagung der Online-Monopole“ nicht so bald wieder aufs Tapet gelangt.

Ansonsten steht noch etwas anderes zu befürchten. Der Kampf gegen alles Konservative in den USA und der übrigen Welt könnte demnächst unter Verweis auf die Vorfälle rund um das Kapitol in Washington in der Manier des „Krieges gegen den Terror“ nach den Anschlägen vom 11. September 2001 fortgeführt werden. Wobei das Ganze diesmal dann wohl insbesondere auf eine massive Einschränkung von Bürgerrechten im digitalen Bereich hinausliefe.

Zuckerberg nächster US-Präsident?

Darauf wies jetzt beispielsweise der Journalist Glenn Greenwald hin, der 2013 gemeinsam mit Edward Snowden die NSA-Massenüberwachungspraktiken aufgedeckt hatte. Käme es tatsächlich so, würde das logischerweise auch die Machtposition der „Großen Fünf“ und der übrigen Internetkonzerne weiter stärken. Insofern ist es wenig überraschend, sondern ein Ausdruck der viel beschworenen „neuen Normalität“, wenn Facebook-Chef Zuckerberg nun damit zu liebäugeln scheint, bei der Präsidentschaftswahl von 2024 selbst als Kandidat anzutreten.

Die Mittel zur flächendeckenden Manipulation der US-Wählerschaft besäße er schon – daher bliebe nur solchen Konkurrenten eine Chance im Rennen um das Amt, welche über die gleichen Ressourcen verfügen wie der 36-Jährige. Wenn Trump also in vier Jahren nochmals ins Weiße Haus einziehen will, müsste es ihm oder seinen Unterstützern wohl gelingen, etwas Ähnliches wie Facebook oder Twitter auf die Beine zu stellen.

STEUERERHÖHUNGEN

Allenstein zieht die Notbremse

Viele Infrastrukturprojekte liegen auf Eis – Neue Abgaben sollen den Stadthaushalt auffüllen

VON DAWID KAZANSKI

Benjamin Franklin pflegte zu sagen, dass uns nur zwei Dinge in dieser Welt sicher seien: der Tod und die Steuern. Dieser Wahrheit müssen wir uns fast jedes Jahr aufgrund von Preis- und Steuererhöhungen stellen. Das Jahr 2021 strotzt in der Republik Polen vor verschiedenen neuen Steuern, die den Geldbeutel des polnischen Steuerzahlers weiter leeren werden. All dies hängt auch mit den Kosten zusammen, die durch die Coronavirus-Pandemie verursacht wurden sowie mit den erhöhten Ausgaben zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession und den geringeren Einnahmen für den Stadthaushalt.

Mindereinnahmen wegen Corona

Die Strategie, die Bürger in einer ohnehin schon schwierigen Zeit mit zusätzlichen Abgaben zu belasten, ist umstritten, aber die Regierenden planen nicht, die Steuerregelungen zu ändern und erklären sogar, dass einige der neu eingeführten Abgaben gut für die Bürger seien. So trat diesen Monat beispielsweise eine Zuckersteuer in Kraft, die formal von den Herstellern von gesüßten Getränken gezahlt wird, aber alles deutet darauf hin, dass sie sich bereits in den Preisen der Getränke in den Ladengeschäften niedergeschlagen hat.

Die Einnahmen aus der Zuckerabgabe für stark zuckerhaltige Getränke oder Energydrinks mit Taurin oder Koffein sollen vorrangig in den Gesundheitsfonds einfließen. Die Einführung einer weiteren neuen Steuer auf alkoholische Getränke in kleinen Flaschen bis zu 300 Milliliter Inhalt wird von den Regierenden mit gesundheitsorientierten Aspekten und der Bekämpfung der Alkoholabhängigkeit begründet. Die Privathaushalte werden auch von Erhöhungen ihrer Stromrechnungen aufgrund einer verbrauchsabhängig berechneten Stromgebühr betroffen sein. Ein durchschnittlicher Haushalt wird pro Jahr etwa 25 Euro mehr für Strom ausgeben müssen. Die Einnahmen aus der



Erhält bald mehr Geld von den Bürgern: das Finanzamt in Allenstein

Foto: D.K.

Stromabgabe sollen unter anderem für den Bau neuer und die Modernisierung bestehender Kraftwerke verwendet werden. Die Gebühr soll zudem die Selbsterzeugung von umweltfreundlicher Energie durch den Einsatz eigener Anlagen (etwa Photovoltaik) fördern.

Seit Jahresbeginn gilt außerdem eine Gewerbesteuer auf Einzelhandelsumsätze in großflächigen Geschäften. Ursprünglich sollte die Steuer ab September 2016 in Kraft treten, aber wegen eines Streits mit der Europäischen Kommission wurde der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Handelssteuer verschoben. Die Gebühr soll Handelsketten belasten und die Chancen kleinerer Unternehmen verbessern.

Wie bei der Kleinspirituosenabgabe oder der Zuckersteuer sind es nicht die Konsumenten, die direkt mit der neuen Abgabe belastet werden, doch die Steuerexperten hegen keinen Zweifel daran, dass

die Unternehmer die Mehrkosten auf lange Sicht auf die Preise der angebotenen Produkte umlegen werden.

Neue Abgaben eingeführt

Es ist möglich, dass auch die sogenannte „Regensteuer“ 2021 in Kraft treten wird. Eine Steuer in Höhe von einigen hundert Zloty pro Jahr droht denjenigen, die sich nicht um die Wasserrückhaltung kümmern und auf deren Grundstücken sich betonierete Flächen befinden. Die monatliche Rundfunkgebühr für die Nutzung von Fernseh- und Radiogeräten wird ebenfalls steigen. In diesem Jahr werden ebenso Steuern auf kommunaler Ebene erhöht. Dazu gehören die Hundehaltersteuer, die Müllabfuhrgebühr, die Immobiliensteuer und die Abgaben auf Verkehrsmittel. Laut Allensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz sind die städtischen Finanzen nicht nur durch das Coronavirus stark betrof-

fen, sondern auch durch Regierungsentscheidungen, etwa in Bezug auf die persönlichen Steuervorschriften. Wie er mitteilte, seien die Haushaltseinnahmen von Allenstein um umgerechnet neun Millionen Euro geringer als angenommen, was Kürzungen im Stadthaushalt zur Folge habe.

Die Stadtverwaltung hat sich von den Plänen verabschiedet, ein städtisches Kulturzentrum zu bauen, einige Straßen zu modernisieren, eine Kinderkrippe in der Antonowicza-Straße zu errichten, Gebäude mit Sozialwohnungen zu bauen und einen Fahrradweg bis an die Grenzen der Gemeinde Diwitten zu errichten. Die wichtigsten städtischen Investitionen bleiben jedoch unangetastet, das heißt, der Umbau und die Erweiterung der Sport- und Veranstaltungshalle Urania sowie der Ausbau des Straßenbahnverkehrsnetzes werden weiter vorangebracht.

VERKEHRSBERUHIGUNG

Königsberg setzt auf Waffel- statt Zebrastreifen

Versuch am Hansaplatz: Fußgänger sollen durch eine besonders auffällige Markierung besseren Schutz erhalten

Seit Kurzem gibt es beim Hansaplatz auf der Kreuzung Stresemannstraße und Steindamm ein sogenanntes Waffelquadrat auf der Straße. Es ist eine gelbe Markierung auf der Fahrbahn, bei der kreuzweise gelbe Linien in einem Quadrat verlaufen.

Der Hauptzweck einer solchen Markierung besteht darin, die Intensität von Staus an der Kreuzung zu verringern. Für viele Fußgänger ist die Kreuzung ein echtes Hindernis, dessen Überwindung bemerkenswerte Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit erfordert. In der Mitte der Fahrbahn befindet sich eine winzige „Insel“, auf der Fußgänger auf den Wechsel der Ampel warten müssen, da es fast unmöglich ist, die Straße auf einmal zu überqueren.

Die Autofahrer sollen mit der gelben Markierung nun die Grenzen der Kreuzung besser sehen können, in die sie bei einem Stau nicht einfahren dürfen. Wenn sich ein Fahrer dieser Markierung nähert



Was schon in Moskau und anderen russischen Großstädten getestet wurde, soll nun auch in Königsberg zum Einsatz kommen: Waffelstreifen am Hansaplatz Foto: J.T.

und sieht, dass sich hinter der Markierung Autos befinden, sollte er diese nicht befahren. Vorerst gibt es zwar noch keine Videokameras an dieser Kreuzung, aber der Verkehr wird dort periodisch von Beamten der Verkehrspolizei überwacht. Offiziell wurde in den Straßenverkehrsregeln 2018 den unbefugten Aufenthalt in der Zone des Waffelstreifens an stark befahrenen Kreuzungen mit einer Geldstrafe von umgerechnet elf Euro belegt. Die gelben Markierungen wurden bereits in Moskau, St. Petersburg, Jekaterinburg und Kasan getestet, in denen die Verkehrsdichte besonders hoch ist.

Die städtischen Behörden zeigten sich lange eher zurückhaltend, was den Vorschlag der Verkehrsinspektion angeht, „Waffel“-Markierungen an Kreuzungen in Königsberg anzubringen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Wenn ein Fahrer beispielsweise grünes Licht hat und auf Fuß-

gänger stößt, die gerade die Straße überqueren, kann er nicht dafür belangt werden, wenn er den markierten Bereich noch nicht verlassen hat. Dazu müssten Kameras die Dauer des Autos auf dem Waffelstreifen aufzeichnen. Sie müsste mehr als fünf Sekunden betragen. Nur wenn das Fahrzeug länger in dem Bereich steht, wird ein Verstoß registriert. Technisch sieht es so aus, dass wohl mehrere Kameras die „Waffeleisen“ beobachten werden: Eine nimmt Fotos von der Kreuzung auf, eine andere ist auf die Fahrspur gerichtet. Die Verkehrssünder erhalten zusammen mit dem Bußgeldbescheid sechs Fotos, die den Bewegungsverlauf zeigen. Der Hauptzweck der Einführung der neuen Waffelstreifen ist es, die Stadt von Staus zu befreien. Wenn das Experiment positive Ergebnisse zeigt, ist zu erwarten, dass neue „Waffelquadrate“ auf den Straßen der Stadt auftauchen. Jurij Tschernyschew

● MELDUNG

Abschied von Kannenberg

Königsberg/Münster – Der 3. September 1972 ist als der „goldene Sonntag“ in die bundesdeutsche Sportgeschichte eingegangen. Innerhalb weniger Stunden gewannen drei deutsche Sportler olympische Goldmedaillen in der Leichtathletik: Hildegard Falck über 800 Meter, Klaus Wolfermann im Speerwurf und Bernd Kannenberg im 50 Kilometer Gehen. Wer hat keine Gänsehaut bekommen beim ohrenbetäubenden Jubelsturm, als der damals 30-Jährige von der LAC Quelle Fürth ins Olympiastadion nach fast vier Stunden als erster „hereinstürmte“? Geboren freilich wurde Bernd Kannenberg im August 1942 in Königsberg/Pr. Im Jahr 1945, bei der Flucht aus Ostpreußen, überlebte Kannenberg zusammen mit seiner Cousine den Untergang der „Wilhelm Gustloff“. Seine Großmutter kam bei dieser Tragödie um. Am 13. Januar ist er in Münster im Alter von 78 Jahren gestorben. Wir verneigen uns in Erinnerung an diesen großartigen und untadeligen Sportler. fry

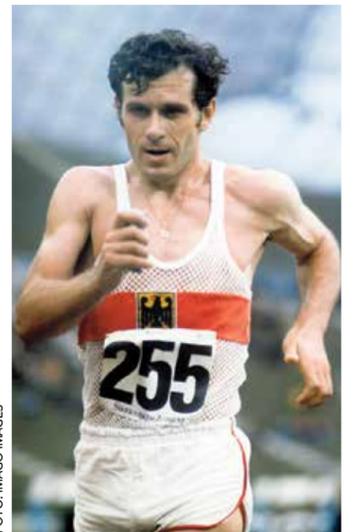


FOTO: IMAGO IMAGES

Er war Überlebender der „Gustloff“-Katastrophe: Der Olympiasportler Bernd Kannenberg

Wir gratulieren...



ZUM 97. GEBURTSTAG

Dinse, Luise, aus Lyck, am 23. Januar
Georgesohn, Annemarie, geb. **Kruger**, aus Ortelsburg, am 27. Januar

Schendel, Herbert, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Schmökel, Gerda, geb. **Wiemer**, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Tamschick, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Wilhelm, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Felsch, Edith, geb. **Kischel**, aus Paradies, Kreis Mohrungen, am 26. Januar
Friebe, Ilse, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar
Kullik, Herbert, aus Grimmen-dorf, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Meike, Erika, aus Lyck, am 27. Januar
Müller, Gertrud, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar
Reiniger, Gerda, geb. **Linkner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Shinners, Ingeborg, geb. **Wowersies**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Zindler, Margot, aus Grommek, Kreis Mohrungen, am 25. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dömpke, Bruno, aus Wehlau, am 27. Januar
Gablowski, Ilse, aus Zielkeim, Kreis Fischhausen, am 24. Januar
Kohn, Heinz, aus Wehlau, am 22. Januar
Lorenzen, Elsa, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Marchel, Gerhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 27. Januar
Schomann, Waltraud, geb. **Wermke**, aus Lyck, am 24. Januar
Tertel, Willi, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. Januar
Tobies, Harry, aus Königsberg, am 28. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kensy, Alfred, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Meier, Waltraud, geb. **Nadzeika**, aus Lyck, am 28. Januar
Wallis, Brunhilde, geb. **Schweiger**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 23. Januar
Wittmann, Erna, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gränitz, Liselotte, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Hagen, Elfriede, geb. **Langguth**, aus Struben Abbau, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Meyer, Ruth, geb. **Gippner**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar

ANZEIGE
Masuren und Danzig
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bolze, Helene-Martha, geb. **Bernatzki**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Gassert, Charlotte, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar
Käding, Eva, geb. **Gohl**, aus Wehlau, am 23. Januar
Kudczinski, Hansjürgen, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Januar
Marks, Helmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar
Niendorf, Adelheid, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck,

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de.

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dombrowski, Anneliese, geb. **Kabey**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Sattler, Gertrud, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Deimer, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar
Ganseleiter, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 28. Januar
Liß, Emma, geb. **Koyro**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar
Myska, Karl, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar

am 24. Januar

Scheumann, Günter, aus Ortelsburg, am 27. Januar
Schuster, Willy, aus Großwalde, Kreis Neidenburg und aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. Januar
Wagener, Elfriede, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baatz, Anneliese, geb. **Schenk**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Bollmann, Traute, geb. **Trosien**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 27. Januar
Czycholl, Ruth, geb. **Fischer**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Januar
Graf, Irene, geb. **Klimach**, aus Patterswalde, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Grünberg, Ursula, geb. **Holl**, aus Ebenrode, am 27. Januar
Hellwig, Gisela, geb. **Pilleschewski**, aus Treuburg, am 28. Januar
Mahler, Günter, aus Wehlau, am

28. Januar

Neuber, Irene, geb. **Wronna**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar
Poerschke, Paul-Gerhard, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 23. Januar
Rautenberg, Horst, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 15. Januar
Schramm, Irmgard, geb. **Bittrich**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barth, Elisabeth, geb. **Klingschat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 23. Januar
Bergen, Erich, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 26. Januar
Block, Ursula, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Brandt, Frieda, geb. **Pörschke**, aus Seubersdorf, Kreis Mohungen, am 25. Januar
Hinz, Gertraude, geb. **Milbrodt**, aus Bauditten, Kreis Mohrungen, am 25. Januar
Hoffmann, Gerda, geb. **Dahnz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Kauerauf, Waldemar, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 28. Januar
Knischewski, Dagobert, aus Lyck, Danziger Straße 11, am 23. Januar
Mareck, Helmut, aus Königsblumenau, Kreis Preußisch Holland, am 23. Januar
Mund, Helene, geb. **Tonnius**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Murawsky, Anneliese, aus Neudorf, Kreis Lyck, am 27. Januar
Rohde, Doris, geb. **Höpfner**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Wagner, Erika, geb. **Lorenz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Januar

Kolwa, Erna, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Kowalewski, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 22. Januar
Kutzko, Hans, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. Januar
Linné, Waltraud, geb. **Beckmann**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Meyer, Hertha, aus Mohrungen, am 27. Januar
Reinhart, Gerhard, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 22. Januar
Rekindt, Klaus, aus Lyck, am 24. Januar
Rink, Ralf, aus Danzig, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 22. Januar
Schnabel, Ruth, geb. **Pieszek**, aus Neidenburg, am 28. Januar
Steinberg, Heinz, aus Lyck, am 26. Januar
Winter, Annelise, geb. **Scherbath**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 26. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Marga, geb. **Bolinski**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 26. Januar
Czichowski, Werner, aus Großepingen, Kreis Neidenburg, am 28. Januar
Eder, Hartmut, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Fritze, Peter, aus Wehlau, am 26. Januar
Gerlach, Horst, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. Januar
Haase, Hubert, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 22. Januar
Jakobi, Peter, geb. **Jakobowski**, aus Pillau II, Kreis Fischhausen, am 22. Januar
Kautz, Christel, geb. **Schiminowski**, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Liedke, Ulrich, aus Wehlau, am 24. Januar
Loyall, Siegfried, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Ludorf, Bärbel, geb. **Ciesla**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau und aus Sablau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Möller, Dora, geb. **Krißun**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 24. Januar
Regge, Renate, geb. **Niedzwetzki**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. Januar
Semke, Michael, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 25. Januar
Trakowski, Edeltraud, geb. **Rösener**, aus Wehlau, am 22. Januar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage

mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
 Format: 65 x 45 cm
 Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt



29,95 €
 inkl.
 Versand

Bestellung:
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
 Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
 Tel. 040/41 40 08 0
 selke@ostpreussen.de

ZUM 85. GEBURTSTAG

Acktun, Gerhard, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Badorrek, Paul, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 25. Januar
Broyer, Fritz, aus Romau, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Hoge, Gertrud, geb. **Slomianka**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Jonas, Waltraud, geb. **Wohlgemuth**, aus Hohenrade, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilneh-

merkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
 Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 05. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
 Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar
 Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landsmannschaftliche Arbeit - Jahresbericht

Hof - Nachdem wegen der aktuellen Bestimmungen die Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, nicht stattfinden konnte, möchte der Vorstand auf diesem Weg das Jahr Revue passieren lassen.

Nach der Jahreshauptversammlung im Januar 2020 mit der Wahl des neuen Vorstandes, der bis auf die Neuwahl der zweiten Vorsitzenden Jutta Starosta die übrigen Vorstandsmitglieder bestätigte, fand im Februar das traditionelle „Grützwurstessen“ statt. Auch die Märzveranstaltung mit dem Thema „Hohenstein/Olsztynek“ war, kurz vor dem ersten Lockdown, gut besucht. In Anbetracht der Corona-Bestimmungen wurden die Treffen in den Sommermonaten abgesagt. Um im Kontakt mit den Mitgliedern zu bleiben, erhielten diese regelmäßig Rundschreiben mit Nachrichten aus der landsmannschaftlichen Arbeit, jahreszeitlichen Beiträgen usw.. Im September konnte dann wieder ein Heimatnachmittag stattfinden und auch die Veranstaltung im Oktober zum Tag der Heimat war an-



Ansichten in Eichenlaub gerahmt Vor 121 Jahren, im Jahr 1900, wurde diese kunstvolle Lithographie mit Motiven aus Tapiau als Postkarte verschickt. Auf den eingerahmten Einzelbildern sind sogar kleinste Details wie die Ziegel der Dächer zu erkennen. Hugo Paul aus dem 40 Kilometer südlich von Königsberg liegenden Ort produzierte die liebevoll gestaltete Postkarte
 Foto: Postkartensammlung Evgeny Dvoretzki

gepasst an die Hygienebestimmungen, möglich. Die kulinarische Veranstaltung mit den „Königsberger Kloppen“ im November fiel ebenso wie der Adventsnachmittag aus. Als Trost bekam jedes Mitglied ein Weihnachtspäckchen mit dem neuesten Mitteilungsblatt, weihnachtlichen Präsenten und einem Kalender per Post zugesandt.

Im neuen Jahr werden die regelmäßigen Veranstaltungen immer am zweiten Samstag im Monat um

15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube in Hof durchgeführt, sobald es die Pandemie wieder zulässt. Es wird gebeten, auf die Pressemitteilungen zu achten!

Im Jahr 2021 steht die Ehrung zweier langjähriger Mitglieder an. Helmut Starosta gehört der Hofer Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen bereits 55 Jahre an. Waltraud Hahn wird für 45 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Beide Jubilare bekommen ihre Urkunde, sobald

es möglich, überreicht. Der Vorstand der Landsmannschaft dankt für die Treue zur Landsmannschaft und wünscht den beiden sowie allen anderen Mitgliedern für das neue Jahr alles Gute und hofft auf ein baldiges Wiedersehen.

Auflösung des Weihnachts-Preisrätsels

Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrätsel teilgenommen haben.

Die richtige Lösung war **Wehlau**

Die Preise in Form von Geschenkpackungen Königsberger Marzipan sind den Gewinnern bereits zugeschickt worden. Leider müssen wir bekanntgeben, dass die 26. Folge unseres Weihnachts-Preisrätsels auch die letzte war. Wegen der Beendigung

der Marzipanherstellung bei der Fa. Schwermer stehen uns künftig keine Preise mehr zur Verfügung. Wir danken den Lesern der PAZ für die zum Teil jahrelange Beteiligung an unserem Preisrätsel. Das Herausfinden der manchmal doch recht schwierigen Lösung hat viel Freude bereitet, wie wir aus zahlreichen Reaktionen wissen.

Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung
 Postfach 17
 91791 Ellingen

Kontakt

Wegen Beendigung der Elternzeit ist ab dem 20. Januar wieder Frau Christiane Rinser-Schrut Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
 Telefon: (040)41 40 08 - 34
 E-Mail: rinser@paz.de
 Adresse: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel Ihrer Kreisgemeinschaft. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Zeitzeugen gesucht!
 Der Bund Junges Ostpreußen und der BdV Hessen suchen Zeitzeugen aus der Erlebnisgeneration für Audio und Videoaufnahmen. Ziel ist es, die Erfahrungen und Geschichten von Ostpreußen für die

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefenbenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Erinnerung an Pillkallen Zwischen Insterburg und Tilsit gelegen, hatte Pillkallen wenig Sehenswürdigkeiten. Im Verlag Paul Müller erschien diese Postkarte mit der Abbildung der Superintendentur und der Kirche auf dem Marktplatz des Ortes, der nach 1938 Schloßberg hieß und dessen Bevölkerung 1939 etwa 5800 Einwohner zählte. Neben dem Gruß gibt es Platz für eigenen Text. Foto: Postkartensammlung Evgeny Dvoretzki

Nachwelt zu erhalten und in Kooperation mit dem Hessischen Bildungsministerium als Material für den Schulunterricht zur Verfügung zu stellen. Haben Sie Interesse, ihre Geschichte zu erzählen? Dann melden Sie sich unter rehm@junge-ostpreussen.de oder bei der Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.

zu verzichten. Unsere Advents- und Weihnachtsfeier der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek hatten wir bereits in digitaler Form durchgeführt. Nun ebenso unsere Januarveranstaltung „Bunter Nachmittag“.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Liebe Mitglieder des BJO! Vor 150 Jahren war es soweit. Der moderne deutsche Nationalstaat wurde gegründet. Leider können wir Corona – bedingt unsere Veranstaltung in Jena nicht durchführen. Um dennoch gemeinsam diesem bedeutenden Ereignis zu gedenken, veranstalten wir einen virtuellen Stammtisch. Wir treffen uns alle auf Skype. Das Profil, welches den Telefonanruf ausrichtet, lautet: Bund Junges Ostpreußen. Zunächst wird es einen kurzen Impulsvortrag zum Thema der bayerischen Perspektive auf die

ANZEIGE

*Als Gott sah, dass der Weg zu lang, der Hügel zu steil und das Atmen zu schwer wurde legte er seinen Arm um Dich und sprach:
Komm heim.*

Durch die Folgen eines tragischen Unfalls verloren wir meinen lieben Mann, unseren Vater, Opa und Uropa

Hugo Malutzki
 * 10. 3. 1930 † 30. 12. 2020
 in Robaben, Kreis Rößel in Berlin

In tiefer Trauer und ewiger Dankbarkeit
Gertraud Malutzki, geb. Duppl
Karin Heuer und Familie
Jörg Malutzki und Familie
sowie alle Angehörigen

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet in aller Stille statt.

Reichsgründung geben. Dann schauen wir gemeinsam einen Filmausschnitt aus „Bismarck und die Reichsgründung“ und diskutieren darüber. Bitte schaut zur Vorbereitung auf das Thema Reichsgründung das Video auf Ostpreußen TV von Dr. Manuel Ruoff: Bismarck und die Reichsgründung <https://www.youtube.com/watch?v=hQDQjPPp7E8> Bringt euch alle etwas zu trinken und eine gemütliche Sitzmöglichkeit mit!
 Eure AG Veranstaltungen

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
 IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
 BIC: FUBKDE71

Zusendungen für die Ausgabe 5/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 5/2021 (Erstverkaufstag 5. Februar) bis spätestens Dienstag, den 26. Januar 2021, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

PAZ wirkt!

Schwarzenbek - Corona zwingt uns, auf präsenzte Veranstaltungen

Fehler in Ausgabe 1 auf Seite 18

Im Artikel über die Broschüre zur Eingliederung der Ostdeutschen in Ausgabe 1 auf Seite 18 hat sich bei der Telefonnummer zum Bezug der Broschüre eine Null zu viel eingeschlichen. Die richtige Telefonnummer lautet: 02161 – 303 7000

Rätsel

zuvor-sichtlich erwarten	Ausruf der Bestürzung	christlicher Feiertag	Ansprache, Vortrag	buddhistisches Heilsziel	Asiat, Kaukasier	Wechseltierchen, Einzeller	kleinlicher Mensch	Holzblasinstrument	das Aufnehmen e. Films (ugs.)	italienischer Maler	äußerste Armut	Gestell z. Transportieren v. Lasten	englisch: Lied										
Fernsehkanael, Radiostation	gefeierter Künstlerin	Scherzhaf: dicker Bauch	Vorname Presleys	Gesangspaar	besitzanzeigendes Fürwort	Museum in Sankt Petersburg	elast. Kautschukprodukt	hawaiianischer Gruß	großartig, ungläublich	vertraulich, im engsten Kreis	Wasserrettungsorganisation (Abk.)	it.-franz. Schauspieler (Line)	Schaustätte, Schauzelt	auffallend, offenkundig	orient. Herrschertitel	bevor	das menschliche Leben	Gebäck, Unterlage für Konfekt	südamerik. Schleuderwaffe	frz. Physiker (André-Marie)			
Gartenzierpflanze	Rauchfang, Schornstein	Bindewort	Ausbuchung, Schwelung	Wunder-tätige Schale der Sage	Kalkstein; Schreibmaterial	Teil des Jahres	Bodenfläche, Gelände	hohes Bauwerk	Künstlervermittler	besonderes Ansehen (lat.)	ägyptische Göttin	europ. Staat am Polarkreis	regulär, normal	jap. Stadt auf Honshu	Verhältniswort	dicklich, rundlich	frei, ohne Verbindlichkeiten	ap-nähernd, ungefähr	Schlaf-erlebnis	Bergwerk	Vorbedeutung	leichter Wind	Übriggebliebenes
Uferstreifen zum Baden	alt-röm. Liebesgöttin; Planet	Gewässer in Trocken-zonen	wunder-tätige Schale der Sage	Hauptstadt Ecuadors	emsiges Insekt	Scheitel-punkt	Abschiedsgruß (franz.)	musika-lisches Bühnenwerk	verhäng-nisvolles Geschehen	spanisch: Fluss	römi-scher Grenz-wall	Antike	die Kreis-zahl	Kfz-Zeichen Ludwigs-burg	Hinder-nis beim Spring-reiten	kleines Lasttier	weiblicher Wasser-geist	instru-mentales Musik-stück	chemi-sches Zeichen für Selen				
alt-röm. Liebesgöttin; Planet	Wunder-tätige Schale der Sage	Kalkstein; Schreibmaterial	Teil des Jahres	Bodenfläche, Gelände	hohes Bauwerk	Künstlervermittler	besonderes Ansehen (lat.)	ägyptische Göttin	europ. Staat am Polarkreis	regulär, normal	jap. Stadt auf Honshu	Verhältniswort	dicklich, rundlich	frei, ohne Verbindlichkeiten	ap-nähernd, ungefähr	Schlaf-erlebnis	Bergwerk	Vorbedeutung	leichter Wind	Übriggebliebenes			
Uferstreifen zum Baden	alt-röm. Liebesgöttin; Planet	Gewässer in Trocken-zonen	wunder-tätige Schale der Sage	Hauptstadt Ecuadors	emsiges Insekt	Scheitel-punkt	Abschiedsgruß (franz.)	musika-lisches Bühnenwerk	verhäng-nisvolles Geschehen	spanisch: Fluss	römi-scher Grenz-wall	Antike	die Kreis-zahl	Kfz-Zeichen Ludwigs-burg	Hinder-nis beim Spring-reiten	kleines Lasttier	weiblicher Wasser-geist	instru-mentales Musik-stück	chemi-sches Zeichen für Selen				

Sudoku:

6	3	9	8	7	2	1	5	4
7	2	1	3	9	8	7	4	6
7	9	8	6	2	1	9	3	5
8	9	7	1	8	2	2	5	6
8	1	6	7	4	7	8	2	9
4	8	1	8	9	3	8	6	5
1	8	7	2	7	7	4	5	9
2	6	6	5	3	3	4	9	8
8	1	7	8	5	3	4	9	6

Diagonalrätsel: 1. Zäpfen, 2. einsam, 3. hurtig, 4. Spikes, 5. Föhler, 6. Nessel - Zirkel, Nation

Kreiskette: 1. Ranzer, 2. Reimer, 3. Kimono, 4. Ironie, 5. Niello - Zeremonie

So ist's richtig:

H	A	H	V	S	S	I	M	I	S	O	N	S	A	T	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E
S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E	S	E

Sudoku

2	7							
	4			1		5		
		9	4			7		1
4			9					5
	2	3		7		9	1	
7					1			3
3	4				9	8		
		8		5			2	
						6		9

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemeinschaften.

- Verschlusstüpsel
- allein, verlassen
- flink, schnell
- Lauf-, Rennschuhe
- Vorarbeiter der Maurer
- Gewebe: Lippenblütler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen feierlichen Akt, Brauch.

- grobe Zurechtweisung (ugs.), 2 veraltet: Verseschmied, 3 japanisches Kleidungsstück, 4 feiner Spott, 5 schwarze Metallverzierung

FLUCHT 1945

Von Ostpreußen nach Ostpreußen

Der Angerburger Stadtkassen-Angestellte Otto Broszio strandete in Damgarten – Russen zwangen die Flüchtlinge zur Rückkehr

VON OTTO BROSZIO

Am 24. Januar 1945 um drei Uhr früh verließ ich mit dem Kasenboten, Herrn Kafka, mit dem letzten Zug die Stadt Angerburg. Als stellvertretender Leiter der Stadtkasse hatte ich den Auftrag, die bei der Kasse vorhandenen Vermögenswerte im Wert von ungefähr einer Million Reichsmark zur Ausweichstelle nach Köslin/Pommern in Sicherheit zu bringen. Da die Polizeibeamten auch schon fort waren, warteten nur noch Kafka und ich auf den Abmarschbefehl. Auf nochmalige Anfragen, wann auch wir endlich abreisen könnten, erschien am späten Nachmittag des 23. Januar der stellvertretende Bürgermeister Fritz Behrend und sagte, es führe noch ein Zug, wir müssten uns aber beeilen. Wir setzten uns auf unsere Räder und fuhren zum Bahnhof. Als wir dort ankamen, war der Zug schon weg. Er war bereits abgefahren. Was nun?

Als es dunkel wurde, sahen wir, dass noch einige Wagen zusammengeschoben wurden. Uns wurde gesagt, dass nur Eisenbahner und Soldaten mitfahren dürften. Wir sind dann doch unbemerkt eingestiegen und warteten auf die Abfahrt. Am 25. Januar kamen wir in Königsberg an, wohin der Zug umgeleitet worden war. Da die Stadt dauernd mit Bomben beworfen wurde, bestand keine Verbindung nach außen und wir beschlossen, per Fußmarsch weiterzukommen. Wir wollten über Pillau und die Frische Nehrung nach Danzig gelangen.

Am 29. Januar begann unser Marsch. In Metgethen, das voll von Trecks war, wurden wir von Tieffliegern angegriffen, konnten uns aber unter einen Treckwagen werfen. Am Morgen des 30. Januar sind wir im Schneesturm weitergegangen und erreichten Fischhausen. Wir fanden ein Haus, in dem ein Schornsteinfeger gewohnt hatte, und blieben zur Nacht. Hier konnten wir uns erst einmal ausruhen. Es waren noch einige Flüchtlinge da. Ein altes Ehepaar hatte Betten auf dem Boden ausgelegt, wo ich mich hinlegen durfte. Als die Frau merkte, dass ich mich nicht bedecken konnte, nahm sie meinen Arm und zog mich zu sich heran: „Nun wärmen Sie sich man gut auf und haben keine Angst, ich werde Ihnen nichts tun.“ Ich sagte darauf: „Ich habe keine Angst, und wenn Sie auch keine Angst haben, ist ja alles gut.“ Am nächsten Morgen haben wir darüber lachen müssen.

Auf dem Weg nach Pillau

Am 31. Januar zogen wir weiter in Richtung Pillau. Nachdem es hell geworden war, sind wir zur Fähre gegangen. Als wir ankamen, sahen wir, dass dort Lastwagen der Wehrmacht verladen wurden. Ich meldete mich bei dem Offizier, der die Aufsicht hatte, und sagte, dass ich einen Auftrag der Stadt Angerburg hätte. Der Offizier antwortete, dass es ihm leid täte, meine Bitte nicht erfüllen zu können, da er grundsätzlich Zivilpersonen nicht passieren lassen dürfe. Da kam mir ein Gedanke: Der Offizier stand auf der linken Seite der Fähre und wir auf der rechten. Wenn nun ein Laster auf die Fähre fuhr, konnte uns der Offizier nicht sehen. Wir mussten versuchen, mit dem Lkw mitzulaufen und uns auf der Fähre unter den Wagen zu werfen. Es war damit aber ein Risiko verbunden, denn falls der Fahrer zu weit nach rechts halten würde, hätte es passieren können, dass wir gegen die Wand gedrückt würden.

Aber wie gesagt, so getan. Zuerst liefen Kafka und ich auf die Fähre und dann unsere weiteren Begleiter Skerra und Salz. Wir krochen unter die Lkw und warteten auf



Pillau 1945: Zugelassene Flüchtlinge warten auf den Gang an Bord eines Rettungsschiffs

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

die Abfahrt. Es hatte geklappt. Kurz bevor wir Neutief erreicht hatten, krochen wir wieder vor und stellten uns neben den Wagen. Als sie anfuhr, sind wir wieder mitgelaufen und erreichten ungesehen die Frische Nehrung.

Am 2. Februar sind wir weitermarschiert und waren mittags in Kahlberg, wo wir in der Schule Unterschlupf fanden. Der Weg dahin war sehr schwer, aber wir konnten schlafen und uns ausruhen. Es hieß aber weiterzuziehen, und so machten wir uns am 3. Februar auf den Weg nach Pasewalk. Wir mussten unterwegs mehrmals halten, um neue Kräfte zu sammeln. Wir kamen bei einem Bauern unter, dessen Frau uns in die Küche nahm, wo wir Strümpfe und Schuhe trocknen konnten. Auch warmen Kaffee und ein Stück Brot bot uns die Frau an, was wir dankbar annahmen.

Am nächsten Morgen erreichten wir Mikelswalde, wo wir einen kleinen Frachtdampfer sahen. Als wir hörten, dass er nach Danzig fuhr, baten wir den Kapitän, uns mitzunehmen. Ich brachte wieder mein Sprüchlein vor, und der Kapitän war bereit und ließ uns einsteigen. Die Fahrt ließ uns für einige Zeit den Krieg vergessen. Um 16 Uhr landeten wir endlich in Danzig. Wir bedankten uns beim Kapitän und zogen in Danzig ein.

Bevor ich von Angerburg fortmusste, hatte mir die Nachbarin, Frau Störmer, die Anschrift ihres Sohnes in Danzig gegeben. Das fiel mir jetzt ein, und ich sagte zu Skerra: „Hermann, die Nacht bleiben wir noch hier, aber morgen früh gehen wir beide auf Quartiersuche.“ Am Morgen des 6. Februar fanden wir die Wohnung. Wir wurden von Herrn Störmer und dessen Frau eingeladen, zum Mittagessen zu bleiben. Nach dem Essen sagte Herr Störmer: „Da Sie zusammen vier Mann sind, kann ich Sie leider bei mir nicht aufnehmen. Ich habe aber eine andere Lösung. In der Johgasse 68 hat mein Schwager Höwner eine Wohnung, die er bereits verlassen hat und die Sie benutzen könnten. Die Schlüssel zu der Wohnung habe ich.“ Noch am selben Tag zogen wir in unser Quartier ein.

Da viele Angerburger über das Auffanglager mussten, hatte sich bald herumgesprochen, wo wir uns aufhielten. So war es kein Wunder, als am 8. Februar Frau Gwisda und Frau Koch bei uns eintrafen. Bei einem Spaziergang traf ich am 10. Februar auch unseren stellvertretenden Bürger-

meister Behrend. Ich erzählte dieses Zusammentreffen meinen Leidensgenossen, und wir waren alle erstaunt, als Behrend am nächsten Tag bei uns auftauchte. Er kam auch gleich zur Sache: „Na, Herr Broszio, ich nehme an, dass Sie die Vermögensunterlagen der Stadt gut bis hier gebracht haben. Nur haben wir vor der Abreise ver-

„Herr Behrend ist sofort mit den Unterlagen zum Senat der Stadt Danzig gefahren und hat sich ... eine Ausreisegenehmigung geben lassen“

Fräulein Scheiba
Sekretärin des stellvertretenden Bürgermeisters

gessen, ein Verzeichnis anzulegen, was bei der überstürzten Abreise zu verstehen ist. Es wäre aber gut, wenn ich eine Aufstellung bei mir hätte, die Sie unterschreiben müssten.“ Darauf erwiderte ich: „Ist gut, Herr Bürgermeister, ich will gern die Aufstellung machen und bringe sie Ihnen im Laufe des Tages nach Langfuhr. Am besten, ich nehme die Unterlagen mit, und Fräulein Scheiba, meine Sekretärin, macht auf der Schreibmaschine die Aufstellung, und morgen bringe ich Ihnen die Unterlagen zurück.“

Skerra und alle anderen waren Zeugen der Unterredung. Nach vielem Überlegen händigte ich die Tasche mit den Unterlagen aus. Ich wartete den nächsten und den übernächsten Tag auf Behrend mit den Unterlagen. Als er nicht kam, meinte Skerra: „Du, Otto, da stimmt was nicht. Komm, wir fahren sofort nach Langfuhr.“ Als wir in seinem Quartier ankamen, wurden wir von Fräulein Scheiba empfangen. Auf meine Frage, ob ich die Unterlagen haben könnte, sagte sie: „Eine Aufstellung habe ich nicht gemacht. Herr Behrend ist sofort mit den Unterlagen zum Senat der Stadt Danzig gefahren und hat sich aufgrund der Unterla-

gen eine Ausreisegenehmigung geben lassen.“ Ohne Genehmigung durfte keine männliche Person Danzig verlassen. Da er verschwunden war, musste ich, um aus Danzig herauszukommen, die Meldestelle aufsuchen und um eine Ausreisegenehmigung bitten. Zum Glück hatte ich eine Bescheinigung des Bürgermeisters vom 23. Februar, die ich vorlegte. Nach langem Hin und Her wurde mir die Genehmigung zur Ausreise erteilt. Auch Skerra und Kafka, beide kriegsbeschädigt, bekamen die Genehmigung. Salz musste sich in der Kaserne beim Volkssturm melden.

Es war der 16. Februar, als wir Danzig verließen. Die Fahrt ging über Stolp nach Stolpmünde, wo wir abends eintrafen und ins Dorf Zietzen weitergeleitet wurden. Wir fanden Unterkunft bei Bauer Pollex und blieben bis zum 19. Februar. Wir wurden sehr gut aufgenommen, konnten in Federbetten schlafen und auch die Verpflegung war erstklassig. Leider konnten wir hier nicht länger bleiben, denn ich wollte ja Damgarten erreichen, wo ich meine Familie vermutete.

Am 21. Februar sind wir von Stralsund abgefahren Richtung Damgarten. Die Adresse hatte ich meiner Frau Weihnachten 1944 bei ihrem Besuch in Angerburg gegeben. Leider traf ich keinen an, es gab auch kein Lebenszeichen. Es hieß also für mich abzuwarten. Damit die Zeit nicht zu lang wurde, habe ich mich nützlich gemacht, habe Holz gesägt, gehackt und eine runde Pyramide gebaut. Da ich von meinen Angehörigen nichts hörte, und auf meine Briefe und die Anfrage bei der Zentral-Anschriften-Vermittlungsstelle Berlin keine Antwort bekam, musste ich annehmen, dass meine Frau mit den Kindern noch in Ostpreußen war. Als am 1. April bekannt gegeben wurde, dass die Ostpreußen, die noch in Damgarten waren, mit einem Zug die Stadt Richtung Westen verlassen könnten, bin ich geblieben, in der Hoffnung, doch noch meine Familie zu finden. Nach dem 2. April zogen täglich Kolonnen von Häftlingen durch die Stadt.

Als am 30. April SS-Männer durch die Stadt zogen und auf weiße Fahnen Jagd machten – viele Bürger hatten Laken aus dem Fenster gehängt – wusste ich, dass der Russe nicht mehr fern war. Am 2. Mai rückten die ersten Panzer ein, ihnen folgten gespannte Fahrzeuge. Die Russen drangen in alle Häuser ein und durchsuchten sie. Was sie gebrauchen konnten, nahmen sie mit.

Es war noch keine Woche vergangen, da befahl der russische Kommandant, dass alle Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen die Stadt innerhalb von 24 Stunden zu verlassen hätten und in ihre Heimatorte zurückkehren müssten. In Ostpreußen sei wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt. Es wurden Passierscheine ausgestellt, die aber, wie sich später herausstellte, keinen Wert hatten. Ich habe mir einen kleinen Handwagen besorgt, auf den ich das wenige Gepäck von Frau Koch und ihrer Tochter sowie meine Habseligkeiten verpackte.

Mit dem Treck zurück nach Hause

Am 7. Mai verließen wir Damgarten und stießen vor der Stadt auf einen langen Handwagentreck, dem wir uns anschlossen. Er bewegte sich auf Stralsund zu. Unterwegs wurden wir öfter angehalten und nach Uhren und Ringen untersucht. In Stralsund wurden wir in einer Realschule untergebracht und durften nicht weiterziehen; wir bekamen als Verpflegung alle vier Tage ein Brot, mussten uns aber schon acht bis zehn Stunden vor der Ausgabe vor dem Bäckerladen aufstellen. Sonst lebten wir von Kartoffeln. Am 1. Juni ging es weiter bis Greifswald, das wir und nach einer Kontrolle durch die Russen erreichten. Am 10. Juni erreichten wir Insterburg. Wir mussten mehrmals umsteigen auf Züge, die nach Osten fuhren. In Stettin und Stargard mussten wir die Gleise vom Schmutz reinigen, wir bekamen von den Russen Strauchbesen in die Hand gedrückt und wurden bewacht.

In Korschen bestiegen wir einen offenen Wagen, der große Kisten mit Maschinen geladen hatte. Wir versteckten uns zwischen den Kisten und erreichten am 10. Juni unsere Endstation Insterburg. Wir hielten uns hier nicht länger auf und zogen mit dem Handwagen in Richtung Angerburg. Da es spät geworden war, suchten wir uns ein Quartier in der Nähe von Trempen, wo wir übernachteten. Dann machten wir noch einmal Rast in Sobiechen.

Am 11. Juni gegen Abend erreichten wir Angerburg. Von Weitem sah es so aus, als ob die Häuser noch alle unverseht geblieben seien. Als wir aber in Angerburg einrückten, sahen wir die Zerstörung, alle Häuser waren ausgebrannt. Es gab nur noch Ruinen, hier und da stand noch ein Haus, das unversehrt war. Wir zogen über die Bahnhofstraße zur Bismarckstraße, um zu sehen, ob meine Wohnung noch heil sei. Das Haus stand, aber meine Wohnung war von einer polnischen Familie bewohnt.

Wir gingen dann zur Königsbergerstraße und trafen unterwegs Herrn Banz. Auf unsere Frage, wo wir unterkommen könnten, sagte er, wir müssten uns bei Bürgermeister Wiese, der in der Freiheitsstraße, hinter dem Krankenhaus wohnte, anmelden, der uns dann eine Unterkunft zuweisen würde. Wir meldeten uns sofort bei Wiese und bekamen eine Unterkunft im Haus Hundertmark zugeteilt. Herr Banz sagte mir auch, dass wir uns bei der russischen oder polnischen Kommandantur melden müssten, und empfahl uns, zur russischen Kommandantur zu gehen. Ich sollte aber bei der Wahrheit bleiben und auch angeben, falls ich in der Partei war. Die Russen hätten Listen über die Parteimitglieder und wüssten Bescheid. Im Haus Hundertmark bezogen wir eine Stube im ersten Stock und machten es uns, soweit es ging, bequem.

Da ich am 12. Juni Geburtstag hatte, meldete ich mich erst am 13. Juni bei der russischen Kommandantur, die mir auch Herr Podranski, den ich am 12. Juni traf, vorschlug. Er meinte, er würde dafür sorgen, dass ich ihm bei der Bedienung der Öfen in der Bismarckstraße helfen könnte. Es kam aber alles anders. (Fortsetzung folgt)

HUNGERSNÖTE IN OSTPREUSSEN

Fatale Missernten, Dürre und Heuschrecken

Das Leben in der ostdeutschen Provinz verlangte seinen Bewohnern wiederholt große Anstrengungen ab, um zu überleben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Schon vor dem traumatischen Schicksalsjahr 1945 hatten die Menschen in Ostpreußen vielfach Schreckliches zu durchleben. So gab es beispielsweise immer wieder große Hungersnöte. Die drei wahrscheinlich folgenschwersten Ereignisse dieser Art fielen auf die Jahre 1706 bis 1711, 1846/47 und 1867/68. Der Auslöser war jedes Mal der gleiche.

Die gewöhnlichen Mahlzeiten der einfachen Leute bestanden damals vor allem aus Kartoffeln und Schwarzbrot – wohingegen tierische Produkte eher selten auf den Tisch kamen. Deswegen überstieg bei einer schlechten Getreide- oder Knollen-ernte die Nachfrage schnell das Angebot. Das führte wiederum zu massiven Preissteigerungen. Dann reichte das Geld oft nicht mehr aus, um sich auskömmlich zu ernähren. Darüber hinaus wurden viele Agrarprodukte aus Ostpreußen exportiert. Das gefährdete die Versorgungssicherheit der Bewohner der Provinz noch zusätzlich.

Grundnahrungsmittel Kartoffel

So war es auch in der Zeit zwischen 1706 und 1709, welche vier fatale Missernten in Folge brachte, die aus anhaltenden Wetterkapriolen resultierten. Zuletzt verzehrten die verzweifelten Menschen sogar das Saatgetreide oder lebten von Ersatzbrot aus Treber, Leinenspreu und Birkenrinde. In der durch den jahrelangen Hunger geschwächten Bevölkerung fand die Pest, die dann beispielsweise im August 1708 in Königsberg ausbrach, einen idealen Nährboden. Und dann tauchten 1711 auch noch riesige Heuschreckenschwärme auf, die Felder und Gärten kahlfraßen. Infolge all dessen zählte man damals in Ostpreußen mehr als 240.000 Tote. Das heißt, über ein Drittel der Menschen in der Region starb an der Seuche oder verhungerte, wobei das erstere Schicksal den meisten



Kartoffeln und Schwarzbrot waren für die einfachen Leute die Hauptnahrungsmittel. blieb die Ernte karg, bedeutete dies große Sorgen für die Familien: Frauen bei der Ernte im Kreis Elchniederung um 1933

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Zeitgenossen weniger grausam erschien als das zweite.

Die nächste große Katastrophe begann im September 1845. In Europa hatte sich seit einigen Jahren die durch den Pilz *Phytophthora infestans* verursachte, aus Nordamerika eingeschleppte Kartoffelfäule ausgebreitet und erreichte nun auch Ostpreußen. Dadurch wurden die Lagerbestände schnell aufs Dramatischste reduziert. Dem folgte 1846 ein ungewöhnlich feuchter April; danach kam extreme Trockenheit. Das sorgte für sehr schlechte Erträge bei der Getreide- und Kartoffel-

1706

Beginn einer Reihe von Hungersnöten infolge von Ernteaussfällen, die mit insgesamt 240.000 Toten ein Drittel der Bevölkerung Ostpreußens dahintrafen

ernte. Das Resultat war eine weitere Hungerkrise, die bis 1847 anhielt und zugleich noch für Typhus-Ausbrüche sorgte. Dadurch starben nun erneut ganze Dorfgemeinschaften. Die Ostpreußen versuchten zu überleben, indem sie sich von Viehfutter ernährten, Brot aus verdorbenem Getreide herstellten oder nachts die Saatkartoffeln von den Äckern stahlen. Außerdem begann so mancher aus Verzweiflung, Queckenwurzeln zu verzehren. Die Regierung in Berlin versuchte, das Schlimmste zu verhindern. So zum Beispiel durch das Verbot, aus Kartoffeln

Schnaps zu brennen. Außerdem stoppte sie die Ausfuhr von Lebensmitteln. Dennoch entstanden massive soziale Spannungen, die schließlich in Unruhen mündeten: Die Hungernden gingen auf die Straße und plünderten Bäckereien sowie die Lager von Getreidegroßhändlern, während Polizei und Militär die Tumulte niederzuschlagen versuchten.

In Anerkennung dessen, dass der Staat zu wenig unternommen hatte, um seine Untertanen vor dem Hungertod zu bewahren, erließ der preußische König Friedrich Wilhelm IV. am 15. Oktober 1847 ein Dekret, mit dem er all jene amnestierte, die „durch die augenblickliche Noth zu Vergehen oder Verbrechen verleitet“ worden seien. Dennoch war die „Kartoffelrevolution“ von 1847 mit dafür verantwortlich, dass dann im März 1848 die große Deutsche Revolution ausbrach, die auch Preußen nachhaltig veränderte.

Vorbote der Märzrevolution

Trotz der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse musste Ostpreußen zwei Jahrzehnte später noch eine Hungerphase durchleben. Vom März bis in den November 1867 hinein regnete es derart stark, dass die Ernte auf den Feldern verdarb. Dazu kam dann 1868 wieder eine Dürre, welche die Situation weiter verschärfte. Diesmal wurde jedoch schneller reagiert. Beispielsweise veröffentlichten nun Blätter wie die „Allgemeine Illustrirte Zeitung“ in Berlin eindringliche Aufrufe, die „braven Ostpreußen“ zu unterstützen. Daraufhin konstituierte sich ein „Hilfs-Comité“ in Berlin, das die reichlich eingehenden Spenden entgegennahm und weiterleitete. Dadurch konnten die Vorläufervereine des Deutschen Roten Kreuzes schon im Winter 1867/68 drei Millionen Essensportionen sowie Kleidung und Heizmaterial an Bedürftige verteilen. So überstand die preußische Provinz die letzte große Katastrophe vor den beiden Weltkriegen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Technische Hochschule Breslau mit „Gender Equality“-Programm

Studenten sollen Fälle von Diskriminierung melden – Antidiskriminierung als Finanzierungssäule der Wissenschaft

Die Technische Hochschule Breslau (Politechnika Wroclawska) will „Diskriminierung bekämpfen“ und beruft eine Arbeitsgruppe für Gleichstellungspolitik.

„Wir werden mit einer Untersuchung unter den Studenten und Dozenten beginnen. Auf diese Weise wollen wir jegliches diskriminierende Verhalten aufdecken“, so Karolina Jaklewicz, die Professorin, Beauftragte an der Hochschule für Antidiskriminierungsmaßnahmen und Leiterin des 17-köpfigen Gremiums. Dieses soll auf zwei Ebenen arbeiten: der Aktivierung von Gleichstellungssensibilität und der Gründung einer Kommission, die in einem Eilverfahren alle Diskriminierungsbeschwerden untersuchen wird.

Europäische Standards eingeführt

Die Arbeitsgruppe für Gleichstellungspolitik wurde vom Rektor des Breslauer Politechnikums, dem Professor Arkadiusz Wójs, berufen. Damit habe er sich lediglich an die Standards der Europäischen Charta der Wissenschaftler gehalten, so Jaklewicz. Die zierliche junge Frau entspricht optisch in keiner Weise der gängigen deutschen Vorstellung von einer Gleichstellungsbeauftragten und wirkt

eher wie das Titelmodell einer Modezeitschrift.

Zu den Aufgaben des Gremiums gehört die Durchführung einer Studie, mit der ermittelt werden soll, wo der Schuh in diesem Feld drückt. Drei Dozentinnen der Hochschule und ein auswärtiges Team werden mit dieser Studie betraut. Eine zweite Gruppe soll Standards und das Prozedere ausarbeiten, das Studenten das Melden von diskriminierenden Handlungen erleichtern soll. Geplant ist hierfür eine Kommission, die derartige Beschwerden bearbeitet. „Wir wollen einen Raum im Netz einrichten, wo wir erklären, was Diskriminierung und Gleichheitspolitik ist. Es ist uns wichtig, dass Studenten sich hier orientieren können, wann ihre Rechte verletzt werden, wie sie damit umgehen können und wo sie Hilfe bekommen“, so Jaklewicz. Auf der Facebookseite der Hochschule berichtet sie, dass an sie Beschwerden von ausländischen Studenten herangetragen werden. Diese hätten Probleme mit der Kommunikation: „Obwohl die Vorträge in Englisch gehalten werden, sind alle Informationen drumherum nur in polnischer Sprache. Das muss sich schnell ändern“, sagt sie. Jaklewicz, die übrigens



Breslau: Technische Hochschule

Foto: Barbara Maiszewska

keine Gendersprache benutzt, hebt sich damit immerhin deutlich von westeuropäischer Erwartungshaltung im Hinblick auf Gleichstellungspolitik ab.

Bevor sich eine 17-köpfige Mannschaft ihren Aufgaben stellt, würde es in diesem Falle sicherlich reichen, sich die Kommentare auf dem Hochschulportal anzuschauen. Nachdem Anfang Januar die „Antidiskriminierungsinitiative“ des

Politechnikums vorgestellt wurde, haben Studenten und ehemalige Studenten ihre Meinung zum gesamten Gleichstellungsprojekt kundgetan.

Unter 27 Einträgen haben sich lediglich vier Kommentatoren – darunter zwei Frauen – positiv zur Einrichtung der Arbeitsgruppe geäußert. Ein weiterer berichtet, dass man noch weiter gehen sollte und sich ein Beispiel an der Mic-

kiewicz-Universität in Posen nehmen solle. Dort ruft der Studentenrat diejenigen auf, die mit ihrem im Pass eingetragenen Namen nicht einverstanden sind, diesen zu ändern, wenn die in Polen geschlechterspezifische Familiennamensendung ihrem selbstdefinierten Geschlecht nicht entspricht. Ob der Kommentar ernst gemeint oder Sarkasmus ist, kann jedoch nicht herausgelesen werden.

„Die einzige Gleichheit, die Sinn macht, ist die vor dem Recht. Jede andere Gleichheit ist Fiktion und ein Hirngespinnst der Marxisten“, schreibt Arkadiusz Olejniczak und erntet von anderen Zustimmung. Cyprian Surma schreibt, ohne einen „Gender Equality Plan“ gäbe es jedoch keine Finanzierung des EU-Rahmenprogramms „Horizont Europa“.

Dieses neue Programm für Forschung und Innovation, heißt es auf der Seite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, soll „sich an wichtigen gesellschaftlichen Fragestellungen wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt und Verkehr“ orientieren. „Ein zentrales Ziel“, so heißt es weiter, „ist es, Exzellenz in der europäischen Wissenschaft zu fördern“

Chris W. Wagner

DAS GOLD DER OSTSEE

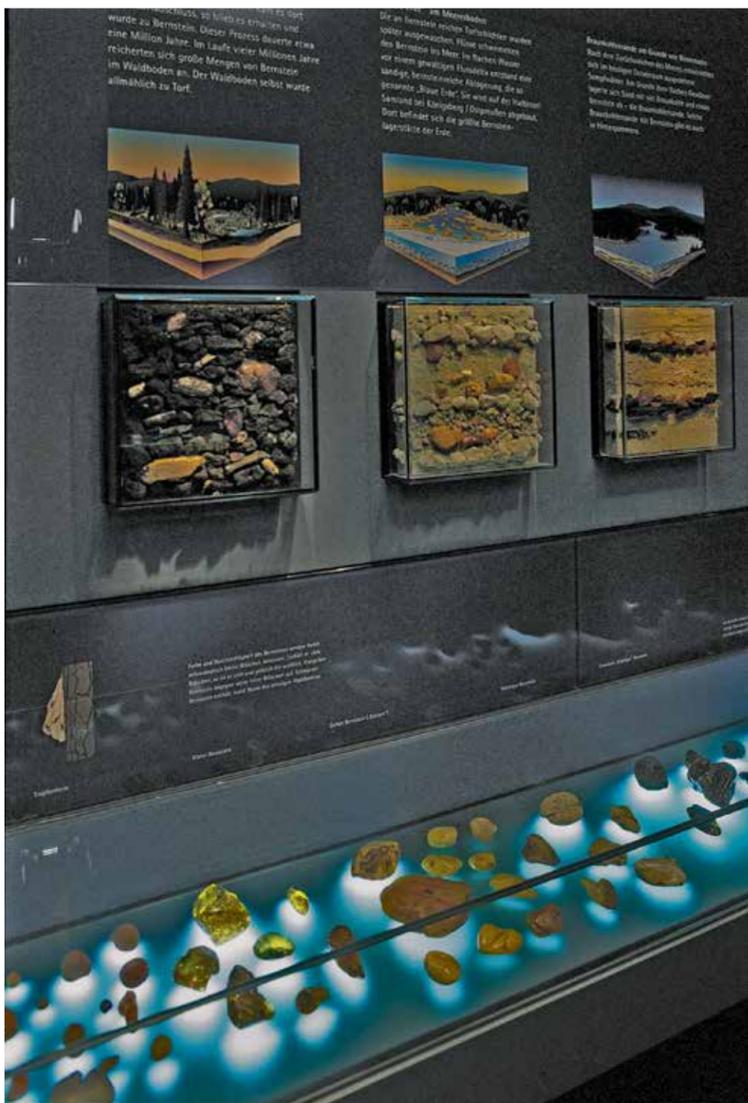
Die Stolper Bernsteinendreherzunft

Bernstein – seit dem Altertum begehrt – (Fortsetzung)

Nach dem Gesetz vom 11. Februar 1924 (Preuß. Gesetzsammlung Seite 106) war das vorsätzliche Suchen von Bernstein verboten. Die Hochseefischer brauchten keinen besonderen Erlaubnischein, mussten aber den auf See zutage geförderten Bernstein ebenfalls abliefern. Vorher konnten sie über den außerhalb der Hoheitsgrenze gefischten Bernstein frei verfügen. Alle Bernsteinfunde, gleich welcher Art, waren also binnen 24 Stunden den staatlichen Bernsteinabnahmestellen zu übergeben. Die Stolpmünder Abnahmestelle verwaltete der Fischer Leo Wegner in der Marktstraße. Bei ihm wurden jährlich etwa 1½ Zentner Bernstein abgeliefert. Im Jahre 1924 waren es über 3 Zentner. Bei allen Funden handelte es sich um kleinere und mittlere Stücke. Im Jahre 1924 hatten die Stolpmünder Fischer Erich und Paul Notzke ein Stück von 600 Gramm in ihren Netzen, andere Stolpmünder Fischer ein solches von 2½ Pfund. In gewissen Abständen übersandten die Annahmestellen den Bernstein an die Staatlichen Bernsteinwerke in Königsberg (Preußische Bergwerks- und Hütten-AG, Zweigniederlassung Bernsteinwerke Königsberg i.Pr.) zur weiteren Verarbeitung.

Fundorte bis 27m unter der Erde

Es ist kaum bekannt, dass im Kreis Stolper der Bernstein in früheren Zeiten auch bergmännisch gewonnen wurde. Die hiesigen Bernstein führenden Schichten sind nur eine Fortsetzung der äußerst ergiebigen samländischen Schichten. Allerdings liegen die Schichten sehr tief, bis zu 27 Meter unter der Erdoberfläche. Schon um 1760 hatte der Stolper Kaufmann Spruth die Bernsteinausbeute der Stolper Kämmereigüter gepachtet und zwei Jahre lang – offenbar in den Lehmgruben der Ziegeleien – gute Funde gemacht. Um 1780 erhielt der Stolper Jude Liepmann gegen Zahlung von jährlich 50 Talern die Erlaubnis, in allen pommerischen Amtsbezirken nach Bernstein zu graben. Im Mützenow beschäftigte er zwischen 1782 und 1784 etwa 60 und zeitweise sogar 100 Arbeiter, die im ganzen für 1900 Taler Bernstein förderten. Schließlich ersoffen die Gruben durch Wassereinbruch, und Liepmann geriet in Konkurs. Das Unglück wirkte keineswegs abschreckend,



Im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald, Ausstellung zur Entstehung des Bernsteins, mit zahlreichen Schautafeln. www.pommersches-landesmuseum.de

denn ein anderer pachtete sofort das Recht, in der Stolper Umgebung nach Bernstein graben zu dürfen. Er hatte so reiche Ausbeute, dass er 1784 und 1785 für zusammen 8485 Taler Rohbernstein an die Stolper Bernsteinendreherzunft abliefern konnte. Im Jahre 1832 pachteten die Bernsteinendreher in Stolper vom Magistrat die Bernsteingräberei auf dem Kämmereigut Krussen. Es wurde unter sachkundiger Leitung vom Sommer 1832 bis zum Herbst 1833 fleißig gearbeitet. Doch nach

einem Anfangsergebnis von 2½ Pfund Bernstein im Werte von sechs Talern fand sich nichts mehr, so dass die Arbeiten eingestellt werden mussten.

Ende der Bernsteinendreherzunft

Im 19. Jahrhundert ging das Gewerbe der Bernsteinendreher immer mehr zurück. Die Zahl der Zunftmeister, die früher über 80 betragen hatte, verringerte sich allmählich auf zwei. Die Zunft wurde 1885 aufgelöst. Die anderen Bernsteinendreher-

Zünfte in Lübeck, Wismar, Kolberg, Köslin, Danzig, Elbing und Königsberg waren schon vorher eingegangen. Die Bernsteinverarbeitung wurde künftig fabrikmäßig betrieben. Der Begründer der wohl bedeutendsten Stolper Bernsteinwarenfirma war der 1785 in Stolper geborene Carl August Westphal. Er verschaffte seiner Firma einen guten Ruf und genoss auch als Stadtrat Ansehen. Nachfolger im Geschäft wurde sein 1821 in Stolper geborener Sohn Heinrich Wilhelm, unter dem das Unternehmen zur höchsten Blüte gelangte. Heinrich Wilhelm Westphal erwarb ein großes Vermögen und wurde zum Preußischen Kommerzienrat ernannt. Als Teilhaber traten 1884 seine Söhne Edmund und Paul in die Firma ein. Alleiniger Inhaber wurde 1899 Edmund Westphal, der 1901 seinen Sohn Walter als persönlich haftenden Gesellschafter in die Firma aufnahm.

Immer wieder Konkurrenzdruck

Die Konkurrenz zu Königsberg erreichte 1892 einen neuen Höhepunkt, als die Firma Stantien & Becker der Stolper Firma Westphal unter Missbrauch der Monopolstellung so gut wie keinen Bernstein mehr lieferte. Daraufhin gab Edmund Westphal eine Denkschrift heraus, in der er die Königsberger Firma anprangerte. „Unsere Arbeiter werden durch das Monopol zu Bettlern gemacht und müssen schließlich der Kommune zur Last fallen. Wo bleiben für die Arbeiter die Versprechungen und Wohltaten der Königlichen Regierung, die diese der arbeitenden Klasse angeeignet haben will?“ Und gezielt auf die Firma Stantien & Becker hieß es: „Die Firma Stantien & Becker hat durch Führung falscher Bücher und durch die zum Zwecke der Täuschung vorgenommene Verschleppung der sogenannten Spierentonnen, d. h. der zugleich zur Bestimmung der Grenzen des Pachtgebietes der Firma dienenden Schiffsfahrtszeichen, die Staatskasse erheblich geschädigt. Die königliche Regierung zu Königsberg hat zweifellos von jenen betrügerischen Handlungen der Firma Kenntnis gehabt; sie ist aber diesen Betrügereien nicht entgegengetreten.“ Es reihte sich Vorwurf an Vorwurf. Wegen dieser Denkschrift kam es 1896 zum Prozess wegen Beleidigung gegen das Handelsministerium und dessen Beamte so-

wie des Kommerzienrates Moritz Becker. 47 Zeugen hatte das Stolper Gericht geladen. Doch unter „stürmischem Beifall und Händeklatschen im Zuschauerraum“ wurde Westphal freigesprochen.

Zunächst Erfolge

Aus der Firma Westphal ist im Jahre 1909 die Firma Paul Barankewitz & Co hervorgegangen. Seit 1919 war Alleininhaber Paul Barankewitz. Die Firma bezog ihr Rohmaterial fast ausschließlich von den Staatlichen Bernsteinwerken in Königsberg. Die Käufe aus Bernsteinfunden der Provinz Pommern, meistens aus der Umgebung von Stolper, fielen bei der Umfrage des Betriebes kaum ins Gewicht. Die geschäftlichen Beziehungen erstreckten sich über den ganzen Erdball. Die Firma Barankewitz bestand noch etwa zwei Jahrzehnte, bis sie der Wirtschaftsnot zum Opfer fiel.

Im Jahre 1933 schrieb Eisermann über das Ende des Stolper Bernsteinengewerkes: „Zur Zeit gibt es nur noch einen einzigen Bernsteinendreher in Stolper, der in bescheidenstem Umfange Rohbernstein verarbeitet. Wenn er sich im nächsten Jahre nach 51jähriger Berufsausübung zur Ruhe setzt, hat ein jahrhundertealtes Gewerbe in Stolper – und wahrscheinlich in ganz Pommern – zu bestehen aufgehört.“

Karl-Heinz Pagel
Stolper Heimatkreise e.V.
www.stolper.de

Bernsteinbrosche, gepunzt mit SBM, gefertigt von der Bernsteinmanufaktur Königsberg, auf Sand aus Zoppot.



Sammlung und Foto: Brigitte Stramm

Dietlinde Bonnlander als eine Wandererin zwischen dem verlorenen Gestern und dem Heute – zum 90. Geburtstag



Foto: Privat

Am 15. Januar 2021 feierte die pommerische Malerin und Autorin Dietlinde Bonnlander ihren 90. Geburtstag. Sie ist Trägerin des pommerischen Kulturpreises 2002 und bekam 2012 die Verdienstmedaille des Landes Tirol, ihrer Wahlheimat, verliehen.

Dietlinde Bonnlander wurde im Januar 1931 in Cammin/Pommern geboren. Sie wuchs im Dorf Fritzow direkt an der Dievenow auf, wo ihr Vater Berthold Brauer Gutsinspektor war. 1945 ging sie mit ihrer Familie und dem ganzen Dorf auf die Flucht entlang der Ostseeküste und überlebte den fürchterlichen Angriff am 12. März 1945 auf Swinemünde nur um Haarsbreite. Besonders den grauenvollen Anblick von verwaisten und seelisch und

körperlich geschundenen Kindern sollte sie ihr Leben lang nicht vergessen.

Seit 1977 lebt sie in Tirol, seit 1983 widmet sich Bonnlander intensiv der Malerei. In zahlreichen Ausstellungen waren ihre farbintensiven, ausdrucksstarken Gemälde zu sehen, Höhepunkt war 2011 eine Einzelausstellung in der Kaiserlichen Hofburg in Innsbruck.

Malerin und Schriftstellerin

Mit dem literarischen Thema „Kinder im Krieg“ beschäftigt sie sich seit 2014 intensiv. Sie ist Teilnehmerin an großen Kulturevents, veranstaltet auch selbst Lesungen und kulturelle Lotterien. Selbstlos unterstützt sie die Aktion „Nachbar in Not“ des österreichischen ORF: [\[nachbarinnot.orf.at/\]\(https://www.nachbarinnot.orf.at/\) für Kinder aus den syrischen Kriegsgebieten. Romane, Kurzgeschichten und Gedichtbände zeigen Dietlinde Bonnlander als eine Wanderin zwischen dem verlorenen Gestern und dem Heute. 2018 öffnet sich Dietlinde Bonnlander einem neuen Genre: Ihr Fluchttagebuch, 1945 von der damals 14-jährigen geschrieben, und 1995 als Buch erschienen, wurde mit dem Film „Was bleibt ist die Erinnerung“ dokumentiert. An Originalschauplätzen des Trecks und im heimischen Imst gedreht, erzählt sie intensiv, detailgenau und ehrlich von der Flucht und dem Verlust ihre Heimat.](https://</p>
</div>
<div data-bbox=)

Auf Bonnlanders Homepage bietet sich die Möglichkeit, ihre Literatur, Ge-

dichtbände und Filme zu bestellen: <https://www.bonnlander.at>

Dietlinde Bonnlander beging ihren 90. Geburtstag im Kreise der engsten Freunde und Nachbarn in Imst/Österreich. Die Coronapandemie verhinderte leider eine Teilnahme ihrer norddeutschen Familie und weiterer Freunde. Die Jubiläumsausstellung „Dietlinde Bonnlander – Leben ist eine schöne Alternative“ in der Städtischen Galerie Theodor von Hörmann, Imst/A, wird nachgeholt.

Wer gratulieren möchte:
Dietlinde Bonnlander, Schustergasse 7, A-6460 Imst, Österreich, Tel.+43 (5412) 68709, office@bonnlander.at

„Möge Gott uns vor steigenden Zinsen bewahren“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Es ist die erste Ausgabe der PAZ, die ich in Händen halte, und die Titelspalte spricht mir aus vollem Herzen. Endlich objektiver Journalismus. Danke!“

Eberhard Meinrich
zur Ausgabe Nr. 1



Ausgabe Nr. 1

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an:
redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VIEL ZEIT ZUM LESEN

ZU: ODE AN DIE UN-FREUDE
(NR. 53)

Den Kultur-Jahresausblick fand ich ausgesprochen gelungen. Er kam systemkritisch und gleichermaßen aufmunternd herüber. Dadurch, dass Sie wöchentlich nur einmal herauskommen, gleicht die PAZ einem unterhaltsamen Buch. Mit enormer Themenvielfalt, gründlicher Recherche wie auch Auseinandersetzung mit nationalem und internationalem Politikgeschehen bringen Sie in dieser Mischung letztlich die Spannung für die Leser, die – so geht es mir – keinen Artikel verpassen möchten und manchmal mit dem Lesen zwischen Donnerstag und Donnerstag gar nicht nachkommen. Aber die uns mittlerweile schon über elf Monate „verordnete freie Zeit“ lässt das inzwischen zu. *Renate Völkel-Hanne, Sarstedt*

ZURÜCKHALTENDE WORTWAHL

ZU: DIE POLITISCHE QUACKSALBEREI GEHT UNVERMINDERT WEITER
(NR. 53)

Herrn Patzelt kann ich nur aus ganzem Herzen zustimmen. Dennoch ist eine kritische Anmerkung unvermeidlich: Er hält sich in seiner Wortwahl zu sehr zurück. Was die Politik der etablierten Parteien liefert, ist nicht nur Quacksalberei. Das ist verantwortungsloser Irrsinn.

Werner Reinhold, Portimao/Portugal

„LERNE, ARBEITE, STIRB“

ZU: DAS PRALLVOLLE GRUSEL-KABINETT DER PANDEMIE-PROPHETEN (NR. 53)

Der Beitrag ist eine scharfsinnige und düstere Analyse über das, was auf uns zukommen könnte. Im Frühjahr mussten die Regierungen bei unklarer Lage handeln und haben nicht alles falsch gemacht. Nun, mit dem neuen Lockdown, erwecken manche Dinge auch Misstrauen: Panik- und Scharfmacher gewinnen die

Oberhand, zur Freude von ideologischen und finanziellen Nutznießern und linken Medien mit ihrer Begleitpropaganda zum Infektionsschutzgesetz. Nicht nur manche Online-Händler können das Lied singen „Oh Freude über Freude“, sondern auch Investoren, die insolvente Läden und Gaststätten dann zum Spottpreis kaufen können.

Kritiker werden nicht gehört oder als Idioten bezeichnet, Bedenken von Verfassungsrechtlern ignoriert, Beamten, die an Querdenker-Demos teilnahmen, wurden Disziplinarverfahren angedroht („man darf seine Meinung sagen, aaaber...“). Der jeweils höchste Wert dient als Rechtfertigung für neue Beschränkungen: R-Wert, Inzidenzwert, verschiedene Fallzahlen, notfalls auch ausländische.

Karl Lauterbach fordert schon mal die Senkung des Inzidenzwertes von 50 auf 25 und bringt einen Lockdown fürs Klima ins Gespräch. Interessant: Bei einer Studie in der US-Army konnten Quarantäne und Kontaktbeschränkungen das Corona-Virus nicht am Ausbreiten hindern. Auffällig häufig richten sich die Verbote besonders gegen die Freizeit (Konzerte nur online, Gaststätten und botanische Gärten = Infektionsrisiko, überfüllte Schulbusse kein Problem). Ideale Untertanen sollen wohl arbeiten und dann gefälligst zu Hause bleiben. „Lerne, Arbeite, Stirb“ lautete vor Jahren eine bemerkenswerte Farbschmiere am Uni-Gebäude.

Dass es ein Unterschied ist, ob jemand an oder mit Corona stirbt, zeigt ein Blick auf das Herpes-Virus (HSV): Circa 90 Prozent der Bevölkerung hat es. HSV verursacht jährlich zirka 200 gefährliche Hirnentzündungen, Millionen Infizierte kommen aber mit gelegentlichen Lippenbläschen davon. Die jährliche Gesamtsterberate in Deutschland liegt bei zirka 900.000, also gibt es 800.000 Tote „mit“ dem Herpes-Virus.

Was passiert denn, wenn eine Seuche ausbrechen würde mit bis zu 100-mal höherer Letalität als Covid-19, Beispiel Pocken, Ebola, MERS. Wie sieht dann ein 100-mal härterer Lockdown aus?

Dieter Frank, Neustetten

WO BLEIBT DIE INFLATION?

ZU: DIE TRICKSEREI GEHT WEITER
(NR. 53)

Der Autor Müller-Michaelis zitiert Unmutsausbrüche wie „Schluss mit Negativzinsen!“ Dem Artikel ist zu entnehmen, dass die Europäische Zentralbank mit ihren Negativzinsen schuld am Wertverlust von Geldvermögen und an der Nichteinhaltung der Währungsstabilität und außerdem ihre Geldpolitik inflationär ist. Ich bin nicht dieser Meinung. Wenn es Positivzinsen gäbe, dann gäbe es auch Inflation und die Inflationsrate läge immer über dem Zinssatz. Ich habe noch nichts davon gemerkt, dass unsere Währung nicht stabil ist. Theoretisch ist die jetzige EZB-Geldpolitik inflationär. Aber die Inflation hat sich noch nicht eingestellt, außerdem ist eine geringe Inflation von der EZB gewünscht. Möge der liebe Gott uns vor steigenden Zinsen bewahren. Würden sie steigen, gingen viele Staaten pleite. *Gerhard Wagner, Ratingen*

MAASSENS KLARE KANTE

ZU: „SO ENTSTEHT TOTALITÄRES DENKEN“ (NR. 51/52)

Im PAZ-Interview geht Hans-Georg Maaßen dankenswerterweise unter anderem auf die Desinformation der Öffentlichkeit durch die Medien ein, weist auf die Unterwanderung von Strukturen hin und stellt die Bildung von Parallelgesellschaften durch Islamisten heraus, die durch die Zersetzung von Denkstrukturen gefördert werden soll.

Fast gleichzeitig ist in der in Zürich erscheinenden „Weltwoche“ vom 17.12.20 unter dem Titel „Islamismus, richtig bekämpft“ ein Artikel von Herrn Maaßen selbst erschienen, in dem er noch um einiges deutlicher wird. Er spricht ausdrücklich von einem Bekämpfen, mit dem man nicht nur den islamischen Terrorismus, sondern auch die beabsichtigte islamisch geprägte Gesellschaft verhindern sollte. Er stellt klar heraus, dass durch eine schleichende Unterwanderung ein fast

lautloser Kampf gegen die liberale Gesellschaft stattfindet. Als Methode erkennt er das schrittweise Verschieben der politisch-gesellschaftlichen Koordinaten, indem verdeckt mit einem moderaten Anschein muslimische Ansichten und Forderungen als legitim dargestellt werden.

Maaßen fordert, dass man derartigen Bestrebungen gegenüber eine klare Kante zeigen solle. Ich kann mich dieser Ansicht nur anschließen.

Hermann Schubart, Marburg

BAERBOCK ZUM GÄRTNER

ZU: GRÜNE VERWAHRLOSUNG
(NR. 51/52)“

Es ist wahr, was der Autor (über grüne Klimaziele, d. Red.) schreibt, und es kann nicht laut und oft genug gesagt werden.

Nur: Wo sind denn die klugen Soziologen, die die dummen Forderungen der Grünen darstellen? Denn die Schönredner sind heute „in“. Welche Naturschützer widersprechen dem Blödsinn mit noch mehr Windmasten, dafür noch weniger Wald? Wie reagiert denn unsere Ministerin für Landwirtschaft auf die zwei Kühe? Zuckt sie lax die Schultern und sagt: Dann importieren wir halt noch mehr und machen wir uns, bitte, noch abhängiger vom freundlichen Ausland, während gleichzeitig durch Immigration die Bevölkerung zunimmt und es deshalb auch weniger Steuereinnahmen, aber mehr Sozialausgaben gibt?

Aber Frau Baerbock spricht in die richtige Richtung. Sie hat ja große Unterstützung bekommen: Eine Klage von Heranwachsenden vor einem Europäischen Gerichtshof will erreichen, dass die sogenannten Klimaziele noch schneller erreicht werden sollen. Von diesen Heranwachsenden, noch Kinder im Kopf, habe ich noch nie sagen gehört: „Nein, ich brauche kein Smartphone, das Festnetztelefon zu Hause reicht mir.“

Mit Baerbock haben wir jemanden, die den Bock zum Gärtner macht; sie bindet uns doch ständig irgendeinen Bären auf.

Markwart Cochius, Chemnitz

ANZEIGE

Was 2020 nicht in der Zeitung stand

■ Noch nie war es so wichtig, spannend und aufwühlend wie heute: **verheimlicht – vertuscht – vergessen!** Mit seinem scharfen journalistischen Skalpell sezert Gerhard Wisnewski das historische Jahr 2020, in dem mafiöse Eliten versuchen, das Schicksal der Menschheit auf den Kopf zu stellen und den Globus einem totalitären Corona-Regime zu unterwerfen: Wurde die Corona-Pandemie geplant? Warum sind alle Corona-Maßnahmen so widersprüchlich? Ist der bayerische Ministerpräsident Markus Söder korrupt? Natürlich spielt die sogenannte Corona-Pandemie in diesem Jahrbuch zwangsläufig eine Hauptrolle, denn schließlich handelt es sich dabei um ein epochemachendes Ereignis: Mit der Corona-Pandemie wurden für die Menschheit die Weichen in eine dunkle Zukunft gestellt. Alle Länder der Welt handelten wie gleichgeschaltet und folgten einer globalen Befehlsstruktur. Wer steuert diese Befehlsstruktur? Wer hat auf dem Globus das Sagen, und wo soll das alles enden?

Aber natürlich gab es auch noch etwas anderes als Corona:

Wird Australien durch die Buschfeuer unbewohnbar? War der Hanau-Anschlag in Wirklichkeit ein Bandenkrieg? Wurde der Schwarze George Floyd tatsächlich ermordet? Haben tatsächlich die Weißen die Sklaverei erfunden? Wurde der Reichstag wirklich gestürmt? Wie und warum starben plötzlich zwei Mitglieder der Familie Kennedy?

Dieses Buch beginnt dort, wo **herkömmliche Jahresrückblicke enden**: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. Erfolgsautor und Enthüllungsjournalist Gerhard Wisnewski zeigt, was hinter den Schlagzeilen aus Presse, Funk und Fernsehen steckt: Wer setzt die Nachrichten, für die wir uns interessieren sollen, in die Welt? Welche Interessen werden mit dem Lancieren bestimmter Themen verfolgt? Warum verschwinden manche Ereignisse so schnell aus der Berichterstattung?

Begleiten Sie den Autor bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2020.

Gerhard Wisnewski:
verheimlicht – vertuscht – vergessen 2021
gebunden • 288 Seiten • zahlr. Abb.
Best.-Nr. 967 000 • 14,99 €



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

FÜRSTENBERG AN DER HAVEL

Wasserstadt inmitten der Provinz

Mancherorts lässt sich noch ungestört dem Lockdown entfliehen – Touren rund um ein Idyll im Norden Brandenburgs

VON BETTINA MÜLLER

Der Mann in der Bahnhofskneipe schwankt bereits und sollte besser nach Hause gehen. Doch schon am nächsten Tag wird er erneut gesichtet, als er sein Saufgelage fortsetzt. Vermutlich hat er in diesem Zustand keinen Blick mehr für die Schönheiten seines Wohnorts, des heute zu Brandenburg gehörende Fürstenberg an der Havel. Der 1278 erstmals als „Siedlung an einer Burg“ erwähnte, einstige mecklenburgische Ort, auf halber Strecke von Berlin und Neubrandenburg gelegen, darf sich heute als einzige Stadt Deutschlands „Wasserstadt“ nennen.

Dem flüssigen Nass kann sich hier niemand entziehen. Der Innenstadtkern wird von drei Seen eingekeilt, und das Stadtgebiet an mehreren Stellen von der Havel durchströmt. Menschen stehen an der Schleuse am südlichen Ortseingang und begutachten das übliche Spiel, wie die Freizeitkapitäne sich nur langsam durch die Schleuse kämpfen. Oft stauen sich bei strahlendem Sonnenschein die Boote und die Reisenden machen es sich zunächst geduldig auf Deck gemütlich. Ist das zunächst noch sehr idyllisch, macht die Brandenburgerstraße die bis dato angenehme Atmosphäre nun jäh zunichte.

Die umstrittene B 96 ist unschöner Henker der Harmonie, denn sie zerschneidet die Stadt und macht es dem Fußgänger selten leicht, tief durchatmend vorwärts zu kommen. Lastwagen brettern hindurch, die Luft ist von Benzin geschwängert. Vorbei geht es daher zügig an dem Haus in der Brandenburger Straße 36, in dem der Altertumsforscher und Troja-Entdecker Heinrich Schliemann von 1836 bis 1841 als Kaufmannslehrling gelebt hat. Schnell ist man dann am Markt, an dem einige Verkaufsstände mit regio-



Entspannte Unterhaltung auch in der kalten Jahreszeit: Fürstenberg an der Havel ist gleich von drei Seen umgeben

Foto: pa

nalen Produkten locken. Überwacht wird das Ganze von der evangelischen Stadtkirche, die schon von Weitem als Orientierungshilfe dient. Vor 175 Jahren begann der Bau des vom Schinkel-Schüler Friedrich Wilhelm Buttel entworfenen Gotteshauses, der drei Jahre später beendet war.

Am Schloss nagt der Zahn der Zeit

Nach der Vereinigung sollte der Ort möglichst schnell von den Spuren seiner DDR-Vergangenheit entrümpelt werden, um vor allem für potentielle Touristen jene goldenen Zeiten aufleben zu lassen, als

die Stadt einst als Luftkurort entdeckt wurde. Der Bau des Elbe-Havel-Kanals 1837 und die Konzession für den Bau einer Eisenbahnstrecke von Berlin über Neustrelitz nach Stralsund Ende 1871 hatte in der Folge Handel und Wirtschaft erblühen lassen. Wohlhabende Berliner bauten sich eine Ferienvilla in der Wallstraße.

Doch das alte Fürstenberg sollte erneut – weiß getüncht – zahlungskräftigen Touristen präsentiert werden, 1991 wurde die Stadt in das Städtebauförderprogramm des Bundes aufgenommen. Vielleicht ein Fass ohne Boden, denn es

scheint eine leichte Stagnation eingetreten zu sein. Während die Villen in der Wallstraße tatsächlich vor sich hin prunken, und sich zum Beispiel auch der Marktplatz sehen lassen kann, sieht das barocke Schloss Fürstenberg, stadtauswärts in Richtung Norden gelegen, eigentlich immer noch genau so aus wie vor drei Jahren. Damals schützte ein großer Zaun das leer stehende Bauwerk, das locker ein Prestigeobjekt sein könnte, vor unerwünschten Besuchern.

Ein wenig wurde in der Zwischenzeit mit dem Farbeimer hantiert, dann ließ

man ihn wieder fallen. Getan hat sich nichts und was man eigentlich damit vorhat, erschließt sich dem Besucher nicht. Im Dezember 2020 ist das Objekt schließlich an eine Grundstücksentwicklungsgesellschaft verkauft worden.

Ein dunkles Kapitel aufgeschlagen

Die einschlägigen Spuren der Vergangenheit sind hartnäckig, so schnell wollen sie nicht weichen, sie mahnen und erinnern. Auf dem beliebten Radfernweg Berlin-Kopenhagen in Richtung Steinförde dauert es nicht lange und auf der ersten Ruine im Wald, die vermutlich Teil eines DDR-Ferienlagers war, sind Hammer und Sichel im Gemäuer zu erkennen. Steigt man am Bahnhof aus, so ist das Mahnmal für die sowjetischen Gefallenen des Zweiten Weltkriegs unübersehbar.

Auch am dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte führt in Fürstenberg kein Weg vorbei: einem Ort des Grauens mit gespenstischer Atmosphäre. 1939 ließ die SS am östlichen Ufer des Schwedtsees das größte deutsche Frauenkonzentrationslager errichten, das am 30. April 1945 von der Sowjetarmee erobert wurde, deren verlassenen Villen andernorts in der Stadt vor sich hin modern. Das Areal ist heute eine Mahn- und Gedenkstätte. Auf der Fahrradstraße gelangt man schließlich nach Himmelfort und nun wird es endlich heiterer. Kinder aus aller Welt dürfen dem dort ansässigen Weihnachtsmann brieflich ihre Wünsche mitteilen.

Fürstenberg ist ein Ort, in dem die Geister der Vergangenheit noch heute deutlich spürbar sind. Drei Jahrzehnte konnten sie nicht austreiben. Aber gerade das verleiht der Stadt stellenweise auch einen gewissen Charme. Freizeitkapitäne, Radfahrer, Wanderer und Schwimmer, aber auch Historiker und (N)Ostalger sind dort gut aufgehoben.

SIERRA LEONE

Alles im Sack

Ein Künstlerpaar aus Schleswig-Holstein sorgt mit „Lionbags“ für Arbeit in Westafrika und will damit den Migrantenstrom stoppen

Wenn Marion von Oppeln an der Nähmaschine sitzt, entstehen keine Tischdecken für den eigenen Bedarf, sondern neue Schnittmuster für die Produktion im westafrikanischen Sierra Leone. Die 50-jährige Designerin vertreibt mit ihrem Ehemann Lars Bessel sogenannte „Lionbags“, „Löwentaschen“ aus gebrauchten Zementsäcken kombiniert mit farbenfrohen afrikanischen Stoffen.

Die Idee kam den beiden Schleswig-Holsteinern 2017, als sie das erste Mal für ein gemeinsames Buchprojekt nach Sierra Leone reisten. Während der Recherche stieß das Ehepaar auf eine kleine Berufsschule in Kamakwie im Norden des westafrikanischen Landes. Im ersten Schritt gründeten die beiden einen Förderverein in Deutschland mit dem Namen „Mahmoo e.V.“, der seitdem vor allem Schülerstipendien finanziert.

Doch eine Berufsausbildung bedeutet dort noch lange keinen Job. „Es gibt keine Firmen oder gar Fabriken und selbst eine mechanische Nähmaschine aus China für 150 Euro ist quasi unbezahlbar“, so Bessel, „für viele Mädchen bedeutet das den Weg in die Prostitution – und für viele Jungs den nach Europa.“

Die Lösung hatte Marion von Oppeln und sie trägt den Namen „Lionbags“. Die Taschen sind eigentlich Säcke der Firma „Leocem“, ein Tochterunternehmen des

deutschen Baustoffriesen „Heidelberg Cement“. Die leeren Säcke aus gewobenen Kunststofffasern mit dem schicken Löwenkopf darauf werden auf den Baustellen meist achtlos in der Umwelt entsorgt oder kurzerhand verbrannt. Mit etwas farbenfrohem afrikanischem Stoff können sie aber zu belastbaren Tragetaschen umgearbeitet werden.

Das Design stammt von der hauptberuflichen Grafikerin und Illustratorin von Oppeln, umgesetzt wird es von

jenen jungen Näherinnen in Sierra Leone, die gerade die Berufsschule absolviert haben. „Auf diese Weise schaffen wir nicht nur gut bezahlte Jobs und bekämpfen Fluchtursachen, sondern verwerten auch noch jede Menge Plastikmüll und schützen die Umwelt“, so von Oppeln.

Trotz intensiver Reinigung der gebrauchten Zementsäcke bleibt immer ein kleiner Rest an Zementkrümeln zwischen den Lagen des Sacks hängen. Daraus macht von Oppeln ein Markenzeichen:



Très chic: Einheimische Frauen mit modischen Lionbags

„Nur echt mit dem Rieselound.“ Die Schneiderinnen dürfen nach Schulschluss die Nähmaschinen der Berufsschule nutzen und können sich so ohne Startkapital ein Jahr lang das Geld für eine eigene Maschine erarbeiten, während sie gleichzeitig schon Lohn mit nach Hause bringen.

Müllsäcke für eine bessere Zukunft

Die afrikanischen Stoffe für das Futter, die Trageschlaufen und eine Borte stammen von örtlichen Händlern, die diese meist aus Nigeria oder Ghana importieren. Es war seit dem vergangenen Herbst viel Überzeugungsarbeit nötig, bis aus dem Plastikmüll Tragetaschen wurden, die deutschen Qualitätsstandards genügen.

Von Oppeln kennt da kein Pardon: „Der Sack ist Müll, alles andere muss perfekt sein.“ Schließlich gehe es hier nicht darum, Spenden zu sammeln, sondern mit guter Arbeit den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen – selbstbewusst und unabhängig.

Im Büro ihres Mannes hängen Fotos an den Wänden, die den 50-jährigen Filmemacher im westafrikanischen Busch zeigen, umringt von vielen schwarzen Kindern. „Ich möchte, dass diese Jugendlichen später eine Zukunft im eigenen Land haben und nicht nach Europa fliehen müssen“, sagt er. Bessel leitete 2015 in Itzehoe ein Aufnahmelaager mit mehr als

1000 Immigranten. „Wir müssen uns um die Fluchtursachen kümmern“, sagt er.

Inzwischen verkaufen die beiden Initiatoren die Taschen über das Internet. Auf der Seite www.lionbag.de können Interessierte die „Lionbags“ für 19,50 Euro bestellen. Vom Verkaufspreis gehen 25 Prozent nach Sierra Leone. „Das ist viel Geld“, macht Bessel deutlich. Allein zwei Euro bekomme jede Schneiderin pro Tasche, „das ist das Doppelte des dort üblichen Tageseinkommens.“ Ansonsten muss der Stoff gekauft werden, und auch die Schule bekommt etwas ab für die Nutzung der Infrastruktur. Den größten finanziellen Batzen machen am Ende jedoch der Transport, Steuern, Zoll und weitere Gebühren aus.

Die beiden Unternehmen sagen aber auch deutlich, dass sie ihre eigene Arbeitszeit ebenfalls einkalkuliert haben. Bessel: „Langfristig kann Entwicklungs-Zusammenarbeit nur funktionieren, wenn es für beide Seiten ein Geschäft ist.“ Damit dieses Geschäft weiterwächst, sitzt von Oppeln an ihrer Nähmaschine und entwirft neue Schnittmuster. „Unter anderem sind Küchenschürzen in Vorbereitung und eine Damenhandtasche.“ Wegen den Reiseeinschränkungen konnten sie 2020 keine Inspirationen vor Ort empfangen. Bis man wieder alles im Sack hat, wird wohl einige Zeit vergehen. *Andreas Guballa*

● FÜR SIE GELESEN

Ein Mann der ersten Stunde

In seinem aktuellen Buch „Im Wandel der Zeiten“ erzählt Markus Meckel, der Außenminister der untergegangenen DDR war, seine „ganz persönliche Geschichte“. Er wollte trotz aller Distanz zum SED-System stets in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) verbleiben, aber „etwas verändern“.

Als er 1982 eine Pfarrstelle in Vipperow (Mecklenburg) erhielt, entstand dort ein erster Friedenskreis, der sich mit der Aufrüstung in Ost und West beschäftigte und an dem trotz Missbilligung der Amtskirche auch Nicht-Christen teilnahmen. Überall bildeten sich ähnliche Netze.

Etwas in der DDR verändern

Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR-Gründung, kam es in Schwarte zur Gründung der SDP, der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Laut Meckels Rede sollte sie ein Zeichen des Anfangs einer wirklichen Demokratie sein.

Die Haltung der westdeutschen SPD war ablehnend. Dass deren Vorsitzender Hans-Joachim Vogel sie nicht mit „Genosse“ anredete, sondern nur mit „Freunde“ (wie bei ausländischen Sozialdemokraten) und bis zuletzt gegen eine Wiedervereinigung war, verschweigt Meckel in seinem Buch.

Er war gegen einen bloßen Beitrag zur Bundesrepublik Deutschland, doch sein Ziel nach einer gesamtdeutschen Verfassung scheiterte. Als Grund für die Schwäche der SDP bei den Wahlen im März 1990 sieht er die SPD-Politik, die sich „nur sehr begrenzt um den Osten des eigenen Landes gekümmert hat“.

Begrenzter Einfluss

Unter der neuen Regierung mit Lothar de Maizière als Ministerpräsident wurde Meckel zwar Außenminister, doch sah er seinen Einfluss begrenzt. Seinem Eindruck nach verhandelte Bonn ohne die DDR-Regierung mit Moskau, jene verlor an Gestaltungsmöglichkeiten, man interessierte sich nicht für sie. „Hier feiert sich eine Bundesregierung, als hätte sie die Einheit gemacht, als wäre sie nicht Ergebnis von Verhandlungen der beiden Teile.“ Umso aufschlussreicher für den Leser ist Meckels Blick hinter die Kulissen der Zwei-plus-Vier-Gespräche und auf den Einigungsvertrag.

Vertrauen gewinnen

Man müsse, so betonte Meckel noch vor wenigen Jahren, „den Ostdeutschen vermitteln, im vereinten Deutschland anerkannt und angekommen zu sein“.

Diese Probleme aber seien weder wirtschaftlich noch im Bewusstsein der Mitteldeutschen gelöst. Wohl mit gewisser Verbitterung schreibt er abschließend: „Nur eine Politik, die wirklich Problemlösungen anbietet, wird wieder das Vertrauen der Menschen gewinnen können. Man sollte sein Buch nachdenklich lesen.“

Friedrich-Wilhelm Schломann



Markus Meckel: „Zu wandeln die Zeiten“, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2020, gebunden, 492 Seiten, 29,80 Euro

BILDBAND DER WOCHE

Lemberg – Stadt der Inspiration

Geprägt von Renaissance, Barock, Klassizismus und Jugendstil lädt der „Klein-Wien“ genannte Schmelztiegel europäischer Kulturen zu einer Reise ein

FOTO: SHUTTERSTOCK



Tor zum Westen Der Sachbuchautor Thomas Schaufuß stellt in einem äußerst ansprechenden Bildband die westukrainische Stadt Lemberg [Lviv] mit ihrer wechselvollen Geschichte, ihrer reizvollen Lage und harmonischen Architektur vor. Die in den Westen strebende Stadt war einst

Schmelztiegel verschiedener Kulturen. Sie hat auch heute noch viel zu bieten: Neben Menschen und Sehenswürdigkeiten beschreibt der Autor bewährte Traditionen sowie das kulturelle Leben, und als begeisterter Koch stellt er eine Vielzahl typischer Rezepte zum Nachkochen vor. **MRK**

Thomas Schaufuß: „Lemberg. Porträt und Lebensart einer faszinierenden, zauberhaften Stadt“, Verlag Janos Stekovics, Wettin-Löbejün 2020, gebunden, 172 Seiten, 24,80 Euro

KLASSIK

„Ohne Beethoven geht es nicht“

Der Star-Dirigent Christian Thielemann beschreibt auf persönlich-subjektive Weise seine Beziehung zu dem berühmten Komponisten

VON DIRK KLOSE

Das Beethovenjahr ist zu Ende, und viele Konzerte sind Corona-bedingt ausgefallen. Das lässt sich verschmerzen, weil ja gerade Beethoven immer wieder aufgeführt wird.

Christian Thielemann ist derzeit fast der einzige deutsche Dirigent von internationalem Renommee. Sah man ihn lange überwiegend als exzellenten Wagner- und Strauß-Dirigenten, so hat er sich längst das ganze klassische Repertoire erarbeitet. Zwei viel gerühmte Beethoven-Zyklen in Wien und Dresden sind als prägende Erfahrungen in diese „Reise zu Beethoven“ eingegangen. Das Buch fußt auf langen Gesprächen mit der Musikjournalistin Christine Lemke-Matwey, die auch die Redaktion besorgte.

„Meine Reise“ sagt Thielemann, und so ist es ein sehr persönliches, subjektives Buch, das aber wegen der immensen Erfahrung aus vier Jahrzehnten als Dirigent in seinen Aussagen fast immer überzeugt oder zu anregender Gegenmeinung herausfordert. „Ein Leben ohne Beethoven kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen“, sagt er. Wie eine viersätzig (Beethoven-)Sinfonie baut er das Buch auf: Vier Abschnitte gelten den Sinfonien (1 bis 3, 4 und 5, 6 und 7 sowie 8 und 9 plus Missa Solemnis). Eingeschoben sind Kapitel, in denen Thielemann darüber nachdenkt, wie Beethoven zu dirigieren sei, welche befreienden oder belastenden Erfahrungen er dabei machte, welche historischen Vorbilder ihn zeitlebens begleitet haben, wel-

che Notentexte er bevorzugt und ob die viel gerühmte historische Aufführungspraxis wirklich das Nonplusultra sei. Er plädiert dafür, nicht immer nur die Eroica (Nr. 3), die fünfte und siebte Sinfonie zu nennen, sondern auch die „geraden“ Werke. Er misst ihnen den gleichen Rang zu, und in seiner Darstellung zeigt er sich von der „kleinen“ Achten geradezu begeistert. Die stimmungsvolle „Pastorale“ (Nr. 6) ist liebevoll dargestellt.

Der Stil ist gut verständlich. „Die Fünfte ist die Fünfte, die bretttert durch“, „die Siebte ist wie besoffen von sich selbst“, „die Neunte hat jede Menge Tschingderasabum im Finale“, „Beethoven hatte eine furchtbare Sauklaue“. Das ist ja nicht falsch, aber etwas dezenter könnte man es doch ausdrücken.

Insgesamt ist es ein sehr anregendes, gerade im subjektiven Urteil höchst informatives, den Leser mitnehmendes Buch. Es setzt gewisse Kenntnisse der Musik Beethovens und überhaupt eine Emphase für das klassische Musikgeschehen der letzten Jahrzehnte voraus. „Ohne Beethoven geht es nicht“, heißt es gleich zu Beginn. Gut vorstellbar, dass manche Leser nach der Lektüre ähnlich denken.



Christian Thielemann: „Meine Reise zu Beethoven“, C.H.Beck Verlag, München 2020, gebunden, 272 Seiten, 22 Euro

PARALLELGESELLSCHAFT

Unter Drogen- und Waffenhändlern

Autoren-Trio des „Spiegel“ hat sich mit einem V-Mann des Verfassungsschutzes unterhalten, der selbst dem kriminellen Clanmilieu entstammt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Murat Cem ist der Tarnname des vermutlich wichtigsten Polizeispitzels in der Geschichte der Bundesrepublik. Den Lebensweg dieser sogenannten Vertrauensperson der Sicherheitsbehörden zeichnen die „Spiegel“-Journalisten Jörg Diehl, Roman Lehberger und Fidelius Schmid in ihrem Buch „Undercover. Ein V-Mann packt aus“ nach.

Der wohl bis heute nicht eingebürgerte Sohn türkischer Einwanderer ging niemals längere Zeit einer normalen Arbeit nach. Er verdiente sein Geld über 20 Jahre lang damit, dass er sich das Vertrauen von Drogen- und Waffenhändlern, Banknotenfälschern und Mördern oder radikalen Moslems erschlich und diese bei passender Gelegenheit auffliegen ließ. Angeblich hätte er auch seine prominenteste Zielperson Anis Amri, den Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, im Vorfeld des Terroranschlags stoppen können, aber das soll an der Inkompetenz der Behörden gescheitert sein.

Das Autorentrio zeigt viel Verständnis für den gar nicht so kleinen Kriminellen „Cem“, der nur zum V-Mann wurde, um einer empfindlichen Haftstrafe wegen Drogenhandels zu entgehen. Damit dürfte es alleine auf weiter Flur stehen, denn „Cem“ ist kein Sympathieträger – ganz gleich wie viele noch üblere Existenzen er ins Gefängnis gebracht hat. Und es liegt auch im Bereich des Möglichen, dass der Zuträger, welcher immerhin zwei Jahrzehnte Zeit hatte, sich im Lügen und Ver-

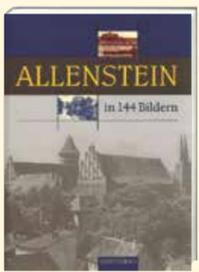
stellen zu üben, den „Spiegel“-Journalisten ein X für ein U vormachte und sie mit allerlei Falschinformationen fütterte. Überprüfbar sind letztlich nur sehr wenige seiner Aussagen.

Die Schilderung der angeblichen Einsätze „Cems“ kommt über weite Strecken arg monoton daher, denn meist geht es um Drogen und kriminelle Elemente mit Immigrationshintergrund. Irgendwann hat man als Leser einfach genug von beidem. Dazu kommt der Stil des Buches: Das Stakato kurzer Sätze, die von ebenso knappen floskellastigen Dialogen unterbrochen werden, ist ermüdend und erweckt den Eindruck, als hätten die Verfasser ihr Werk in „einfacher Sprache“ verfertigen wollen.

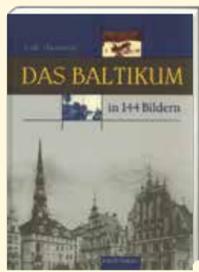
Auf der Habenseite steht die recht authentische Darstellung des turko-arabischen Migrantenmilieus, welche – egal, ob man „Cem“ nun im Detail glaubt oder nicht – zum Nachdenken darüber anregt, wieso unser Staat die Entstehung derartiger Parallelwelten duldet und keine wirklichen Anstrengungen unternimmt, um den immer größer werdenden kriminellen und radikalislamischen Sumpf auszutrocknen. Aber das war wohl kaum die Intention der drei Edelfedern vom „Spiegel“.



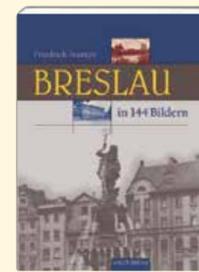
Jörg Diehl/Roman Lehberger/Fidelius Schmid: „Undercover. Ein V-Mann packt aus“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2020, gebunden, 320 Seiten, 20 Euro



Allenstein
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Allenstein
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1409 12,95 €



Das Baltikum
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 6300 12,95 €



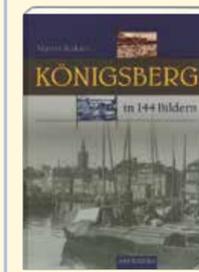
Breslau
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4400 12,95 €



Danzig
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 2400 12,95 €



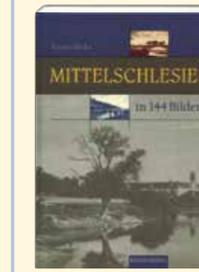
Das Ermland
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1406 12,95 €



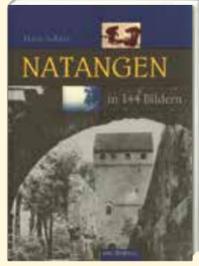
Königsberg
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Königsberg
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1400 12,95 €



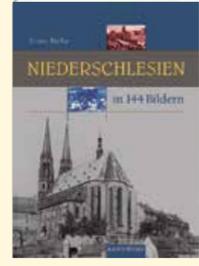
Von Memel bis Trakehnen
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1404 12,95 €



Mittelschlesien
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4402 12,95 €



Natangen
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Natangen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1407 12,95 €



Niederschlesien
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4403 12,95 €



Das Oberland
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über das Oberland
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1401 12,95 €



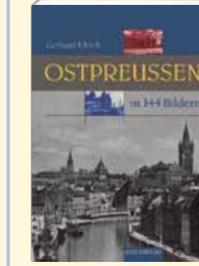
Oberschlesien
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4401 12,95 €



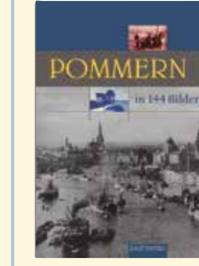
Ostbrandenburg
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3402 12,95 €



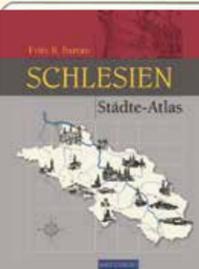
Ostpommerns Küste
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3401 12,95 €



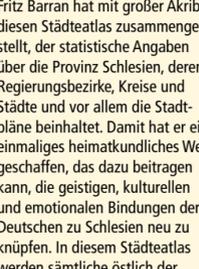
Ostpreußen
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Ostpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1408 12,95 €



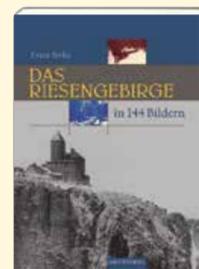
Pommern
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3403 12,95 €



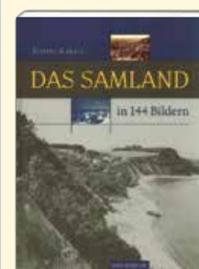
Schlesien Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne schlesischer Städte von Auras bis Zülz
360 Seiten/Gebunden
Nr. P 4021 29,95 €



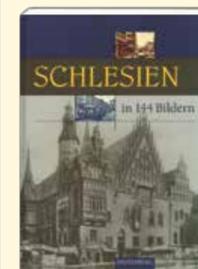
Das Riesengebirge
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4404 12,95 €



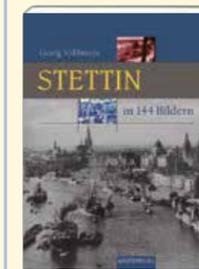
Das Samland
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1405 12,95 €



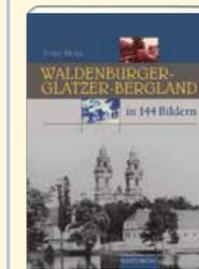
Schlesien
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
Gebunden
80 Seiten
Nr. P 4407 12,95 €



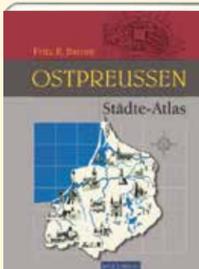
Stettin
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3400 12,95 €



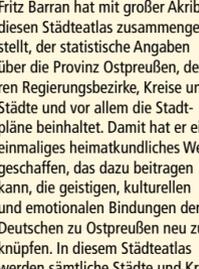
Waldenburger-Glatzer-Bergland
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4005 12,95 €



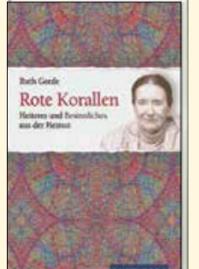
Westpreußen
in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Westpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 2401 12,95 €



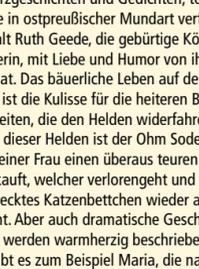
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Altdamm bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €



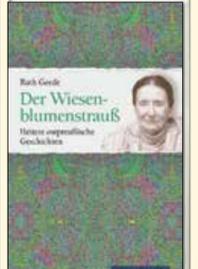
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
176 Seiten
Gebunden
Nr. P 533193 12,95 €



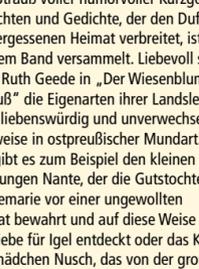
Ostbrandenburg Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostbrandenburgischer Städte von Arnswalde bis Züllichau
144 Seiten/Gebunden
Nr. P 3022 19,95 €



Die Magd des jungen Doskocil
Roman
184 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533197 14,95 €



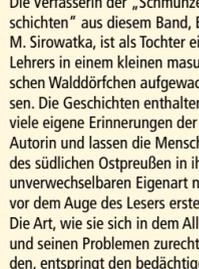
Die Majorin
Roman
192 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533198 14,95 €



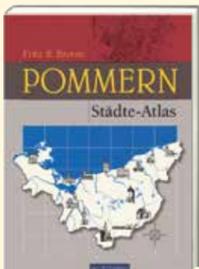
Frühstück mit Herrn Schulrat
Heitere Erzählungen
Schmunzelgeschichten aus Masuren mit Scherenschnitten
152 Seiten/Gebunden
Nr. P 1357 4,95 €



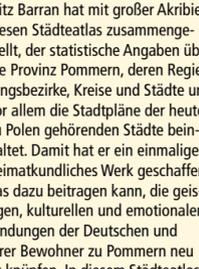
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
176 Seiten
Gebunden
Nr. P 533193 12,95 €



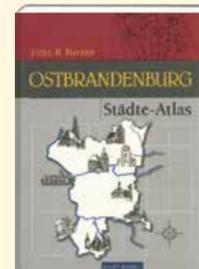
Der Wiesenblumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
176 Seiten/Gebunden
Nr. P 533191 12,95 €



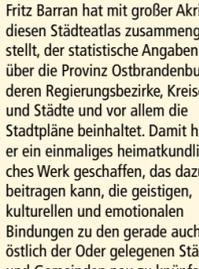
Pommern Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne pommerscher Städte von Altdamm bis Zanow
208 Seiten/Gebunden
Nr. P 3019 24,95 €



Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien
Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 CD 12,95 €



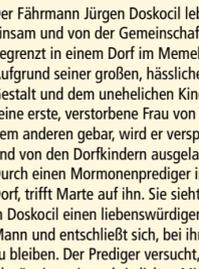
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien
Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 CD 12,95 €



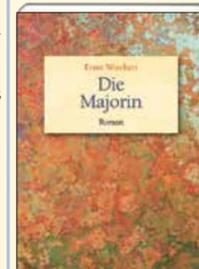
Die Magd des jungen Doskocil
Roman
184 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533197 14,95 €



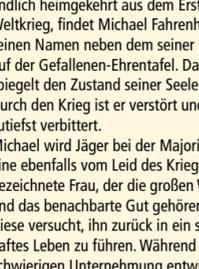
Die Majorin
Roman
192 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533198 14,95 €



Frühstück mit Herrn Schulrat
Heitere Erzählungen
Schmunzelgeschichten aus Masuren mit Scherenschnitten
152 Seiten/Gebunden
Nr. P 1357 4,95 €



Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
176 Seiten
Gebunden
Nr. P 533193 12,95 €



Der Wiesenblumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
176 Seiten/Gebunden
Nr. P 533191 12,95 €



Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien
Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 CD 12,95 €



Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien
Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 CD 12,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Nicht für alle ist mit „Corona“ zwangsläufig der Begriff „Krise“ verbunden. So etwa für die „Florida Entertainment GmbH“. Begründet wurde die Firma von den Moderatoren Joachim Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf, bekannt aus dem „Comedy“-Bereich als Duo „Joko und Klaas“. Im Auftrag der Bundesregierung produzierte „Florida Entertainment“ die Videos für die im November präsentierte Kampagne „#besonderehelden“. Unter dem Motto „Zusammen gegen Corona“ erfolgt die Aufforderung: „Werde auch Du zum Helden und bleib zu Hause.“ Gezeigt werden ältere Menschen einer späteren Zeit, die sich an den Winter 2020 „erinnern“. Sie feiern ihr „damaliges“ Faulsein als Heldentat. Vielfach wurde das Ganze als peinlich und anmaßend („Unsere Front war die Couch“) bewertet. Für „#besonderehelden“ griff die Regierung tief in die Tasche der Steuerzahler. Wie jetzt eine Anfrage der FDP-Fraktion ergab, kostete die Produktion mehr als 300.000 Euro, die Bewerbung noch einmal mehr als 1,7 Millionen. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Cora Stephan rückt bei „Tichys Einblick“ (12. Januar) den Blick auf die Geschichte der USA etwas zurecht:

„Gewiss hat das weiße Amerika einst von Sklaverei profitiert – doch man hat sie dort weder erfunden noch betrieben. Versklavt wurden Afrikaner in blutigen Stammesfehden von Afrikanern, den Handel übernahmen überwiegend Araber und die Abschaffung der Sklaverei oblag dem Westen, während sie in afrikanischen Ländern noch lange aufrechterhalten wurde. Denn das genau ist die Stärke des ‚weißen‘ Europa: die Fähigkeit zur Selbstkritik.“

Matthias Hochstätter hat genug davon, dass die Politik die Verantwortung ständig auf die Bürger abwälzt, statt endlich ihre Aufgaben zu erfüllen, wie er auf „Focus online“ (15. Januar) fordert:

„Die Kommunikationsstrategie aus Zuckerbrot und Peitsche hat ausgedient. Der Staat muss jetzt liefern. Wo sind die Schnelltests für Alten- und Pflegeheime? Wo die Impfstoffe? Wo die FFP2-Masken? Wo bleiben die versprochenen Corona-Hilfsgelder für November und Dezember? Wo die digitale Ausstattung für den Distanzunterricht an Schulen? Eine Politik der Drohungen und leeren Versprechungen ist nicht mehr ernst zu nehmen.“

Hubert Spiegel stellt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (13. Januar) eine brisante Frage:

„Könnte es sein, dass es unter den Impfgegnern Menschen gibt, die den eigenen Körper als letztes Refugium ihrer persönlichen Souveränität betrachten?“

Matthias Iken nennt Deutschland im „Hamburger Abendblatt“ (16. Januar) ein „Land ohne Erzählung“ und beklagt das Verhältnis vieler Deutscher zu ihrer Nation:

„Wir hadern so mit uns selbst, dass schon das Wort deutsch unter Generalverdacht fällt. Selbst Kanzlerin Angela Merkel spricht statt von Deutschen lieber von ‚Menschen, die schon länger hier leben‘. Ein solcher Blödsinn wäre Gerhard Schröder oder Joschka Fischer nie über die Lippen gekommen.“

Roger Köppel nimmt in der „Weltwoche“ (13. Januar) Donald Trumps mittlerweile legendäre Rede unter die Lupe, die angeblich den Sturm aufs Kapitol ausgelöst haben soll:

„Trump's angebliche Hass- und Hetzrede vom Mittwoch, gleichsam die Tatwaffe, wird gar nicht zitiert. Sie wird nur interpretiert. Das hat einen triftigen Grund: Man findet keine Sätze darin, in denen Trump zu Gewalt oder Rechtsbruch anstiftet. Im Gegenteil.“

● WORT DER WOCHE

„Es scheint, je mehr Fehler er und seine Mitarbeiter machen, umso mehr liebt ihn die Bevölkerung.“

Michael van Laack wundert sich auf „philosophia perennis.com“ (19. Januar) über die Beliebtheitswerte von Gesundheitsminister Jens Spahn

DER WOCHENRÜCKBLICK

Sie geben sich Mühe

Was wir alles lieber nicht wissen wollen, und wie Peter Altmaier da trotzdem was rausgerutscht ist

VON HANS HECKEL

Das „mutierte Virus“ ist eine echte Chance. Mit ihm kann man nervige Wadenbeißer wie die von der FDP oder der AfD, die immerzu „wissenschaftlich fundierte Daten“ sehen wollen, bevor sie die nächsten Zwangsmaßnahmen hinnehmen sollen, lässig von der Hose schütteln. Denn zum mutierten Virus kann es diese Zahlen noch gar nicht geben. Es „droht“ ja vorerst bloß, die nächste Welle loszutreten, die viel schlimmer würde als alle anderen.

Kommt die britische Mutante in voller Wucht zu uns, müssten wir bis Ostern mit einer Verzehnfachung der Sieben-Tage-Inzidenz rechnen, warnt Merkel. Verzehnfachung? Du liebe Zeit, ist das nicht völlig übertrieben? Warten wir's ab, denn damit das kein hohles Gerede bleibt, sorgt man vor: Immer noch wird kaum irgendwo bei den Corona-Tests in Deutschland untersucht, ob die Mutante oder das bisherige Virus vorliegt, sodass sich die neue Variante umso ungestörter ausbreiten kann. Vom 1. bis 13. Januar kamen 215 genehmigte Flüge aus Großbritannien und Südafrika in der Bundesrepublik an. Zumindest in Berlin wurden die Passagiere aber nur sporadisch getestet, heißt es aus der Hauptstadt. Wir können also beruhigt sein: Das mit der Verzehnfachung könnte wirklich klappen, wenn sich die Verantwortlichen weiterhin so viel Mühe damit geben.

Wozu sie allen Grund haben, denn die mutierte Coronavirus-Varianten sind noch für etwas anders gut: Man kann ihnen alles zuschieben, was man in Wahrheit selbst verbockt hat. Sei es der immer noch lückenhafte Schutz der Alten- und Pflegeheime, das sagenhafte Impfvorsagen, das Chaos in den Ämtern, die Massenpleiten infolge der grotesken bürokratischen Verzögerungen bei den Corona-Hilfen oder auch die bemerkenswerten Lücken in der wissenschaftlichen Untersuchung der Pandemie. Noch immer ist beispielsweise nicht ermittelt worden, wie hoch die jeweilige Ansteckungsgefahr in Restaurants und Bars, in Bussen und Bahnen oder an Arbeitsplätzen und auf der Rodelpiste wirklich ist. Und das in einem Land, das jeden Juchtenkäfer findet, wenn „interessierte Kreise“ das Krabbeltier für ihre Argumentation suchen.

Aber welcher „Kreis“ sollte an störenden Informationen interessiert sein, wenn es da-

rum geht, das Volk in maximale Panik zu versetzen, um die Leute noch ein bisschen fester in die Ecke zu drücken, bis sie sich alles gefallen lassen und sogar pflichtschuldig und schuldbewusst in die Hände klatschen, wenn man ihnen die nächsten Eisen anlegt? Wir wollen doch mal sehen, wie weit man mit den Deutschen gehen kann! Die bisherigen Erfahrungen sind nicht nur ermutigend – sie übertreffen die kühnsten Hoffnungen selbst der autoritärsten Köpfe im Land.

Die Deutschen machen das, was der Mann tut, der seit einer gefühlten Ewigkeit auf der Folterbank leidet. Sie zappeln und wehren sich nicht mehr, sie wimmern nur noch resigniert: Macht doch mit mir, was ihr wollt, nur lasst es endlich zu Ende gehen! Ein Traum für jeden Herrscher, dem Zumutungen wie Volksherrschaft und Rechtsstaat als ärgerlicher Fehltritt der Geschichte auf den Senkel gingen. Wir sehen: Die Bürger müssen mit ihrer Führung gar nicht einverstanden sein, damit die Obrigkeit mit ihnen machen kann, was sie will. Sie müssen nur jede Hoffnung aufgegeben haben, an der Führung und deren Kurs irgendetwas ändern zu können. Schon herrscht's sich völlig ungeniert.

Dreißig Jahre nach dem Bankrott des Sowjetsystems sehen sogar die Kommunisten ihre Chance dank Corona wieder aufblühen. Die Aktion „Zero Covid“ will zum großen Schlag gegen das kapitalistische System der Marktwirtschaft ausholen. Die gesamte Wirtschaft soll mehrere Wochen stillgelegt werden, bis auf wenige Ausnahmen. Das kostet was, das wissen die Initiatoren auch, haben aber eine tolle Lösung: Mit Abgaben auf hohe Einkommen und Vermögen, Unternehmensgewinne und Finanztransaktionen seien „die Arbeitspause und alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar“.

Was natürlich voraussetzt, dass die „hohen Einkommen“ und „Unternehmensgewinne“ fröhlich weiterfließen, selbst wenn nichts mehr produziert, verkauft und damit verdient wird. Ein gewisser Widerspruch, gell? Das ahnen die „Zero Covid“-Aktivisten ebenfalls, daher haben sie schließlich die hohen Vermögen in den Topf geworfen. Sie wollen die Quellen des Reichtums und den Reichtum gleichzeitig plattmachen. Echte Sozialisten werfen die Flinte eben nicht ins Korn, bevor sie das Geld der anderen Leute vollständig verballert haben.

Am Tage des Erfolgs sind dann alle gleich arm, bis auf die hohen Funktionäre der Be-

Die Bürger müssen nur jede Hoffnung aufgeben, irgendetwas ändern zu können. Schon herrscht's sich völlig ungeniert



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

wegung, versteht sich. Und die „Zero Covid“-Autoren haben gewiss eine klare Vorstellung davon, in welche Schicht von Menschen sie nach dem antikapitalistischen Umsturz gehören. Es ist jedenfalls nicht diejenige, deren verarmte und entrechtete Angehörige zu Millionen aus dem roten Venezuela fliehen. Eine Massenflucht übrigens, die hierzulande weder Carola Rackete noch Luisa Neubauer oder Katrin Göring-Eckardt auch nur eine Träne des Mitgefühls wert zu sein scheint. Aber in diesen Kreisen hat man halt seine klaren moralischen Maßstäbe. Sozialismus-Flüchtlinge sind keine Flüchtlinge, sondern Verräter oder Dummköpfe.

Zudem sind wir viel zu beschäftigt, um uns um so einen Kram zu kümmern. Schließlich soll die Verbotsorgie den Startschuss geben für das Klima-Regime, von dem schon so viele träumen. Da hat es allerdings einen hässlichen Querschuss gegeben, der ein Loch in die Kulisse gerissen hat, durch welches die Deutschen ein Fitzelchen Wahrheit über jenes Klima-Regime erspähen konnten.

Eine Sekunde zu spät hat Wirtschaftsminister Peter Altmaier einen Gesetzentwurf zurückgezogen, nach dem die Stromanbieter den Haltern von E-Autos einfach den Saft abdrehen dürfen, sobald es mit der Stromversorgung mal eng werden sollte. Und das wird es wohl, sobald die letzten Kern- und Kohlekraftwerke vom Netz sind.

Eigentlich ist es eine völlig normale Rechnung, die jeder verstehen sollte: Wenn die Stromproduktion immer wackeliger wird, kann die Versorgung auch nicht stabil bleiben. Rationierung und Stromsperrungen sind da unausweichlich. Ja, das wissen die Eingeweihten auch. Nur die Massen sollten es erst erfahren, wenn es zu spät ist, um die Grüne Wende zu stoppen! Wie konnte es da passieren, dass so ein Gesetzentwurf jetzt schon an die Öffentlichkeit gerät! Unverzeihlich.

Wir benötigen eben noch Zeit. Wenn erst eine Inzidenz von null als Voraussetzung für ein normales Leben verankert ist, darf man die Bewegungseinschränkungen für alle Zeit derart festzurren, dass sowieso kaum noch jemand längere Autofahrten machen kann. Denn die Null ist praktisch unerreichbar, irgendwas zirkuliert immer. Mit Corona und seinen längst entdeckten Pandemie-Thronfolgern als Vorwand können die Leute zu einem kargen Jammerleben verurteilt werden, ohne dass die Herrschenden sich dafür rechtfertigen müssten.